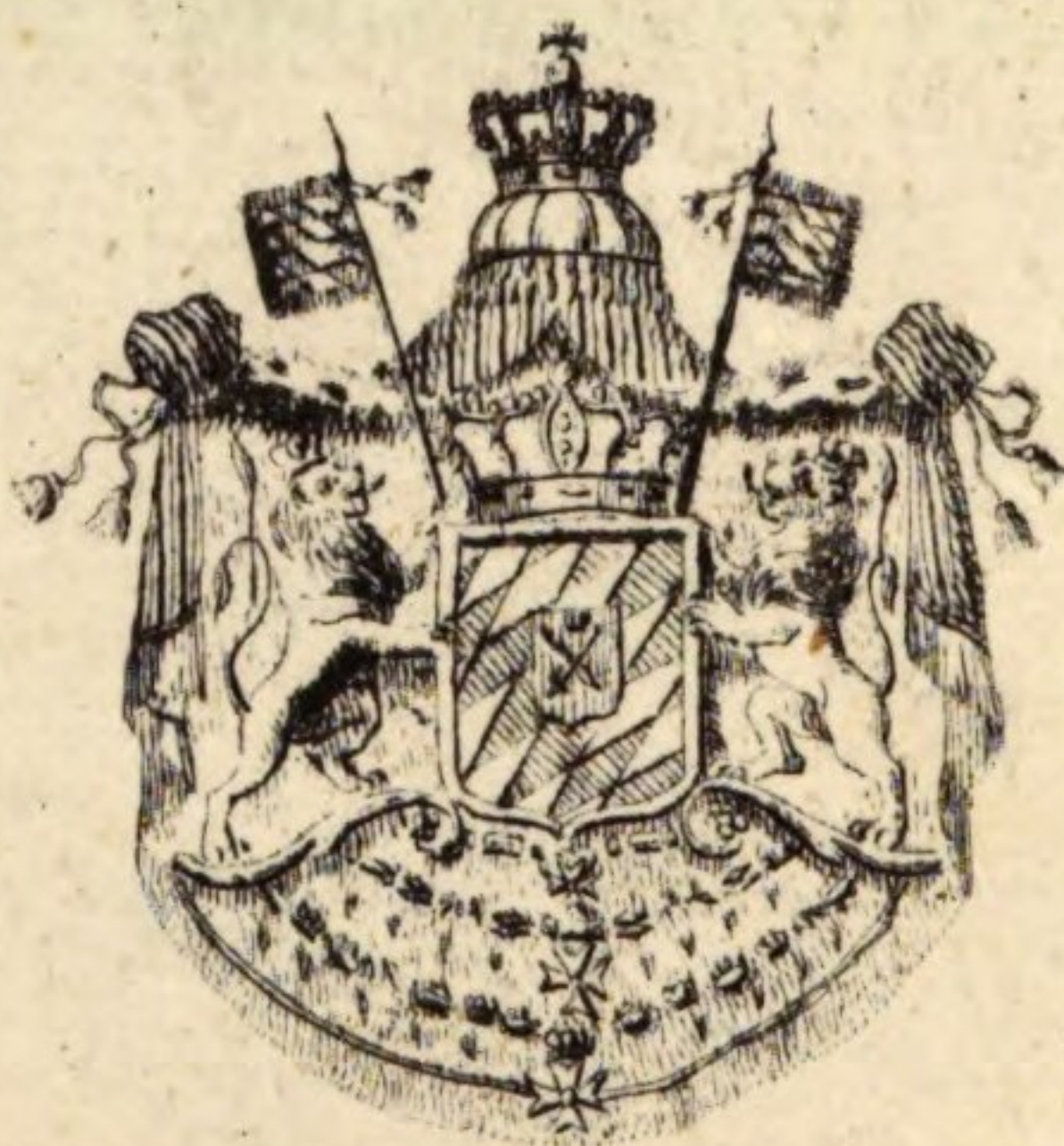


Bavar.

1486

50v.
1486.



**BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS.**

4344

pages blank 43/44'

<36606758530014



<36606758530014

Bayer. Staatsbibliothek

R

Die Grundherrlichkeit
in
den ältern Bestandtheilen
des
Königreiches Baiern.

Ein
Versuch
von

Anton Kopf,
bei

Erlangung der juristischen Doktorwürde.

Landshut 1809,
gedruckt mit Hagenschen Schriften.

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS.

Die Teutschen wurden Sklaven durch sich selbst; der Stammvater des frohnenden Bauern lebte einst ganz so frei, als der Urahne seines Edelmanns.

Mannert, Freiheit der Franken.

Adel. Sklaverei. Seite 4.

V o r r e d e.

Die vortrefliche Anordnung bei Erlangung der akademischen Würde, eine Abhandlung dem Drucke zu übergeben, brachte mich auf den Gedanken, einen Gegenstand zu selber zu wählen, der in unser neu beginnendes Leben eingreifen sollte; um wenigstens von meiner Seite das hohe Gefühl zu erkennen zu geben, das ich gegen die akademische Würde hege. Ein Grundcharakter aller, unwiderstehlichen Veränderungen, ist es, die verloren gegangenen Hauptgüter der

*

Teutschen „Freiheit und Eigenthum“ wieder herbeizubringen. Das rechtliche Ue-
nding der Gutsherrlichkeit schien mir daher ein in der Zeit gelegener Gegenstand meiner zu obigen Zweck zu verfassenden Abhandlung; nicht um dasselbe mit ungeeigneten Rechts - Formeln auszuschnücken, der Zeit mich thöricht zu widersetzen; sondern um unser bestehendes Rechtsverhältniß in seiner Bildung anzuschauen, die Natur und ihre Mißgeburten zu erkennen. Nur durch historische Untersuchung vermögen wir es, Gesetze einzusehen, um sodann das logische Geschäft der Folgerung mit Lebendigkeit auszuführen. Unsere gutsherrlichen Verhältnisse sind ein eigenthümliches Verhältniß, das man nicht

geradezu aus dem geltenden Gesetze erkennen, aus dem römischen erklären kann; bei einem nur oberflächlichen Blicke zeigt es sich, daß es ein Ding voll widersprechender Eigenschaften sei, die sich nun und nimmermehr unter Rechtsgesetze bringen lassen. Die Auflösung dieser Verhältnisse kündete die Zeit schon allenthalben an, sie noch einmal zu erblicken war meine Absicht, damit ich mich überzeugt halten möge, wie kein Unrecht in der Veränderung liege, wie nothwendig sie geschehen müsse, wenn das Recht herrschen soll. Die Rechtfertigung meiner Absicht erfolgte noch am Ende meiner Arbeit, durch die ediktmässige Auflösung der Guts- und Grundherrlichkeit.

Vieles ist über diesen Gegenstand schon geschrieben worden, viele Schriften verführte das Irrlicht des römischen Rechtes in Abgründe, woraus sie nicht mehr entkommen können; das Gute der meisten Schriften beruht in einzelnen Verhältnissen, nicht überall hat man die ganze baierische Gesetzgebung verfolgt, ich glaubte daher selbst noch Nachträge, Erläuterungen zu den Vorarbeiten liefern zu können. Belohnung genug glaubte ich am Ende der Laufbahn meines Universitäts - Studiums darin zu finden; aber, als ich den Reichthum der vorhandenen Materialien vor mir sah, fürchtete ich denselben zu unterliegen, und dieses um so mehr, da mir die Zeit schon karg zugemessen war;

unterdessen endete ich doch diese wenigen Bögen, aus denen es sich zeigt, wie unsere grundherrlichen Verhältnisse wahre Mißgeburten sind, die untergehen müssen.

Mögen Vaterlandsfreunde mein erstes Bemühen im literarischen Fache nicht mißkennen, vielleicht werde ich diesen Gegenstand einst vollkommener ausarbeiten; denn er hat noch Interesse wenn auch die Gutsherrlichkeit nicht mehr sein wird, denn die Geschichte des Eigenthums ist die Grundlage der Geschichte des bürgerlichen Lebens; bis dahin wolle man sich wenigstens überzeugen, daß ich mir das Studium vaterländischer Gesetze habe besonders

VIII

angelegen sein lassen, und einen Beitrag zur baierischen Rechtsgeschichte geliefert habe.

Landshut am 13. September 1808.

Der Verfasser.

Erster Theil.

Geschichte der grundherrlichen Verhältnisse.

§. 1.

Baiern in seinem ersten physischen Zustande bildete eine Reihe ungeheurer Berge und Schluchten — das Flachland, nichts als Wald und Sumpf, zurückgelassen von unsteten Flüssen, war von wilden Thieren besetzt, welche die Sicherheit der Bewohner allenthalben gefährdeten.

Die erste Bewohnung konnte nur in und an den Gebirgen geschehen, bis man allmählig in die Ebenen vordrang.

Die erste Kultur begründeten Rhäter, Vindeliker und Boier, und der Römer Herrschaft mußte zur Verbesserung derselben vieles beitragen. Teutsche Völkerschaften drangen aber von allen Seiten vor, die begonnene Kultur vernichtend, bis sie auf ein Gebiet beschränkt, den Grund zur zweiten Hauptkultur legten, und erst die großen Ausrottungen

als Boiuarier bewerkstelligten. Dieses neue Volk theilte sich in Freie und Leibeigne. Leibeigenschaft entstand nur durch Kriege oder aus Strafe; List und Gewalt brachten auch schon frühzeitig manche Freie in Knechtschaft, das die Gesetze verbiethen mußten. Die ersten Bewohner Boiuariens hatten dabei die traurigsten Schicksale — wenn sie nicht Freiheit und Eigenthum ganz verloren, so wurden sie wenigstens tributbar, die erste Gelegenheit Guts-Verhältnisse auszubilden.

§. 2.

Alle Freien waren gleich; nur 5 Geschlechter hatten eine besondere Auszeichnung, eine höhere Währung: sie waren nicht Grundherrschaft, sondern Grundeigenthümer, daher alle Grundeigenthümer frei gewesen sind.

Aber die erste Landwirthschaft darf man mit der heutigen nicht vergleichen, noch weniger unsere Verhältnisse auf selbe zurücktragen; denn daraus entstehen die größten Verwirrungen.

Einzelne zerstreut in den Gauen waren die Wohnungen, um selbe wenige Ackergründe, mit einem Zaune umgränzt, die Hofmark — curtis marcha — genannt; Viehzucht war das Vorherrschende des landwirthschaftlichen Betriebes, herrnloser Weidgrund ward dazu benutzt, und die eigentliche Agrikultur konnte sich erst im Verfolge der Zeit und mit zunehmender Bevölkerung bilden. Eine

solche Landwirthschaft kostete wenig Anstrengung, bedurfte nicht vieler Leute, um für die Hauptnahrung mit Milch und Käse zu sorgen. Der Freie hatte hiebei nicht nöthig, der Arbeit sich selbst zu unterziehen, wenn er neben seiner Familie noch Leibeigne besaß; er schämte sich zwar keineswegs des Arbeitens, aber es blieb ihm neben seinen Hausgeschäften immer Zeit genug übrig, und seine eigene Sicherheit foderte es auch lange Zeit, der Jagd nachzugehen, die ihm jetzt bessere Kost verschaffte, und nicht blos Vergnügen, sondern auch Arbeit gewesen ist.

Von den Boiuariern saß anfangs kein Freier auf dem Gute eines Andern, der Dienstvertrag wurde erst allmählig eingeführt.

§. 3.

In der ersten und güldenen Zeit war also noch jeder teutsche Ackerhof mit einem freien Eigenthümer besetzt, kein Knecht oder Leut auf dem Gute gehaftet. Die Kirche scheint die erste Ausnahme herbeigeführt zu haben; sie bekam Landeigenthum zu ihrem Unterhalt, aber sie kann nicht selbst alles bauen und ausroden, dazu bedarf sie anderer Leute, die nicht immer Leibeigen seyn konnten — es verstanden sich, eingeführt durch die Politik der Geistlichen, auch freie Menschen hiezu, die nebenbei entweder schon Landeigenthum besaßen, oder auch nicht begü-

tert waren. Der Zweck der Kirche war Bebauung ihrer Gründe, und um diesen zu erreichen, war es nöthig, den freien Mann dienstpflichtig zu machen. Daher werden Diensverträge mit den Freien errichtet, das Land der Kirche für die Kirche zu bebauen, und ihnen deswegen Gesetze vorgeschrieben, nach welchen sie den Grund bearbeiten sollten.

Es wäre Irrthum, diese Dienstverträge mit einem Gutsüberlassungsvertrage identisch zu halten; die Kultur lag noch in der Wiege, und es konnte der Kirche nur daran gelegen seyn, ihr Landeigenthum für sich durch fremde Dienste benutzbar zu machen, wobei sie jedoch nicht vergaß, die öffentlichen Pflichten, welche auf solchen Gütern hafteten, sogleich dem Kultivirer aufzubürden.

Eben so wenig war hiemit die Gutshörigkeit begründet; denn diese ist nichts anders, als Leibeigenschaft, die sich mit der Personen-Freiheit, dem heiligsten Gute unsrer Ahnen, rechtlich nicht vereinigen kann. In diesen Dienstverträgen der freien Leute a) bestanden um die ersten Kolonarverhältnisse der Kirche, die freilich mit der bisherigen Erklärung der boiuarischen Gesetze nicht übereinstimmen, worinn man die Gutsverhältnisse zu erkennen glaubt, wie sie der Eigennutz erst heut zu Tage erfinden möchte. b)

Allein diese Mönchsarbeit darf keineswegs für unfehlbar gehalten werden, und es ruht besonders dann der gegründete Verdacht des Unterschiedens und der Anmaßung auf ihnen, wenn sie über die Kirchen - Verhältnisse Bestimmungen enthalten, welche mit dem Charakter der damaligen allgemeinen Verfassung nicht vereinbar sind.

Diese ganze angebliche Gesetzesstelle ist die willkürlichste in der Sammlung der Boiuarischen Gesetze; in ihr sind die verschiedenartigsten Pflichten der Güterbesitzer untereinander geworfen, so daß man sie erst ausscheiden muß, wenn man sie verstehen und besser würdigen will, als bisher gewöhnlich war.

Alles, was von der *Parafreten* - und *Angarien* - *Pflicht* (der Pflicht Pferde zu stellen, und Vorspann im Kriege zu leisten) vorkommt, ist reines öffentliches und kein Privatverhältniß. Diese Dienstpflicht ist schlechthin nur auf den Heerzug und die dahin gehörigen allgemeinen Staats-Anstalten, Kanäle bauen, Straßen anlegen u. s. f. gerichtet, wozu jeder Guts-Eigenthümer, also auch die Kirche verpflichtet war, und der Baumann, der neben dem Kirchengute noch ein Eigenthum besaß, vermöge diesem ohnehin schon verpflichtet gewesen ist. Diese Pflicht der Kirche, hervorgegangen aus dem allgemeinen Nationalgenossenschafts-Verhältnisse, wird hier in Ansehung des vom Baumann übernommenen Gu-

tes auf diesen übergetragen, und nur bei ihm erwähnt, weil diese Uebertragung von Staatslasten bei jenen Gütern nicht geschehen konnte, die blos mit Leibeigenen besetzt waren, welche nicht als Nationalgenossen anerkannt wurden, sohin nie für den Staat, sondern immer nur für den Leihherrn ausschlußweise zu arbeiten hatten. c)

Das Gesetz spricht zwar im Verfolge von einer Abgabe unter dem Namen Hufengeld (agrarium) und Weidezins (pascuarium), aber auch sie dürfen nicht als Guts-Abgaben betrachtet werden; denn da das Land der Kirche gehörte, und von dem Baumann für die Kirche bebauet ward, so hatte die Kirche nicht noch besondere Zinse hiefür einzunehmen, oder würde sich doch gehütet haben, ihre eigenen Einnahmen von der Verfügung des Richters und dem Landesgebrauche abhängig zu machen. Vielmehr ist es aus der Geschichte unwiderstreithar erwiesen, daß dieses Hufengeld und dieser Weidezins nur eine *öffentliche Abgabe* an den König oder die Herzoge war, von welcher sich aber die Geistlichen allmählig häufige Befreiungen zu erschleichen gewußt haben d).

Die Arbeiten der Baumänner, welche darinn vorkommen, dürften beim ersten Anblicke auf die Vermuthung führen, als wären die Kolonnen schon zur Kirche frohnpflichtig gewesen —

allein diese Vermuthung widerspricht ebenfalls der ganzen inneren Verfassung Baierns bei dem ersten Werden des Staates, und die erwähnten Arbeiten lassen uns vorzugsweise das eigentliche Baugesetz (*jus colonicum*) erkennen, worin die landwirthschaftlichen Verrichtungen der Baumänner fixirt, und die Bestimmungen getroffen wurden, wie sie die übernommene Besetzung der Kirche bearbeiten sollen, damit sie es nicht nach der gemeinen Sitte bei der bloßen Viehweide beruhen ließen e).

Auch die Errichtung und Unterhaltung der herrschaftlichen Gebäude (Häuser, Stallungen, Heustädel, Getreidkästen und Zwinger) gleicht ebenfalls keiner gutsherrlichen Frohne, da sie auf keinem Gutsüberlassungsvertrage beruht, und man hier blos den Versuch erkennt, die besondere vertragsmäßige Dienstpflicht der Baumänner in eine allgemeine zu verwandeln, und daraus künftige allgemein verbindende Verfügungen zu veranlassen.

Will man jedoch die erwähnte Stelle aufrecht erhalten, und sowohl ihren historischen, als pragmatischen Werth sichern, so darf man die Verschiedenartigkeit der darin enthaltenen Pflichten ja nicht verkennen, und sie nur von der Ansicht beurtheilen, dafs hier das Verhältnifs der besonderen Pflicht eines freien Baumanns als solchen gegen seine übrigen Pflichten als Staatsun-

terthan zu dem Zwecke angegeben wird, damit diese zum Vorthail der Ersten wo möglich beschränkt werden sollen.

- a) Sie hießen in der Folge Barschalken — d. i. freie Diener, von *bar*, frei, ledig — dem alten baierischen Stammworte, das sich noch in unserm barfuß, offenbar u. dergl. erhalten hat — und von Schalk-Diener.

Die Gesetze nennen sie Tit. VII. cap. 4. im Gegensatze der Leibeignen, *homines, qui justis legibus deserviunt*, und stets erscheinen sie unter dem Prädikate der Freien. „*Sunt liberi homines isti parschalchi.*“

Meichelbeck hist. Frising. T. I. P. II. N. 481.

- b) Die Gesetzesstelle, worauf man sich hiebei beruft, ist Tit. I. cap. 13. folgenden Inhalts.

De colonis vel servis ecclesiae qualiter serviant, vel quale tributa reddant; hoc est agrarium secundum aestimationem judicis provideat hoc judex secundum, quod habet donet de XXX modiis III modios donet et pascuaria dissolvat secundum usum provinciae andecengas legitimas hoc est pertica X pedes habentem IIIor perticas in transverso XL in longo arare seminare claudere colligere trahere et recondere a tremisse unusquisque acola ad duo modia sationis excollegere et recondere debent et seminare collegere et vineas plantare fodere propaginare precidere vindemiare reddant fascem de lino; de apibus X vasa pullos IIIor ova XV reddant parafretos donet, aut ipsi vadant ubi eis injunctum fuerit. Angarias cum carra faciunt usque quinquaginta Leuvas (Leucas) amplius non minetur ad casas dominicas stabulare fenile granica vel tunino recuberanda pedituras rationabiles accipiant, et quando necesse fuerat omnino componant calce furno ubi prope fuerat liqua aut petra L homines

faciunt, ubi longe fuerat C homines debeant expetiri et ad civitatem vel ad villam ubi necesse fuerit ipsa calce trahantur; servi autem ecclesiae secundum possessionem suam reddant tributa; Opera vero III dies in ebdomada in dominico operent, III vero sibi faciant; si vero dominus eis dederit boves aut alias res quod habet, tantum serviant, quantum eis per possibilitatem impositum fuerit tamen injuste neminem obpremas. — Mederer's ältestes Gesetzbuch der Baiuvarier. Ingolstadt v. 1703.

- a) Es ist lächerlich, die Stellung von Dienstpferden zum gutsherrlichen Verhältnisse umgewandelt zu haben, und eine Frohnpflicht auf 50 kleine Meilen (leucas) weit anzunehmen, welche mehr als 18 unsrer heutigen deutschen Meilen betragen. — Wahrlich der Dienstbauer hätte unter solchen Verhältnissen immer gutschabwesend seyn müssen.

Die Kirche hatte hier nur zum Besten der Pflichtigen, und um ihnen Zeit zur Bebauung des Kirchenguts zu gewinnen, eine Beschränkung der allgemeinen unbedingten Vorspann- und Fuhrwerkspflichtigkeit im Kriege gesetzlich einführen wollen.

- d) Diese Abgaben waren fränkische Einrichtung, wahrscheinlich auch in Boiuarien nachgeahmt, wo sie dem Herzog gehörten, wenn anders die Gesetzstelle boiuarisch ist: — Befreiungen davon durch fränkische Könige kennen wir: z. B.

Schon im Jahre 560 wurden sie vom Könige Klotar den Kirchen erlassen, und König Hildebert befreite im Jahre 590 die gesammte Geistlichkeit einer fränkischen Stadt von denselben.

Clotarii regis const. a. 560. apud Heinecc. Corp. Jur. G. Ant. p. 468. No. XI. — Gregor. Tur. lib. 10. c. 7.

- e) Daher auch in andern Codd. sogar die Rede ist, eine Wiese von einem halben Juchart

einzufragen, zu mähen, zu heuen, und einzufragen. Mederer Leg. baiuv. Tit. I. cap. 13. not. 1.

Diese Bestimmung hat offenbar Bezug auf das dem Baumann überlassene Land — die Kirche hatte sich um die Ackergründe eines Hofes herum die Wiesgründe nicht halbtagsweise einfangen lassen.

§. 4.

Dieses erste Verhältniß der Boiuarier läßt sich aber mit unsern bekannten Grund-Vertragsarten auf keine Weise vergleichen. Der Werth des Freigeborensens war vorherrschend, und der freie Mann konnte nicht, wie der Leibeigene, von dem Besitze eines fremden Gutes pflichtig, der Hörige oder Leut eines Landeigenthümers sein, mit dem er gemeinsam das Gut der Freiheit besaß, und gleiche bürgerliche Würdigung genoß. Er wollte jedoch und mußte, wenn er nicht selbst Eigenthum besaß a), Grund und Boden zur Bebauung haben, um daraus seinen Unterhalt zu gewinnen. — Die Geistlichkeit, deren hohem Lebenszwecke die profanen Geschäfte der Landwirthschaft nicht immer entsprachen, suchte Arbeiter auf ihre Güter, zu deren Kultivirung die Zahl der von den häuslichen Arbeiten entbehrlichen Leibeigenen nicht hinreichte, und es kam zum Dienstvertrage der Kirche mit den Freien, d. h. der Freie übernahm ein Grundstück der Kirche, das er nach gewissen Landwirthschaftsordnungen zu

bebauen verpflichtet war, und von dessen Ertrage er den Zehnten reichte. Aber die Dienstpflicht des Freien b) war nicht Gutspflicht — nicht Zwangspflicht — sondern war hervorgegangen aus einer willkührlichen Bestimmung desselben — war das Resultat eines freien Kultur-Vertrages.

a) Man hüte sich indess, blos in dem Mangel eigener Besitzungen den Entstehungsgrund der ersten Kolonarverträge mit der Kirche zu suchen; vielmehr liegt er in dem Geiste und dem frommen Sinne jener Zeiten, wo es allgemeines Streben der Nation war, in Pflichten der Kirche zu stehen, und selbst die Geschichte späterer Jahrhunderte bewährt es, daß die Barschalken neben den übernommenen Kolonien grösstentheils selbst eigene Grundstücke besaßen. Seyfried Geschichte der ständischen Gerichisbarkeit in Baiern. Theil II. Absch. 4.

b) Es ist überhaupt einer der vorzüglichsten Momente in der älteren Geschichte des Eigenthums, die Verhältnisse der Freien von jenen der Leibeigenen genauest zu unterscheiden, wer beide verwechselt, muß nothwendig in ein Labirinth historischer Widersprüche gerathen.

§. 5.

Schon in den frühesten Zeiten begann das Streben der Geistlichkeit, ihre Besitzungen zu vermehren, und sich neue Quellen von Renten zu schaffen. Diesen Zweck zu erreichen, war ihnen auch in ihren Verhältnissen nicht schwer.

Der Bojuar, von religiöser Schwärmerei ergriffen, und von den eigennützigen Vorspiegelun-

gen der Geistlichkeit geblendet, welche ihm die heilige Lehre ans Herz legte, sich soviel möglich der Sorge um weltliche Güter zu entledigen, um sein Seelenheil desto ruhiger und sicherer befördern zu können, kannte keinen schicklichen Weg zur Vergebung seiner Sünden zu gelangen, und sich den Eintritt in's ewige Leben zu erleichtern, als die Diener des Altars mit Wohlthaten zu überhäufen. Daher die vielen Schenkungen von Eigenthum an die Klöster a) aus den Händen der Güterbesitzer b), um theils die armen Seelen ihrer Ahnen zu erlösen, theils ihre eigene Wohlfahrt zu begründen, theils ihren Nachkommen den Segen Gottes zu antizipiren.

Wer nicht durch unmittelbare Schenkung von Gütern für sein Seelenheil sorgen wollte oder konnte, suchte sich durch andere Wohlthaten um die Kirche Verdienste zu sammeln — er verpflichtete sich freiwillig einem gewissen Kloster oder Gotteshause jährlich eine bestimmte Geldabgabe, Zins, zu entrichten. Die Summe dieser Abgabe war verschieden, und bestand gewöhnlich in 5 Pfennigen c), welche eine Person für sich und in der Regel auch für seine Nachkommenschaft zum Kloster zu steuern übernahm. Sie haftete auf keinem Grunde, sondern war eine persönliche Abgabe, welche nicht bloß von Güterbesitzern als solchen, sondern sehr oft auch von solchen Freien, welche kein Eigenthum be-

sassen, und von Leibeigenen entrichtet wurde; indem diese von ihren, si manumittirenden, Herrn ad altare Dei in censum V vel plurium denariorum geopfert wurden, oder gegen ihre Freilassung die Pflicht einer jährlichen Zahlung an die Kirche als ihrer vorigen Herrschaft selbst (pensa personalis, reditus status, capiti census) übernehmen mußten.

- a) Die Priester ohne Zweifel die Verfasser der baiuvarischen Gesetze machten den Eingang der ganzen Sammlung gleich mit einem Gesetze, wodurch die Unwiderruflichkeit solcher Veräußerungen ausgesprochen ward. Sie begannen dieses Gesetz mit einem Wortgepränge über die bei der Schenkung eines Gutes an die Kirche zu beobachtenden Formalitäten, um ihren Eigennutz dabei in den Hintergrund zu stellen. Sie bestimmen, der Schenkgeber soll die Veräußerung durch eine schriftliche Urkunde bestätigen, und den Akt der Uebergabe vor 2 Zeugen vornehmen, welche ihre Hände auf die Schrift legen, und ihre Namen unterzeichnen (wer konnte dieses damals als die Geistlichen?), dann soll er die Schrift auf den Altar legen, und durch dieses Symbol das Gut selbst in Gegenwart des Priesters, der zu dieser Verhandlung beordert war, unwiderruflich übergeben.

Leg. baiuv. Tit. I. p. 1.

- b) Eben diese gezwungene und der damaligen mehr einfachen und natürlichen Vertragsweise sogar nicht entsprechende Gesetzstelle dürfte die gegründete Vermuthung veranlassen, daß dergleichen Schenkungs-Verträge wohl manchmal erdichtet, oder doch ohne den freien Consens der angeblichen Schenkgeber errichtet worden sind.

c) Ein Pfenning (denarius) war nach dem gewöhnlichen Münzfusse der 12te Theil eines Schillings (Solidus); 20 solche Schillinge machten 1 Pfund, welches ungefähr 24 fl. unsers heutigen Münzwertes betrug. Ein Schilling enthielt demnach beiläufig 1 fl. 12 kr., und auf einen Denar trafen 5—6 kr. nach unserer Berechnung.

§. 6.

Ein fernerer Entstehungsgrund dieser Zinsverpflichtungen der Boiuarier waren die kirchlichen Vogteiverhältnisse, das Mundiburdium, das Schutzamt der klösterlichen Advokaten.

Den Klöstern wurden durch die Könige und ihre Stifter, manchmal auch auf erhaltene Erlaubniß durch ihre eigenen Vorstände eigene Curatoren, Patrocinanten, Mundiburden, Beschützer bestellt. Diesen lag es ob, die weltlichen Geschäfte der Stifte und Klöster zu besorgen, statt ihnen die Oekonomie zu verwalten, in und außer Rechts ihre Stelle zu vertreten, für sie eine gewisse Art von Jurisdiction a), soferne sie den Klöstern über ihre Mundleute ertheilt war, zu üben, und überhaupt das Beste ihres Stiftes oder Klosters, dem sie vorgesetzt waren, zu befördern.

Sie hatten herrliche Vorrechte, und zogen aus ihrem Amte die wichtigsten Vortheile; unter diese gehört auch jener, daß sie gewöhnlich von allen ihrem Schutze und ihrer Verwaltung übergebenen

Kolonnen des Klosters gewisse Abgaben zu fodern berechtigt waren, welche ebenfalls Zins (census) genannt wurden.

Die Mundiburden waren mächtig, und konnten als Beamte der Geistlichkeit ihre Pfliegbefehlenn (Munden) in der Periode, wo die Justiz noch nicht mit der nothwendigen Wirksamkeit gepflogen wurde, und die Zeiten der Anarchie schon näher gerückt waren, am sichersten vor allen Rechts - Verletzungen und der Willkühr der Einzelnen schützen. Darin war nun für viele Freie der mächtige Reiz gelegen, sich zum Mund der Kirche zu machen, d. h. sich in den geistlichen Schutz zu begeben, und sich dafür zu gewissen Diensten oder Zinsen zu verpflichten, und eben darin liegt der wiederholte Beweis von der in der Regel blos persönlichen Natur der alten baierischen Zinsbarkeit, aus der sich nachhin die so allgemein gewordenen Vogteiverhältnisse der baierischen Unterthanen entwickelten, welche später selbst wieder dazu mißbraucht wurden, um die neuen Gutsherrlichen Verhältnisse daraus zu vollenden.

- a) Die Klöster hatten sehr oft die Erlaubniß erhalten, statt den kaiserl. und königl. Commissarien, den Grafen, selbst placita — Dingsgerichte — an der Seite der Centenarien, Schulzen und Gemeinde-Vorstände zu halten, und über gemeine, nicht sehr bedeutende, aus dem Mundschafts-Verhältniß mit ihren Kolonnen hervorgehende, Angelegenheiten richterliche

Bescheide zu geben — welche Art von Jurisdiction deshalb mit unsrer Patrimonialgerichtsbarkeit auf keine Weise verglichen werden kann, obgleich sie im Verfolge der Zeit durch Mißbrauch auf mehrere Zweige der richterlichen Gewalt ausgedehnt wurde, und sich in unsern Tagen wieder dahin zurückbildet.

Abhandlungen der kurfürstl. bairischen Akademie der Wissenschaften. V. Band. Abhandlung über das Mundiburdium in Baiern pag. 4.

§. 7.

Die Habsucht der Priester war unbegrenzt, und ihr Streben unverrückt dahin gerichtet, den freien Mann wo möglich unter das Joch der Dienstbarkeit zu beugen, und seines Eigenthums zu berauben.

Um zu diesem Zwecke zu gelangen, bedienten sie sich vorzüglich zweier Mittel — 1) des ursprünglichen Kolonarvertrages und 2) der allgemeinen Heerbannsverfassung unter der Karolinischen Regentschaft.

1) Die Uebernahme oder Erhaltung eines Kirchengutes zur Kultur wurde bei eintretender Concurrenz a) allmählig mit verschiedenen Bedingungen verbunden, so daß der Colonarvertrag in der Folge seine ursprüngliche Natur veränderte, und der ehemalige freie Baumann der Kirche in neue Verhältnisse zu selber kam. Die Kirche benutzte die Nachfrage um ihre Güter,

und machte es sehr oft zur wirklichen Bedingung des Kulturvertrages, daß der Baumann halb so viel oder gar gleichviel eigenen Landes, als er zur Bebauung von der Kirche erhielt, dem Stifte oder Kloster als dessen Eigenthum zusichern mußte. b) War die Zeit des Vertrages geendet c), so gerieth dann mit dem eigentlichen Kirchengute auch das vorige Grundeigenthum der Kolonen in das Eigenthum der Kirche.

Der Bauer mußte noch dazu um die Überlassung solcher Ländereien seine Bitte stellen; diese hieß dann *litterae precariae* — dann die Schenkungs-Urkunde *cessio ad ecclesiam*, und das Baugut *terra precaria* — Prekarei — Bedegut der Kirche. Diese fanden sich häufig im 9ten Jahrhunderte, und die Zudringlichkeit der Geistlichen gieng so weit, daß sie in der Folge auch manche wohlhabende Leute solche erledigte Kirchenländereien unter dieser drückenden Bedingung zu übernehmen zwangsweise bestimmten.

2) Der Heerbann — das allgemeine Kriegsaufgebot unter den Karolingern, und die für jeden Landeigenthümer daraus hervorgehende Pflicht in den Zeiten des Krieges als bewaffneter Mann zu Felde zu gehen, d) war für jeden Landeigner, besonders für die häufigen kleinen Freigutsbesitzer eine drückende Last.

Im Gegensatze der weltlichen Güterbesitzer war es durch die Gesetze allen Geistlichen, und überhaupt allen, denen irgend eine kirchliche Verrichtung oblag, wiederholt und strenge verboten, e) Waffen zu führen oder mit in den Krieg zu ziehen, und am Blutvergiessen Theil zu nehmen.

Viele Bojuaren überdrüssig der allgemeinen drückenden Kriegspflichtigkeit, deren Nichterfüllung mit schwerer Strafe bedroht war, f) schätzten sich glücklich in Diensten der Kirche und ihrer Diener zu stehen — man strebte, sich die Vorsteher der Stifte und Klöster geneigt zu machen, übergab ihnen zu diesem Zwecke mittels förmlicher Schenkungen sein Eigenthum, und bat selbes für sich, manchmal auch für seine Nachkommen auf Lebenszeit zur Nutzung als Lehen zurück.

Die Schenkgeber saßen nun aus Gnade der Kirche als bloße Baumänner auf den Gütern, welche vorhin ihr Erbeigenthum waren, und nach ihrem Tode oder nach einem bestimmten Zeitverlaufe den Stiften und Klöstern als vollkommenes Eigenthum heimfielen.

Diese belohnten die Freigebigkeit ihrer neuen Kolonen damit, daß sie ihnen in der Kirche, oder in dem bischöflichen und äbtlichen Pallaste irgend ein kleines Dienstgeschäft auftrugen, und sie dadurch von dem erfolgten Kriegsaufgebote befreiten, so daß zuletzt fast jeder im Gebiete

eines Klosters oder Stiftes sich befindende Baumann von selbst den Auftrag zu kirchlichen oder häuslichen Arbeiten bekam, und als Ministerial der Kirche von der sogenannten Heerbannsbürde, der allgemeinen Kriegspflichtigkeit, auf den Familienvater nachher ausgedehnt, angenommen wurde g), worin unter andern vielleicht vorzugsweise der Ursprung des Sprichwortes zu finden sein mag: „Unter dem Krummstabe ist gut wohnen.“

a) Der Dienstvertrag hatte ursprünglich nichts Drückendes an sich, und setzte den Laien in ein näheres freundschaftliches Verhältniß mit den Dienern des Altars, welche ihn mit ihren Bannstrahlen und den übrigen geistlichen Schutzmitteln mehr als der Rekurs an den weltlichen Richter vor jeder Art von Verletzungen sicherten. — Reiz genug für den gemeinen Mann, der Baumann der Kirche zu werden.

b) Marculfi formularum lib. II. Nro. 39. Caroli M. cap. lib. VII. capitularium c. 142. Caroli Calvi cap. tit. VII. c. 21.

c) Die Vertragsdauer war gewöhnlich mit dem Tode des Baumanns oder seiner Erben geendet.

d) Es war kaiserliches Gesetz Karls des Großen, daß jeder Besitzer von 4 Hufen Landes zur Stellung eines vollen Kriegsmannes verpflichtet sei. Von den ärmern Einwohnern mußten mehrere zusammentreten und gemeinschaftlich einen Mann ausrüsten: wer 2 Hufen besaß, durfte nur einen halben Mann beitragen, und es mußten demnach 2 solcher Zweihufner zusammentreten, von denen einer durch den andern entschädiget in das Feld zog — so gieng das nämliche Verhält-

nifs alle Klassen von Landeigenthümer in gerader Abnahme hindurch. Capp. I. a. 812. cap. 1.

• *Anmerkung.* Eine Hufe (mansushoba) bestand in einer Anzahl von Gespannen, welche sich jedoch wegen Verschiedenheit sogar gleichzeitiger Angaben nicht genau bestimmen läßt.

Sehr wahrscheinlich war die Hufe ein Distrikt Ackerlandes, welcher von einem Manne mit 2 Pferden in einem Tage bearbeitet werden konnte, und in Rücksicht des Flächenraumes nach Verschiedenheit der Lokalitäten bemessen wurde; eine Hufe in den Karolinger Zeiten, wo der bei weitem größte Theil des Grund und Bodens noch unkultivirtes Gemeindegut und nur zur Viehweide bestimmt war, und unsere heutigen Tagwerke sind ohne Zweifel von gleichem Flächeninhalte.

e) Karlomani Ducis et principis francorum capp. 752. cap. 2.

Caroli M. capp. I. a. 769. cap. 2.

Ejusdem capp. a. 801. cap. 1.

f) Capp. a. 812. cap. 1. Sie hieß unter andern heribanum, und bestand in 60 Solidis, einer Summe, welche ohngefähr dem damaligen Werthe von 30 guten Zugochsen entsprach.

Legg. alam. tit. 78. Leg. Ripuarior. tit. 36. §. 11.

g) Caroli M. capp. II. a. 805. cap. 15 — 19.

§. 8.

Mit der Geistlichkeit eiferte auch noch ein zweiter und dritter Stand — die Grafen und königlichen Hofbeamten — die Güterbesitzer auf ähnliche Weise ihres Eigenthumes zu berauben und die Freien allmählig in ihre Dienstbarkeit zu versetzen.

Die Grafen nämlich verwalteten die Gerechtigkeit in bestimmten Gezirken, welche sie von Zeit zu Zeit bereisen mußten, und hatten in ihren Gauen das Kantonswesen zu besorgen. Aus gleichem Titel mit den Geistlichen nahmen sie jene, welche bei ihnen Haus- und Hofdienste leisteten, von der Kantonspflichtigkeit aus; jeder von den kleinen Güter-Besitzern suchte an diesem Glücke Theil zu nehmen, und war im Drange der Noth nicht lange verlegen, sich zum Mundmanne der Grafen zu machen, und ihnen sein Eigenthum unter dem Vorbehalte der lebenslänglichen Nutzung zu übergeben. a)

So wurde wieder unter dem Vorwande, als gehörte man zu der gräflichen Dienerschaft, eine Menge Heerbanns-Pflichtiger beurlaubt b), und das Eigenthum der Gemeinen zur Zeit jener drückenden Kriegsmethode häufig in die Hände der Wucherer gespielt.

Gleiche Vorrechte mit den Prälaten und Grafen hatten die königlichen Hofbeamten, die königlichen Ministerialen. Sie blieben oft aus dem Felde zurück zur Bedienung der königlichen Familie — es war ihnen erlaubt, ihre eigenen Dienstleute bei sich zu behalten, und sie mißbrauchten diese Bewilligung auf ähnliche Weise wie die Grafen zum Ruine des freien Mannes. c)

Nicht nur das Eigenthum, sondern auch die persönliche Freiheit des gemeinen Mannes war der Gegenstand der Ränke von Seite der Grafen und anderer königlicher Hofbeamten. Sie suchten die allgemeine Staatsfrohe der freien Gutsbesitzer auch für sich zu benützen, haten anfangs die benachbarten Eigenthümer um willkührliche Baudienste auf jenen Gütern, womit sie von dem König zur Belohnung für ihre geleisteten Staatsdienste beschenkt waren, setzten dieses Ansuchen einige Zeit fort, foderten sie endlich mit Zwang, und brachten so eine Menge freier Grundeigenthümer in ihre Dienstbarkeit. d)

a) Car. Mag. capp. II, a. 805. cap. 15. 19.]

b) Ejusdem capp. III. 811. cap. 4.

c) Ibidem cap. 8.

d) Historische und staatswissenschaftliche Untersuchungen über die Naturaldienste der Gutsunterthanen etc. von Karl Dietrich Hullmann. Berlin und Stettin 1803.

§. 9.

Diese Verhältnisse eines grossen Theiles der Nation waren nicht aus der Verfassung Boiariens hervorgegangen — gründeten sich blofs auf Anmassung und Mißbrauch der Religion und der obrigkeitlichen Macht von Seite der Geistlichkeit und der Grafen, und waren durch die Gesetze strenge verboten.

Karl der Grosse verbot allen Freien, sich ohne seine Erlaubniß einer Kirche, Dienst- oder Abgaben pflichtig zu machen (*ad servitium Dei se tradere*) a) weil sich Einige nicht so fast aus christlicher Tugend, als um sich von den Kriegs- und andern Staatspflichtigkeiten zu befreien, dahingaben, und weil andere nur durch den Eigennutz derjenigen, welche ihre Güter zu erhaschen wünschten, dazu bestimmt wurden. b)

Er schreibt *capp. a. 801. cap. 2*

»Laut rufen die Armen, man habe ihnen ihr Eigenthum geraubt. Sie werfen dieses den Bischöfen, Prälaten und ihren Advokaten, den Grafen und ihren Centenarien vor.«

Er verbot demnach die Wucherpläne des Priesterthums und des Grafenstandes, und stellte sie im folgenden Gemählde der Welt öffentlich zur Verachtung dar:

» Wenn der Arme sein Eigenthum dem Bischofe, Grafen, dem Richter oder Centenar zu übergeben sich weigert, so suchen diese Gelegenheit, ihn zu verurtheilen, und ihn immer in den Krieg zu schicken, bis er endlich so arm geworden, daß er, er mag wollen oder nicht, sein Eigenthum ihnen übergiebt oder verkauft; andere aber, welche das Ihrige schon geopfert haben, dürfen ohne Anstand zu Hause bleiben.« *Capp. III. a. 811. c. 3.*

Ferner: »Wir haben erfahren, daß die Grafen, und einige Staatsbeamte, auch wohl die mächtigen Vasallen der Grafen mehrere Leistungen und Lieferungen, einige gegen gestattete Mittrift, andere ohne derselben gleichsam bittweis vom Volke erpressen.«

»Eben so pflegen sie das Volk durch diese und andere Kunstgriffe zu Diensten, zur Erndtearbeit, zum Pflügen, Säen, Jäten, Einführen und anderen ähnlichen Arbeiten zu zwingen. Alle diese Bedrückungen müssen rechtlicher Weise vom Volke entfernt werden, weil dieses in manchen Gegenden dadurch sehr gebeugt worden ist, daß viele, dem Drucke nicht mehr gewachsen, entflohen, und die Gründe wiederum zur Wüstenei geworden sind.« Caroli Mag. Leges cap. 121. c)

Es war Gesetz, daß niemand zur Übernahme von Kirchen Ländereien oder Precareigütern gezwungen werden könne d), und daß sich kein Freier für die Grafen und Beamten zu Diensten verpflichten dürfe. e)

a) Der Ausdruck »Servitium« bedeutet nach dem Sprachgebrauche des Alterthums jede auch noch so unbedeutende Dienst- oder Abgabepflichtigkeit; daher auch der freie Mann als begüterter Landeigenthümer und angesehener Staatsbürger in Ansehung einer bestimmten Leistung, die er willkührlich einem Stifte oder Kloster gelobte, in Servitio Dei sein konnte.

b) Capp. II. a. 805. cap. 15.

c) Mehrere Gesetze, wodurch dieser Unfug verboten wird, sind:

1) Pipini Leges. cap. 38.

»Placuit nobis, ut illos liberos homines comites nostri ad eorum opus in servitium non opprimant, et quicumque hoc fecerit, secundum iudicium, quod statutum habemus, emendet.«

2) Lothari Leges cap. 9.

»Placuit nobis de omnibus liberis, ut nihil eis superponatur etc.«

3) Item cap. 66.

»De oppressione pauperum hominum liberorum, ut non fiant a potentioribus per aliquod malum ingenium contra justitiam oppressi, ita ut coacti res eorum vendant aut tradent.«

d) Caroli | Calvi. capp. Tit. VII. cap. 22.

e) Capp. V. a. 803. cap. 17. Ein Frohnvertrag war damals Verfassungswidrig.

§. 10.

Es war Staatsverwaltungs Maxime der Karolinger für Erhaltung der Freiheit der Nation, und für die Sicherung ihrer Eigenthumsrechte zu sorgen.

Boiuarien bestand damals aus einem Inbegriffe freier Eigenthümer a), welche auf ihren Höfen als selbstständige Hausväter ihrer Familien saßen, und als solche einzelne kleine, gleichsam besondere Haus - Staaten bildeten. Der baierische Gutsbesitzer kannte keine Limiti-

— rung der unumschränkten Rechte seines Eigenthums — b) keinen Tribut von seinen Produkten an den König unter dem Titel einer allgemeinen Stattsabgabe c), und ausser den gemeinen Heerbannspflichten keine Dienstbarkeit gegen andere.

War der Bezirk der aus dem allgemeinen Weidegrunde zum Ackergute herausgehobenen Ländereien eines Begüterten zu groß, um von ihm selbst bewirthschaftet zu werden, so trug er die Bebauung eines Theils derselben ihm eigenbehörigen Leuten — Leibeigenen — auf, (machte diese auf dem Grunde ansässig) oder überliefs ihn freien Männern zur Kultur zu Folge des nämlichen Vertrages, den die Kirche mit ihren Kolonen schloß, welcher aber in der Folge sich verkehrte, und eine dem Pachte ähnliche Natur anzunehmen begonnen hat.

Dieser Kultursvertrag war vorzüglich bei königlichen Domänial - und fiskalischen Lehengütern gewöhnlich. — Die Könige und die von diesen mit Gütern belohnten Staatsbeamten übergaben den Grund, welchen sie selbst nicht bebauen konnten oder wollten, einem Dritten unter gewissen Landbauordnungen d) zur Benützung, welche dem Baumann die bei der Kultur desselben nothwendigen ökonomischen Verrichtungen vorschrieben, damit das Land urbar gemacht, und die in blossem Weidegras bestehende natürliche Urproduktion der Gründe zum Getreidebau

und andern edleren landwirthschaftlichen Erzeugnissen erhöht werde, von denen sie sich dann einen gewissen Theil als eine Art Pachtschillings zu entrichten stipulirten. Solche zur Kultur überlassene Güter hießen *terra apsa*, *indominicata*, *salica*, e) in so ferne sie zwar zum *Allo-*
dium der Herrschaft gehörten, aber nicht von diesen unmittelbar sondern von Dritten bewirthschaftet wurden, und unterschieden sich von den *mansis servilibus*, daß letztere von den Leibeigenen der Herrschaft besetzt waren, und von diesen zu Folge unbedingter Dienstpflichtigkeit und zu der Eigenthümer ausschließlichen Nutzen unter der Direktion ihrer Leibherrn bebauet werden mußten.

Die unter den Namen, *beneficia regis*, *bona vasallitica*, in den Urkunden des ersten Jahrtausends nach Christus angeführten fiskalischen Lehen sind von der obigen *terra apsa*, *indominicata* nur darin unterschieden, daß der mit ihnen Belehnte statt der oben erwähnten Naturalprästationen sich dem Könige zu Hof- und Kriegsdiensten verpflichten mußte. Der freie Boiuar war an nichts als Eigenthum und Koloniegut gewöhnt, alle andere Erscheinungen von Unterthans- und Abgabepflichtigkeiten gehen entweder aus dem damaligen Leibeigenschaftsverhältnisse oder aus willkührlichen gegen die gesetzli-

che Norm gegründeten Verträgen hervor, und werden fälschlich auf das Eigenthum radicirt.

Die Begriffe von vollkommenen und unvollkommenen Eigenthume sind spätere Missgeburten des Rechtes ursprünglich ungekannt und schlechthin unangemessen dem jugendlichen Charakter der Nation und dem Geiste der Staatsverfassung der früheren Periode, welche Möser mit Recht das goldene Zeitalter Germaniens nennt. f)

a) Nur der Freie war Heerbannspflichtig, und nur freie Eigenthümer standen in den Reihen der Armee, womit Karl der Große seine Großthaten wirkte, und dem damaligen Europa Staunen gebot — dadurch scheint mir am triftigsten jene Behauptung widerlegt, daß die Anzahl der Knechte jene der Freien überstiegen habe.

b) Der Ursprung der Regalien datirt sich erst aus dem spätern 12ten und 13ten Jahrhundert. Anton Geschichte der teutschen Landwirthschaft. Theil 2. S. 88.

c) Der Census regalis, dessen in den Kapitularien Karls des Grossen öfter Erwähnung geschieht, kann keineswegs die Natur einer allgemeinen Grundabgabe ausprechen, da selbst Karl immer nur in so ferne davon spricht, als er ihm von einzelnen Unterthanen gebührt. »Census regalis, undecunque legitime exiebat, volumus ut inde solvatur, [sive de propria persona hominis, sive de rebus.« Capp. III. a. 805. c. 22.

Er ist entweder eine Art Leistung von den königlichen Kolonen, oder der Leibzoll der Knechte des Kaisers auf seinen Meiereien, und kömmt häufig als gleichbedeutend mit dem Tribute vor — einer Abgabe, welche

von eroberten Völkern an den Sieger entrichtet werden mußte. Was aber den Zehend betrifft, so wurde diese bloß mosaische Ruine nicht von dem Grundeigenthümer an den Staat, sondern vom Religionsdiener an die Kirche als geistliches Opfer entrichtet.

- d) Man mißkannte bisher fast allgemein die Natur dieser Baugesetze, und analysirte aus ihnen eine vollendete Frohnpflicht der freien Kolonen, so daß sich in den Zeiten der Rechtsgelehrten selbst ein neues Leibeigenschaftssystem dadurch ausgebildet hat. Allein wie ist es möglich die Gesetze und die Freiheit des Boiuarers mit einer Privat-Frohnpflicht zu vereinigen?

Schon der Vertrag dieser Gesetze verräth, daß sie bloß die regelmässige Kultur des Koloniegutes bezwecken; in dieser Hinsicht war es genau ausgedrückt, ob die darin vorgeschriebenen Arbeiten mit dem Pfluge, mit der Menat in den Weinbergen, in Gärten oder bei andern landwirthschaftlichen Angelegenheiten, ob in der Heu- oder Getreid-Ernde, zur Saatzeit oder in der Weinlese verrichtet werden sollen. Es war bestimmt bemerkt, wie viel von dem zur Kultur übernommenen Ödegrunde der Baumann beackern, wie viele Fuhren und mit welcher Ladung er sie dahin machen, wie viele Gartenbeete er bepflanzen und jäten, wie viele Ruthen er mähen oder schneiden solle. etc, Breviarium Car. M. Meichelbek hist. Frising, F. I. P. 2. 255. etc.

Wer sollte aus dieser einer zweckgemässen Ökonomie entsprechenden Regulirung der landwirthschaftlichen Verrichtungen der Bauern auf den übernommenen Kolonien eine Dienstpflichtigkeit derselben auf andern Gründen erkennen?

e) Car. M. capp. de villis. cap. 67.

Car. Calvi capp. tit. 36. cap. 5. et 8.

Ibidem tit. 37. cap. 3.

Legg. baiuv. tit. I. cap. 13.

f) Moeser. — In der Vorrede seiner Osnabrückischen Geschichte.

§. 11.

Mit dem Hintritte des letzten Sprossen aus der Karolingischen Dinastie war der vorige Reichsverband der teutschen Völkerstämme gelöst, man glaubte an die alte Verfassung nicht mehr gebunden zu sein, und bald fieng man an die faktische Losreißung rechtlich zu nehmen, und für die neue Verfassung Deutschlands das Trennungs-Prinzip als wesentlich zu begründen. Mißbrauch des kirchlichen Ansehens, und der religiösen Stimmung der Nation von Seite der Großen begannen unter dem Regimente der baierischen Herzoge mehr als je das selbstständige, und unabhängige Besitzthum des gemeinen Mannes zu bedrohen, und den minder mächtigen Freien im Genusse der Fülle seines Eigenthums zu beschränken. — Der Heerbann beginnt seine Metamorphose, und es erscheint ein neuer Umschwung der Dinge.

Schon Karl der Große war gewöhnt, stets eigene Kriegsleute um seine Person zu haben — er rüstete sie auf seine Unkosten aus, und gewährte ihnen ihren Unterhalt entweder an seinem Hofe, oder wies ihnen statt des Soldes eigene

Güter unter dem Gedinge der immerwährenden Rüstigkeit zum Kriege und treuer Folgeleistung an. — Diese Vasallen waren nur stets im glänzenden Gefolge des Kaisers, und bildeten neben dem Heerbann das stehende Kriegsvolk. Ein Theil davon waren die königlichen Ministerialen, welche aber nicht zum Kriegsdienste, sondern zur Erhöhung des königlichen Pompes bestimmt waren, und zu diesem Zweck, oder um sie für die ihnen übertragenen Dienstgeschäfte zu belohnen, ebenfalls mit Gütern belehnt wurden — dahin gehörten vorzüglich die Grafen als Kriegskommissäre und andere königliche Beamten, welche sich gegen Überlassung eines solchen Gutes dem Regenten unter dem Namen der Getreuen zur Huld und Hörigkeit verbanden.

Im Verlaufe der Zeit von empörendem Hochmuth beherrscht lüsteten diese Getreuen darnach, sich selbst mit dem Nimbus eines eigenen Gefolges zu umgeben; sie trachteten, als sie ihre Aemter und die daraus fließenden Revenüen schon in ihren Familien als erblich gegründet hatten, durch Ränke und Gewalt, die blos ihren Personen gegebenen Lehen, zu Erblehen zu machen, und belehnten auf ähnliche Art wie die Regenten andere wieder mit selben, um selbst in der Mitte eigener Getreuen im Gefolge des Königs zu glänzen. Sie hatten sich in den Zeiten, als die fränkische Monarchie zertrümmert, und der schwache

Genius nachfolgender Regenten die Zügel des kolossalischen Staates nicht mehr zu lenken mächtig genug war, in ihren gräflichen Funktionen außer Controlle gesetzt, und das Amt des Gaurichters und des obersten Kriegskommissärs in einer Person vereint, Gelegenheit genug, um auf den wenig Begüterten unerträglich drückend zu wirken, und ihn zu zwingen, ihnen sein Besitzthum zu übergeben, und sich als Vasall und Gctreuer öfters in das Gefolge seines Lehen- oder Schutzherrn zu stellen.

§. 12.

Bei fortschreitender Bevölkerung und erhöhter Kultur ward die alte Heerbanns-Verfassung schleppend, unnatürlich, und dem Nationalwohle widersprechend; der in den Waffen mehr Geübte, mehr an Subordination gewöhnte, und zu jeder Zeit zum Aufbruche rüstige Krieger gewann den Vorzug; es verschwindet die bisher in ganz Teutschland vorherrschende Grundmaxime, daß nur der freie Personenstand und Güterbesitz zum Waffentragen befähige, die Regenten vermehrten durch Hingabe ihrer Kammergüter, Aemter und Vogteien die Zahl ihrer Lehen, und das Lehen-Sistem tratt als ein neuer Heerbann in die Stelle der vorigen allgemeinen Landesvertheidigung durch Wehre.

Daraus gieng eine allgemeine Grundveränderung der persönlichen und dinglichen Verhältnisse des baierischen Volkes hervor. Nicht mehr ausschlußsweise als Landeigenthümer sondern größtentheils als Vasal des Herzogs oder seiner Grafen und andrer mächtiger Freien zog der Boiuar nun in den Krieg. Wer sonst ein gemeiner Wehre war, und zufälliger Weise einen größern Besitzstand hatte als andere, rifs sich von der Klasse der Gemeinen los, und warb um Gefolge. Das vasallitische Sistem durchdrang den ganzen Staat, und der Wunsch, Lehenherr zu sein, und in der Mitte eines unterthänigen Gefolges zu erscheinen, war der Wunsch der Nation. Die durch geworbene Vasallen mächtig Gewordenen ergriff der Schwindel zerstörender Selbstständigkeit; sie verachteten die Schranken einer im Staate gegründeten Rechtsverfassung, welche ihrem Staatssysteme nicht vollends das Wort sprach, das Unrecht wird zum Rechte — es erscheint der Zustand einer Rechtslosigkeit, und der Staat befand sich in der Periode des Faustrechts, der Anarchie, der Verwüstung.

Der Schwache, welcher dem Drucke der Zeit entgehen wollte, mußte entweder sein Gut einem Mächtigen zum Schutze übergeben, und sich zum Lehendienste verpflichten, oder theils durch Übergabe seines Eigenthumes zum Bede-Precareigute eines Klosters a) theils durch Zins-

pflichtigkeitsübernahme im Mundiburdium der Kirche seine Rettung sichern; und so verbreiteten sich die oben erwähnten Vogteiverhältnisse — entstanden aus den Verwüstungen des Feudalismus und in unsern Tagen noch fortdauernd.

In ihnen fanden die Grafen und Klöster **nebst** ihren Vögten die ergiebigste Quelle ihrer nachherigen Einnahmen, indem sie selbe nicht **blos** auf persönliche Geldabgaben beschränkten, sondern auf das Besitzthum radizirten, und zu den mannigfachen Vogteidiensten, Naturallieferungen, Gilten und Zinsarten umzuschaffen wußten.

- a) Belege zu dieser Behauptung finden sich in den Monumentis boicis bei jedem einzelnen Kloster in Menge; unter andern siehe Band IX. p. 391, 353, 359, 587. Band X. p. 28, 50, 418, 423, 425, 433. Band VIII. p. 136, 151, 168, 170. Band V. p. 137 etc.

Das Losungswort, welches die Geistlichen den bedrängten Schenkgebern bei dergleichen Gutsübergaben, Schutzempfehlungen und Zinsverträgen in den Mund legten, hieß: »Melius est servire Deo et sanctis, quam liberum esse in hac, et perire in altera vita.«

- b) Diese mißbrauchten ihr Schutzamt ganz besonders, um ihren Eigennutz zu befriedigen. Sie foderten von den Mundleuten der Klöster, welchen sie vorgesetzt waren, verschiedene Leistungen. Solche hießen gröfstentheils Vogtgilte, und aus ihnen entstand der Vogtwein, die Fastnachthennen, Vogtscheiter, Vogtschaafe, Vogthaber, Vogtkorn, Vogtgeld, Vogteier, Vogtfrischlinge, Vogtkäse u. s. f. Sie foderten nebst diesen Naturalleistungen auch noch bei ihren Ökonomiegebäuden land-

wirthschaftliche Verrichtungen von den Mundleuten, und gründeten auf solche Weise die sogenannte Vogteischarwerk, welche fälschlich mit der eigentlichen landgerichtlichen Scharwerk verwechselt wird, mit der sie weder in Ansehung des Entstehungsgrundes, noch in Ansehung der Qualität der Dienste gleiche Natur hat.

§. 13.

Aus dem Lehensysteme gieng dennoch eine dem Menschenfreunde angenehme Erscheinung hervor, welche mit einem Funken milden Lichtes das traurige Schattengemälde der damaligen allgemeinen Verwüstung durchdämmert, und in der Eigenthumsgeschichte der Nation eine eigene Rubrike bildet — der erleichterte Zustand und das allmähliche Verschwinden der Leibeigenen.

An den Sitzen der durch Raub und Betrug sich bereichernden Lehenherren mußte sich das Gefolge ansiedeln, um selbe vor plötzlichen Anfällen zu schützen. Sie waren meistens der größern Sicherheit willen auf Burgen angelegt, und daher Burger genannt. Hatte ein Raubherr auf dem flachen Lande seinen Sitz aufgeschlagen, oder wollte ein Herzog sein offenliegendes Land gegen die Verwüstungen des Feindes verwahren, und im Falle des Rückzuges sich durch feste Plätze seiner und der Seinigen Rettung versichern: so suchte man die natürliche Beschützung der Burgen durch Berge, durch künstliche Befestigung.

stigung zu ersetzen, man legte Mauern an, es entstanden die Städte, mit Mauern umrungene Gezirke, deren Einwohner analog mit denen der Bergschlösser, Burgmänner, Burgenses, Bürger genannt wurden.

Die Burgleute bestanden grösstentheils nur in Kriegsvolk, und fühlten in Bälde das Bedürfnis, eigne Handwerksleute in ihren Mauern zu haben, welche ihre Nahrung und andere Angelegenheiten des häuslichen Lebens besorgten, und sich zu dem Ende bei ihnen ansässig machten.

Man suchte deshalb auf alle Weise die Leibeigenen, welche fast ausschliessweise im Besitze solcher Gewerbsfähigkeiten waren, mit den Reizen des Stadtlebens zu unterrichten, und zur Entweichung in die Städte zu bestimmen, wo ihnen Freiheit und Schutz vor ihren ehemaligen Zwingherren gedieh. Dieser Zweck blieb nicht unerreicht — häufig fliehen die Leibeigenen in die Gezirke der Burgen und Städte, und bilden da im Gegensatze des ackerbauenden Landmannes die gewerbtreibende Klasse. Die grössern Grundeigenthümer strebten dieser, ihrem Wohle höchst nachtheiligen, Verminderung ihrer Knechte zu steuern, Herzog Otto von Niederbaiern hatte in der von ihm erlassenen berücktigten Handveste sogar wegen den flüchtigen Leibeigenen eigene Anordnungen getroffen, und es lag daher selbst dem Leibherrn daran durch Verbesserung

ihrer Verhältnisse die unzufriedenen Leibeignen wieder an sich zu fesseln; sie beschränkten die Sphäre ihrer unbedingten Dienstbarkeit in eine bedingte, und setzten sie selbst manchmal als freie Bauleute auf ihre Güter, welche sie für sich und ihre Familien bearbeiten konnten, wobei sich jedoch die ehemaligen Leibherrn einen bestimmten Theil des Ertrages unter abwechselnden Modificationen als Abgabe bedungen.

§. 14.

Zu Folge der neugebildeten Stände, Verfassung, und der durch sie veränderten allgemeinen Nationalverhältnisse der Boiuarier machte der Landbebauer nicht mehr ausschlußweise das Volk aus, ihm gegenüber hatte sich der Städtebewohner als bloßer Gewerbsmann constituirt, der mit ihm durch wechselseitigen Austausch der Produkte in gemeinschaftlichen Verkehr tratt. Der gemeine Landeigenthümer, welcher sich mit seinem freien Gute als solcher im Sturme der Zeiten erhielt, und sich nicht zum größern Lehensherrschaft ausgebildet, oder der Vogtei eines Grafen oder geistlichen Stiftes übergeben hatte, bebaut sein Gut als wahres freieignes Gut, und war von selbem auch jetzt noch keine Abgabe an Private pflichtig.

Wenn man in dieser Periode von der Dienstpflichtigkeit freier Landeigenthümer liest, so be-

ruht diese Schuldigkeit entweder auf dem Vogtei-
vertrage, welcher — wie oben erwähnt wurde —
ohnehin nur persönliche Verhältnisse begründe-
te; oder sie geht aus einem freiwilligen Pfand-
und Darlehensvertrage unter Privaten hervor,
und ist eine Kapitalrente, welche als jährliches
Interesse für gelehntes und in den Zeiten der
Noth mit Gründen verhipothecirtes Geld stipulirt
war, a) welcher Fall sich jedoch im Gegensatze
des Ersten bei weitem seltener in der Geschichte
nachweisen läßt, als man es bisher fast allgemein
wähnte. Was aber die sogenannten Mai- oder
Herbststeuern, den Dingschatz, Königspfenning
(nachhin Grafenschatz genannt) betrifft; so ist
er theils eine Art ausserordentlichen Beitrages b)
zu den allgemeinen Bedürfnissen des Reiches in
den Zeiten des Krieges und anderer Nothfälle,
welchen jeder Freie zu Folge des ehemaligen
Heerbannsverhältnisses von jeher dem allgemei-
nen Landeswohle als Opfer brachte; theils hat er
die Natur eines Tributs, den jeder Staatsgenosse
als Recognition des obersten Reichs-Richteramtes
gewöhnlich in den Monaten des Frühlings oder
Herbstes, wo zu Zeiten des Heerbannes meistens
die Heerschau vor sich gieng, und die Grafen
als königliche Legaten, um allenthalben Recht zu
sprechen, die ihnen übergebenen Bezirke bereisten,
in die Kasse des Königs c) zur Bestreitung der für
die Justizpflege nothwendigen Ausgaben lieferte.

Eben so war es einst bei erfolgtem Kriegsaufgebot die Pflicht jedes Wehren zur Erhaltung der innern Ruhe in Gemeinschaft mit der ganzen Nation die zum Kriege nothwendigen Heerstrassen und Brücken zu bauen, Kanäle zu graben und auszubessern, und zum Transporte des Kriegsgepäckes Pferde zu leihen. Man würde irren, wenn man diese Naturaldienstleistung als eine die Freiheit des Eigenthums beschränkende Bürde erkennen wollte; sie war nicht bloß durch den Besitz des Eigenthums bedingt, sondern schlechthin in der Verfassung der frühesten Periode, dem allgemeinen Landesvertheidigungssysteme gegründet, und wurde erst in der Folge nach dem Verschwinden des schönen öffentlichen Lebens unter den Karolingern von den Grafen, welche in das Richteramt der Könige eintraten, gleich dem Dingsschatze auf ihren Burgen und Hofhaushaltungen anfangs erbeten, und nachhin als ein, durch das Unrecht gebährende Rechtsmittel, *Verjährung*, erschlichesenes Recht allmählig zwangsweise gefodert. d)

a) Das Zinsgut war im vollkommenen Eigenthume des Besitzers; der darauf haftende Zins war genau bestimmt, und konnte auf keine Weise vermehrt werden, ohne Empörung und Gewaltthatigkeiten zu begründen.

Gemeiner Geschichte des Herzogthums Baiern. p. 49.

b) Diese Abgabe wurde ursprünglich bloß erbeten; sie war sohin rein willkührlich, und

wurde deshalb gewöhnlich Bäte, Beede genannt.

Versuch einer Entstehungsgeschichte des heutigen Hauptstaates Baiern von Lic. Lippert. §. 21.

c) Nicht Herzogs; denn dieser war in der Periode des Feudalismus nicht Richter, sondern bloß Heerführer, Generalissimus der Nation.

d) Diese Unterdrückungsmethode der Mächtigen gegen die kleinen Gutsbesitzer verursachte schon im vorhergehenden Zeitraume das oben angeführte Capitulare Karls des Großen, worin er den empörenden Wucher der Grafen, Prälaten, und Gaurichter schildert und verbiethet.

Car. M. Capp. a. 801, cap. 2.

§. 15.

Ein großer Theil der damaligen Ländereien war Koloniegut. Die Dinasten, größtentheils im Kriege und im Plündern begriffen, wurden durch Erfahrung belehrt, daß die Landwirthschaft, durch die Hände gebeugter, mißmuthiger, alles Besitzes unfähiger Leibeigenen geführt, nicht wohl gedeihe; sie waren besser daran und konnten ihren militärischen Zwecken mehr obliegen, wenn sie ihre Güter freigelassenen Knechten, oder andern freien Landwirthen zur Bebauung überließen. Die Leistung, welche diese dafür zu entrichten hatten, war nach den häuslichen Verhältnissen der Herrn regulirt, und bestand als ein bestimmter Theil des Ertrages, theils in Geldprästationen a), womit öfter die Pflicht zum

Vasallendienste verbunden, und die Annäherung zum eigentlichen Lehen gegeben war. b)

Obgleich die Zeiten mehr oder minder gesetzlos waren, so hatte sich dennoch bei den kirchlichen Ländereien der Colonarvertrag erhalten, und das seit langer Zeit beobachtete Baurecht (*jus colonicum*) c) diente noch immer, wiewohl nur den Namen nach, als die allgemeine Norm für die Prästationen der Freibauern der Kirche. So war der Zustand des baierischen Landmannes beschaffen in jenen Epochen, wo Freiheit und Eigenthum die Ehre und der Nationalcharakter der Baiern war, wo jede Veränderung der Verhältnisse des gemeinen Mannes originell aus der Urverfassung des Volkes hervorgieng, wo noch kein fremdartiges aufgedrungenes Institut die beginnende bessere Landwirthschaft in ihren Fortschritten hemmte, und wo man selbst noch aus den trüben Erscheinungen späterer Zeiten sich den reinen, bürdelosen Zustand, das glücklichere Leben der Vorwelt vollständig zu deuten vermag.

a) Sie beliefen sich höchstens auf die Hälfte des Ertrages. — Dieses bestätigt unter andern das schwäbische Rechtbuch in der Stelle: „das den Bauleuten halbs Korn beleibt, und dem Priester der Zehenden.“ Senkenbergs *corpus jur. Germ.* T. II. p. 482.

b) Anton. Geschichte der deutschen Landwirthschaft Thl. II. N. 233-241.

c) Auch Landsiedel — Landsiedelrecht, *jus landsideliae*, *jus mansionarium* genannt. Haltaus *Glossarium German. medii aevi ad vocem colonorum jus*.

§. 16.

Als aus dem anarchischen Zustande der Privatgewalt die Territorialverfassung hervortrat, und aus der allgemeinen Zersplitterung der Regierungsrechte unter Otto's des Erlauchten genialischen Wirken, sich die Landeshoheit zu entwickeln begann; erkannte sich der Baier, welcher bisher größtentheils, entweder als Vasall unter der Regierung einer Dynastie zufolge des Lehen-nexus zum blinden Gehorsame verpflichtet, oder als freies, isolirtes Individuum, in Betreff seines Besitzthumes, stets von den Räubereien der einzelnen Mächtigen gefährdet war, wieder als einen integrirenden Theil des bisher zerrütteten Nationalvereins; da winkte ihm wieder der Genius der Gesetzgebung, und einer vernunftgemäßern Koexistenz — der Land-Eigenthümer konnte wieder auf den Schutz seiner Gerechtsame rechnen, und das Schicksal der Leibeigenen begann immer erträglicher zu werden. Diese wurden immer häufiger freigelassen, und siedelten sich als Kolonen auf dem Grund und Boden ihrer ehemaligen Leibherrn an. Je nachdem der Freigelassene bloßer Landbauer war, oder auch ein Gewerbe trieb, zahlte er gewöhnlich 15 oder 30 Pfennige Leibzins, diese ohnehin nicht drückende Abgabe wurde sehr oft durch Nachlasse vermindert a) und eben so oft bei einer etwas dürftigen Erndte gar nicht eingehischt, obwohl sie doch in der

Er diente bei entstandener Fehde mit den Erben dem Lehenmanne als Zeuge, daß das Gut wirklich rechtmäßig übergeben wurde, und bewirkte durch seine Aussage, daß der Besitzer des Sallmannseigens, wenn er ihm nur wegen einem jährlichen ununterbrochenen Besitze des Gutes Zeugschaft leistete, ohne fernere Documente (Siegel und Briefe) zu bedürfen, sich durch die Einrede der Verjährung (ersessener Nutz und Gewer) gegen alle Ansprüche sichern konnte; da hingegen bei andern Lehen der Beweis des Innhabens von einem Jahre und Tage mit zwei Zeugen geführt werden mußte, und zum Beweise des freien Eigenthums deren 21 nöthig waren.

Diese Sallmannsgüter waren und sind in Baiern, besonders im Rentamte Burghausen sehr häufig; der Besitz derselben gewährte wahre Eigenthumsrechte, und war höchstens mit einer kleinen Gebühr an den Sallmann oder dessen Familie, Sallpfenning genannt c) — onerirt. Ihre Natur und Eigenschaft ward aber durch die Adoption verschiedener fremder Gesetze fast gänzlich verwischt, so daß die Regierung Burghausen in einem aufklärenden Berichte, den sie auf eine im Jahre 1604 geschehene Anfrage erstatten mußte, zwischen sallmannischen Eigen- und Beutellehen keinen Unterschied anerkannte, und heutzutage bei dem Lehenhofe nur noch der bloße Name mehr übrig. d)

Eine zweite besondere Rubrike in der Lehenverfassungsgeschichte bilden die ebenerwähnten Beutellehen in Baiern. Als im 13ten und 14ten Jahrhunderte fast alle Lehen in Weiberlehen umgeschaffen, und gegen die Natur der ursprünglichen Lehenverfassung die allgemeine Vermuthung für das Weibslehen geltend gemacht wurde, war der bis dahin übliche allgemeine Lehendienst fast gänzlich verschwunden: die Lehenhöfe begnügten sich deshalb mit dem einfachen Heerge-
wette, das in Baiern nur in Schild und Bogen, oder in Falken und Sperbern bestand, nicht mehr, und heischten bei Veränderungsfällen auch von den bisherigen Ritterlehen das förmliche relevium ein, daher das Lehen den Namen *Beutellehen* erhielt, und nach aufgehobenem Ritterdienste seine Qualität dahin alterirte, daß es nun auch von Prälaten, Bürgern, und Bauern besessen werden konnte. Später wurde die alte baierische Lehensmaxime, daß jedes in adelichen Händen sich befindende Lehen ein Adellehen sei, verworfen — diess veranlaßt nun eine vollkommne Sonderung der Ritter- und Beutellehen, so daß beide als heterogene Institute in verschiedene Kataster gebracht, und zu ihrer heutigen bestimmten Gestalt erhoben werden mußten; wogegen man zur Aufrechthaltung der bisherigen Weibsritterlehen, und deren Befreiung von dem relevio sämtliche Ritterlehen mit Lehensdiensten, oder

sogenannten Ritterpferden nach ihren verschiedenen Verhältnissen belegte. e)

a) Heumann. Opuscula T. I. p. 289.

b) Baierisches Landrecht von 1346. cap. 16. Wegen diesem erleichterten Beweise der Verjährung wurde das sallmannische Eigen *besser* als freies Eigenthum genannt.

Abhandlung vom sallmannischen Eigen von A. J. Lipowsky im 10ten Bande der akademischen Abhandlungen p. 297.

c) Mon. boi. T. IV. p. 441.

Memoratus Reichersbergensis prepositus denarios, qui vulgariter dicuntur Sallpfening quibus debuit, distribuit manu sua scilicet uxori mee pregnante, pro se, et quam in ventre portabat sobole, dimidium talentum duobus aliis parvulis cuilibet, vel utrique LX. den.

d) Lipowsky am angeführten Orte.

e) J. N. G. v. Krenner über gemischte und folgende Weibsritterlehen mit einem Anhang über den Ursprung der baierischen Beutel-lehen begleitet. Rastatt 1798.

§. 18.

Mit dem allmählichen Verschwinden des kras-
sen Feudal-despotismus kehrte wieder ordnende
Leitung in den zerrütteten Vasallenstaat zurück,
und im Jahre 1346 erschien unter der glänzenden
Regierung Ludwigs das baierische Rechtbuch — das
versiegelte Buch — jenes ehrwürdige Document,
das uns den Geist der damaligen Gesetzgebung, und
das Gemählde des darauf gegründeten allgemei-
nen Bestandes der Dinge am treuesten zeichnet.

Darin geschieht in dem Vertrage der dinglichen Rechte, und der verschiedenen Gutsverhältnisse der Unterthanen nur von dem *Eigenthume*, dem *Lehen*, dem *Leibgedinge* und *Baugute* ausschlußweise Erwähnung; indem die jedem Verhältnisse entsprechenden besonderen Rechtsbestimmungen, ihre Befugnisse und Verbindlichkeiten gesetzlich entwickelt und garantirt werden.

§. 19.

In der Lehre vom Eigenthume spricht sich die bisherige Tendenz aller baierischen Gesetze aus, selbes vor allen unerlaubten Eingriffen aller daraus hervorgehenden rechtlichen Befugnisse zu sichern. Desswegen kann der Beweis des Eigenthums nur durch unbestreitbare Dokumente (und in deren Ermanglung durch 21 glaubwürdige Zeugen geführt werden; welche insgesamt die durch einen jährlichen, ruhig ausgeübten Besitz rechtskräftig gewordene Verjährung verbürgen, welche Aussage noch sechs besonders Ernannte mit einem körperlichen Eide bestätigen mußten. a)

Derjenige, welcher den Besitzer eines Gutes durch Gewalt aus dem Besitze vertrieb, oder überhaupt seine Eigenthumsrechte turbirte, mußte dem doppelten Gewinn aus dem spolierten Gute ersetzen und 65 th Pfenninge als Strafe bezahlen. b)

a) Baierisches Rechtbuch von 1346 tit. 16.
»Vmb aygen.«

»Wer vmb aygen wirt angesprochn, des er bey nutz vnd bey gewer geseztn ist ain Jar vnd mer an alle rechte ansprache, mag dann der da angesprochn wirt ainen vnd tzwaintzig genennen vnd habn, die unuersprochen sind vnd die weder tail noch gemein daran habnt, vnd die in der Graffschaft geseztn sind, oder in ein andern Graffschaft, oder wo er sie gehalten mag, vnd die soll er denne franpoten nennen, vnd der soll im danne die fürbringn vnd daraus sol er danne sechs zu im nemen, vnd nennen, vnd sol er danne ain swern, daz das gut sein aigen sey, vnd das er des gesessen sey pey nutz vnd pey gewer ain Jar vnd mehr als des Lands recht ist, an alle recht ansprache, vnd sullen die sechs swern, daz in das wars gewissen sey, das er des aygens geseztn sey bey nutz vnd bey gewer etc., vnd wer also ortzeugt, der sol fürbas seins aygens sitzen in stiller gewer.«

b) Ebendasselbst: »Vmb entwern erbs, vnd aigens.«

»Wer den andern seins erbs vnd seins aigens entwert mit gewalt an recht, vnd pringt er daz mit recht wider in sein gewalt, so sol im diser sein nutz widerchern, die er ab dem gut genomen hat, vnd alz vil dartzu dem Richter sechtzigk vnd fünf pfunt pfenig.«

§. 20.

Zum Beweise des Lehengutes war im Mangel der Vertrags-Urkunde der Eid des Lehenmanns und zweier unbescholtener Männer erforderlich, welche auf ähnliche Weise, wie beidem Beweis des Eigenthums, die Verjährung, (das Gut bei

Nutz und Gewere ersessen zu haben) bezeugten a).

Wer den Lehenmann auf eine widerrechtliche gewaltthätige Weise aus dem Besitze des Lehengutes warf, mußte, wenn dieser den Richter von seinen Ansprüchen auf das Gut überführt hatte, eine solche unerlaubte Störung des allgemeinen Rechtsverhältnisses ebenfalls mit 65 Pf. Pfennigen büßen b).

Aus der Gleichartigkeit der Strafgesetze, welche gegen die verbotenen Eingriffe in Eigenthums- und Lehenrechte gerichtet waren, geht die konsequente Folge hervor, daß der Inbegriff der Rechte des freien Eigenthums und der Summe der Befugnisse, welche dem Vasallen auf dem Lehengute zustanden, in der Hauptsache nicht von einander verschieden waren, und das Lehen, von der übrigens mit dem Eigenthume gemeinsamen Natur, blos darin abweiche, daß der Vasall als solcher, die, aus der Natur des Lehens hervorgehende, Verbindlichkeit hatte, den Lehenherrn in seinen Fehden zu unterstützen, und ihn eben dadurch zu recognosciren.

Der Vasall konnte das Lehen nach Willkühr veräußern, und der Lehenherr hatte nur gegen Erlag des nämlichen Kaufpreises, den ein Dritter dem Lehenmanne angeboten hatte, auf den zu veräußernden Lehen das Verkaufsrecht. c).

Er konnte auf dem Lehengute kontrahiren, und selbes verpfänden, ohne bei solchen Unternehmungen an den Consens des Lehenherrs gebunden zu sein. Im Falle der Insolvenz des schuldenden Vasallen konnte der Gläubiger vom Lehenherrs die Investitur auf das Lehen impetiren; wollte dieser den Gläubiger nicht als Vasallen annehmen, so erhielt letzterer vom Herzoge die Investitur — weigerte sich hingegen der Gläubiger, in das Lehenverhältniß gerade mit diesem Lehenherrs zu treten, so stand es in seiner Willkühr einen andern vorzuschlagen, welchen dieser an seiner Stelle investiren mußte. d)

Dem zu Folge ist es keinem Zweifel unterworfen, daß der Lehennann nicht bloß ein sogenannter Dominus utilis war, sondern daß ihm vielmehr das volle Eigenthum auf dem Gute zukam, da er alle Rechte, welche den Begriff des Eigenthums konstruiren, anzusprechen gesetzlich befugt war, und die Verpflichtung zu Kriegsdiensten als bloße Bedingung, nicht aber als Beschränkung der Eigenthumsrechte angesehen werden kann. Wenn man nebenbei die Bildungsgeschichte der meisten Lehen in den Zeiten der Anarchie in Erwägung zieht, wo der Mächtige unaufhörlich nach Vermehrung seines Gefolges haschte, wo man, um in seinem Besitze vor dem Sturme der Zeiten gesichert zu

sein, gewöhnlich einem Solchen sein Gut zum Schutze übergab, um es gegen Gelobung der Kriegsfolge als Mundgut wieder zurück zu erhalten; so wird man diese in Rücksicht auf unsere heutige Lehenverfassung anscheinende Anomalien als natürliche Ordnung, und im Charakter der Zeit gelegen erkennen.

a) Baierisches Rechtbuch. Tit. 16. Nutz vnd Gewer aygens vnd lehens.«

»Wer vmb ein lehen wirt angesprochn, des er pey nutz vnd pey gewer gesezzen ist Jar vnd tag, vnd mer an alle recht ansprache, mag dann der da angesprochen wirt, tzwen erber vnversprochn man zv im gehalten, die weder tail noch gemain daran habnt, so sol er vor dem rechtn mit denselben tzwain ertzeugn, vnd sullnt die sweren, das in das wars gewissent sey, datz er des lehens sey gesezzen pey nutz vnd pey gewer Jar vnd tag oder mer an alle recht ansprache, als des landes recht ist etc.«

b) Eodem. Vmb entwern aigens vnd lehens.

Hab er dann hinnach hintz im icht ze sprechn vmb daz gut, da sol vmb geschehn als recht ist, vnd ist er dem Gericht darumb schuldig worden sechszig vnd fünf pfunt pfening.

c) Ibidem. Tit. 16. »Vmb Lehen verkauffen an seins herren haisse.«

»Geit ainer ein lehen hin vnd verkauft es an seins herren haifss vnd willen, von dem er es ze lehen hat, wil daz der herre selber haben vmb die pfening, da es sein man vmbgeben hat, so sol er es haben vor allemänicleich vmb dieselben pfening, er hab es den herren angepotn oder nicht.«

d) Ibidem. Tit. 17. »Vmb pfant antwurten daz lehen ist.«

»Wirt ainem pfant geantwurt, daz lehen ist, vnd daz er mit recht in sein gewalt pracht hat, der sol daz behalten viertzehn tag vnd sol es diesen anpietn, geit er im dann nicht pfenig, so mag er es verkauffn etc., mag aber er sein nicht verchauffen, so sol im der lehenherre dasselb gut leihen in dem rechtn, als vorgeschribn ist, wolt aber der lehenherre das lehen nicht leihen, als in daz recht weist mit Gerichtes brief, so sol er varen an dez landesherren, der sol ims leihn, vnd sol er dann damit sitzn geruet, als ein man durch recht bey seinem lehen sitzn sol, bis daz sich der lehenherre bedenkt, daz er ims leihen welle, Wär auch das ein so getaner erber man wär, daz er nicht lehn von im habn solt, so sol er es seinem trager leihn, wenn er zu seinen trager nympt.«

§. 21.

Die dritte, in dem Rechtsbuche erwähnte, und von dem Bisherigen unterschiedene Art der baierischen Gutsverhältnisse ist das Leibgeding.

Die Rubrik, unter welcher dieses Institut vorgetragen wird, und die im 1ten und 2ten Kap. des 15ten Titels enthaltenen gesetzlichen Bestimmungen führen auf die Ueberzeugung, daß das Leibgeding mit dem Erbpachte gleiche Beschaffenheit hatte.

Es wird selbst von dem Gesetze als gleichbedeutend mit der Erbschaft behandelt, und bestand in einem urbaren Gute, welches der Eigenthümer

desselben gegen eine jährliche bestimmte Abgabe einem Dritten in der Gestalt zu Pacht überliefs, daß sich dieser Vertrag nicht nur auf die Lebenszeit des Pächters, sondern auch gewöhnlich auf dessen Succession erstreckte, und in der Regel mit jedem Erbfolger des vorigen Leibgedingers unter den nämlichen Bedingnissen erneuert wurde.

Der Beweis des Leibgedings war durch die Vorzeigung des Erbpachts- oder Leib-Gedingsbriefes bedingt; war dieser durch Alter unbrauchbar geworden oder durch Zufall verloren gegangen; so mußte der Inhalt desselben durch zwei tüchtige Zeugen bewiesen, und der Brief nach dieser Aussage höchstens binnen 6 Monaten wieder erneuert werden, widrigenfalls der Gutsherr dem Erbpächter alle durch sein zögern unnöthig verursachten Reise- und Gerichts-Kösten zu ersetzen verbunden war a).

Der Besitzer eines Leibgedings-Gutes war gegen alle Beeinträchtigung von Seite des Eigenthümers und anderer gesichert; im Falle dasselbe aber an eine Kirche gehörte, und vom Besitzer auf eine unerlaubte Weise als Eigenthum an einen andern veräußert wurde, war das Leibgeding als heimfällig erklärt, und der Betrüger nebst der Zurückgabe des erhaltenen Kaufschillings zu einer Strafe von 63 Pf. Pfennigen verurtheilt b).

a) Rechtbuch. Tit. 15. »Vmb leipgeding.«

»Jaech yeman erbschaft, oder leipgeding auf ein gut, welcherlay herscheft das wär, ob er das mit nutz vnd gewer behaben wolt, daz sol in nicht fürtragn, er hab danne brief darumb, gieng aber die hantvest ab von alter oder von vnglück, daz man sie nicht gelesen, oder erkennen möcht, die sol der herre verneuen, ob man den herren gewaisen mag mit zwain erbern mannen, wie die hantvest sten sulle, vnd sol das geschehn in sechs maneitn verzug im das der herre, und näem er des chainen schadn mit nachraysen oder mit gericht, den sol er im abtun.«

b) Ibidem. »Vm Leypgeding.«

»Wer ein Leipgeding hingeit für aigen, daz ains Gotzhaufs ist, überwint in des der herre, der zu dem Gotzhaufs gehört, als recht ist, so ist dasselb Gut dem Gotzhaufs ledig worden, vnd sol jenem sein pfenig wieder gebn, dem Richter sechszig vnd drev pfunt pfenig.«

§. 22.

Eine vierte Art von Gutsverhältnissen kömmt unter der Rubrike des *Bauguts* vor.

Der Grundherr übertrug einem Landmanne die Bewirthschaftung eines Theils seiner Besitzungen auf verschiedene Zeiträume, gewöhnlich auf 3 Jahre, unter dem Gedinge, das Feld nach den damaligen Regeln der Landwirthschaft zu bebauen, und ihm eine jährliche bestimmte Reichniss unter dem Namen *Gilt*, *Gutsrecht* zu liefern.

Diese Oekonomen hießen Meier, Baumänner, Bauleute, und durften nur dann vom Gute freiwillig abziehen, wenn sie dem Grundherrn ihre auf dem Meiergute schuldenden Abgaben gereicht hatten. Dieser konnte sie, wenn sie vor Ende des vertragsmäßigen Termins das Baugut willkürlich verließen, von ihrem neugewählten Wohnorte zur Fortsetzung der Kultur seines Gutes zwangsweise abfordern, und zur Abführung ihrer restirenden Gilt und andrer Pflichten bei Gerichte belangen. Weigerte sich der Meier, dem Urtheile des Gerichts zu willfahren, so mußte er zur Strafe seinem Herrn die doppelte Foderung ersetzen a).

Der Baumann hatte auf dem Gute vollkommenes Nutzrecht, konnte auch durch den Grundherrn innerhalb der paktirten Zeit nicht willkürlich von demselben entsetzt werden; aber eben so wenig durfte dieser, wenn er dem Meier das öde Gut auf bestimmte Jahre giltfrei überlassen hatte, dasselbe, nachdem es kultivirt, und mehr produktiv gemacht war, innerhalb der Vertragszeit mit Abgaben belasten. — Der Baumann konnte sich gegen eine solche Arglist des Gutsherrn mit 2 Zeugen, und im Falle er das Meiergut auf längere Zeit als die drei gewöhnlichen Jahre erhalten zu haben behauptete, mit brieflichen Urkunden schützen b).

Dagegen war aber der Bauherr befugt, den nachlässigen Baumann, welcher das Gut, anstatt selbes zu kultiviren, bedeutend deteriorirte und überhaupt seine Vertragspflichten unerfüllt liefs, zur bestimmten Zeit (14 Tage vor Lichtmess) zur Sicherheitsleistung in Betreff der künftig treuen Erfüllung seiner Verbindlichkeiten zu bestimmen, aufser dessen er ihn vom Gute entsetzen — den Meier entmeiern konnte. Gerieth aber der Meier wirklich in das Verderben, so war dem Herrn wegen seinen Forderungen ein allgemeines Pfandrecht auf das Habe des Verschuldeten gesetzlich gesichert, und die übrigen Gläubiger konnten erst, nachdem der Gutsherr befriediget war, aus der noch übrigen Masse ihre Ansprüche verfolgen c).

Dem zu Folge ist es unläugbar, dafs die Verhältnisse des Meiers zum Gutsherrn auf einem reinen Dienstvertrage gegründet waren, und nicht eigentlich die Natur des ehemaligen Kolonarvertrages an sich trugen. Der Meier bebaute auf die bedungene Weise das Gut, lieferte dem Herrn die bedungene Gilt, welche manchmal auch im blofsen Geld (Zins genannt) gereicht werden konnte d), und hatte das Recht, mit dem übrigen Ertrage unbeschränkt zu verfügen, und ihn zu veräußern e).

a) Baierisches Rechtbuch. Tit. 13.

»Chlagt ein herre seinen mair, er sey im von seinem gut gefahrn, darauf er sey ge-

sezzen; oder ob er es zu einem zupav hab gehabt, vnd er hab in seiner gült oder seins guetz Recht nicht aussgericht, so sol man des mair laugen darumb nicht nemen ze hant sol im das gericht gepietn, vnd in dartzu nötn, daz er zu dem herre auf sein gut köm etc. Versätzze er das gepot, so ist er dem herren sein Vodrung schuldig mit der tzigült, vnd da sol im der Richter pfant vmb antwortn, wo er sein geweist wirt.«

b) Ibidem. »Wellich paur auf einem gut sitzt, das er einem herren verdienen mus, jaech der chains rechten an das gut, da sol in chain nutz noch chain gewer fürtragn noch helffen, er betzeug es dann mit brifen an als vil, ob der paur nichtz gicht auf grund vnd auf poden, vnd gicht er hab daz gut ze Jaren verlantschult, oder bestanden ze ödrecht, oder es sey im vmb rechten dienst gelazzen 3 Jar an pfenig, mag er daz also ertzeugen, ob im der herr des laugnt, ertzeugt er es dann mit tzwain erbn mannen zu im, daz im es der herre ze drein Jarn lassen hab, oder mynner, des sol er genissen, jaech aber der paur icht mer dann drey jar, das sol er betzeugen mit brifen.«

c) Ebendasselbst.

»Wir habn auch erfunden vnd gesprochen mit unsern treuen, ob ain man auf ein gut säzze, daz er inne hiet ze paurecht, wär er icht schuldig von des gutz wegen dem herren, da er es von hiet, welcherley Vodrung oder recht der herre hintz dem mair von des gutz wegen hat rechtileichen, da sol der herre vmb sein gelt vor aln Leute warn, vnd ob das wär, das der herre jaech, er solt im zymern, oder ander sein geding volfüren ze jaren oder mynner vnd das wär im verporgt oder nicht, vnd der mair wurde angeclagt von andern seinen geltern, so möcht der

herre oder sein pörg also antwurten vnd sprechen, alles daz der mair hat, daz ist unser pfant, wie das genant ist, etc. darnach was übrigs da wär, wer recht dahin hab, da wer sich ye ainer nach dem andern als recht ist etc.“

d) Ibidem. „Ist das ein man sein gut besetzt, vnd ainen Zins darauf legt, den man im geb von jar ze jar etc.“ Nur dürfen solche Güter nicht mit den wahren Zinsgütern verwechselt werden; denn die Erben des Grundherrn sind an die Geldreichniß nicht gebunden, und konnten sie nach aufgelöstem Gedinge in Gilt verwandeln.

e) Ludwigs Stadtrecht. Cap. 21.

„Wellich purger kaufft oder sust nympt zu werer an sein gelt von einem paumann, der auf dem landt sitzz karn, stro, holtz, heu, gras, ros, rinder oder welcherlay gutz sey vnd auch das haimpt dieweil der paumann auf dem gut, sitzz chumbt oftermalen des guets herr oder yemant anders vnd clagt an den purger, er hab sich eines guetz unterwunden, daz gehört zu gericht auf sein gut, mag dann der purger bereden, daz er das gut haimpt, vnd auch sich des unterwund da es zu denselbn Zeitr neman anspruch vnd daz der gepaur auf dem gut säzz, des sol der purger geniessen etc.“

§. 23.

Dieses waren die gesetzlichen Bestimmungen über die guts - und grundherrlichen Verhältnisse der Baiern im 14ten Jahrhundert. Sie sind einfach und der Natur entsprechend — sie schildern uns die Umstände des gemeinen Mannes im höchsten Grade begünstigt und natürlich; und die Rechte der mehr Begüterten waren auf der an-

der Seite gegen alle Beeinträchtigungen gleichfalls in jeder Hinsicht gedeckt.

Wenn es wahr ist, daß sich in den Gesetzen eines Volkes der Charakter, die Kulturstufe, Verfassung und Verhältnisse desselben vollendet aussprechen, daß nur in den Gesetzen der Genius der Zeit in seiner reinen Gestalt, ohne von Trivialen der Erscheinung getrübt zu sein, sich offenbare: so besteht das Gemälde der baierischen Nation in Rücksicht auf ihren Güterzustand nur aus wenigen Hauptmomenten, und der freie Baier erscheint uns entweder

- 1) im Besitze eines ludeignen Gutes,
- 2) oder als Erbeigenthümer,
- 3) oder als Lehengutsbesitzer.
- 4) oder endlich als Baumann — als Freistifter auf den Gütern eines andern Landeigenthümers.

§. 24.

Aber nicht immer, und nicht überall, erhielt sich diese gesetzliche Ureinrichtung in Baiern. Mißbrauch und das Streben sich den gesetzlichen Schranken zu entwinden, war auch in Baiern vorherrschend. Schon im 12ten Jahrhunderte begann die römische Rechtsgelehrsamkeit sich auf deutschem Boden einzubürgern, sich in die Gerichtshöfe zu schleichen, den einfachen ungekünstelten Rechtsgang in ein Labirinth verkehrter Formalitäten und unnatürlicher Spitzfindigkeiten zu verwandeln und unter unsere Ahnen

manche mit unsrer Verfassung heterogene, nur für den Römerstaat geeignete Institute zu pflanzen. Unter diesen steht an der Spitze der römische Pflanzungsvertrag — emphiteusis — sogleich in seiner Natur alterirt, als er auf teutsche Verhältnisse angewendet wurde — und nachhin für den gemeinen Mann eine unversiegbare Quelle des Unheils.

§. 25.

Die römische Emphiteusis war ursprünglich der Vertrag des römischen Staates mit Privaten, zu Folge dessen er letztere die öden, in feindlichen Provinzen eroberten, Länder zur Kultur a) übergab, und sich, um sein Obereigenthum zu sichern, in recognitionem domini eine jährliche Leistung unter dem Namen Canon stipulirte. b) Der Emphiteut bebaute also das Staatsgut, und entrichtete für das darauf überlassene perpetuirliche Nutz eigenthum jährlich eine öffentliche Abgabe (vectigal) an den Staat, welche um so unbedeutender war, als sie blos, wie gesagt, die Anerkennung des Staates als Obereigenthümers von Seite des Baumanns bezweckte.

Dieser war vollkommen frei, hatte auf dem emphiteutischen Gute in Betreff der Benützung desselben volles Verfügungsrecht, vererbte dieses auf alle seine Nachkommen, und reichte von den darauf erzielten Produkten als Emphiteut

schlechthin keinen Tribut, als den des Canons, welcher auch manchmal in Naturalien bestehen mochte. Im Verfolge der Zeit ahmte die Kirche, dann andere Private, überhaupt die größeren Landeigenthümer diesen Staatsvertrag nach, um ihre Ödgründe in den erwünschten Kulturzustand zu versetzen — und so gieng die Emphiteuse nach und nach in einen Privatvertrag über. c) Als die Kultur auf den überlassenen Gütern begonnen hatte, strebten die Obereigenthümer derselben, sie auch mehr rentirlich zu machen — man suchte das Veräusserungsrecht des Emphiteuten dahin zu beschränken, daß, im Falle jemand nicht als direkter Erbe des Emphiteuten, sondern unter dem singulären Titel einer Schenkung oder irgend eines andern Vertrages d) das Gut erhielt, für die Annahme des neuen Meiers dem Obereigenthümer eine Vergeltung (Laudemium) gereicht werden mußte, welches die Gesetze um dem Mißbrauche und Wucher vorzubeugen, auf zwei Prozente vom reelen Werthe des Gutes bestimmten. e)

a) Der manchmal in den Gesetzen vorkommende Ausdruck melioratio war beim Entstehen des Institutes sehr natürlich und zweckgemäfs — er bedeutete blos Behauung — Kultivirung — Urbarmachung des öden Grundes, und wurde später, nachdem dieser Zweck mehr oder weniger erreicht war, in die blosse conditio non deteriorandi verwandelt. „Ut in ferendo, plantando, arando, colendo fundum meliorem faciat.“ Cujacius.

- b) Burmann de vectigal. pop. rom. cap. 1.2.3.
- c) Ibidem. Thibaut. Sistem des Pandektenrechst. Jena 1803. §. 847.
- d) L. 3. c. de jure emphiteutico.
- e) Diese und die übrigen gesetzlichen Bestimmungen über die wechselseitigen Rechte und Pflichten des Emphiteuten gegen den Obereigenthümer, und dieses gegen jenen datiren sich größtentheils aus spätern Zeiten, nachdem der Vertrag auch unter Privaten allgemein üblich, und dadurch zur Quelle von manichfachen Rechtsstreiten und Bedrückungen geworden ist.

Die nämliche L. 5. C. de jure emphiteutico, bestimmt: „Et ne avaritia tenti domini magnam molem pecuniarum propter hoc efflagitent, quod usque ad praesens tempus perpetrari cognovimus, non amplius liceat, nisi, quinquagesimam partem pretii vel aestimationis loci, qui ad aliam personam transfertur, accipere.“

§. 26.

Der baierische Guts-Eigenthümer fand es allmählich im XV. Jahrhunderte seinem Interesse entsprechend, ein diesem Kolonarvertrage ähnliches Geding mit seinen Baumännern einzugehen, und die emphiteutischen Verhältnisse auf die bisherigen Freistifts- und Baumannsgüter zu verpflanzen. Der Baumann, in dessen Brust der natürliche Wunsch, Eigenthum zu besitzen, oder im Gebrauche ungestörter und dauernder zu bleiben, um so mehr glühte, je tiefer er den Druck des Despotismus fühlte, hoffte als Emphiteut, der in Behauung und Benützung des ihm überlassenen

Grundes vom Obereigenthümer gänzlich unabhängig war, einmal ein froheres Leben beginnen zu können, und erbot sich gerne zu jeder Leistung, welche ihm sein Herr analog mit den emphyteutischen Grundbedingungen auftrug. Dieser aber, wohl vertraut mit den Vortheilen, welche aus diesem neuen, dem Anscheine nach sehr anspruchlosen, Verträge für ihn hervorgiengen, begünstigte ihn auf alle mögliche Weise. Da er vorhin als voller Eigenthümer die Wohngebäude mit Fahrnis des Baumanns herstellen, und unterhalten, alle Ausgaben auf dem Gute, welches der Mann bebaute, alle Wagnis und allen Verlust bei dem Feldbaue selbst tragen mußte, erhielt er nun von ihm eine Anstandssumme — Laudemium — welche sich bei jeder Veränderung des Besitzers wiederholte, wobei der alte Dienst, freilich mit einem Emphyteusvertrage in keinem natürlichen Verhältnisse, mit seinem alten Namen »Gült und Zins« aufrecht erhalten blieb; den die After-Rechtsgelehrten mit dem römischen Canon zu rechtfertigen glaubten. Er ersparte dabei alle Ausgaben auf Gebäude, Fahrnis und Saamen, und wußte durch allerlei Rechtsfiktionen noch eine Menge anderer, nicht minder bedeutender, Pflichten des Kolonen unter verschiedenen Namen aus dem Verträge zu entwickeln.

§. 27. —

In diesem, nun einzuführenden emphiteutischen Geding war das Schicksal der Gesammtheit der Erbpächter, Lehenleute, Freistifter, und des größten Theils der übrigen freien Landbesitzer vorgezeichnet! — Die Gutsherrn, stets lüstern, den Fond ihrer Renten zu vermehren, strebten die emphiteutischen Verhältnisse wo möglich allgemein zu verbreiten — sie deckten bei dieser Operation ihren Eigennutz hinter die neue Rechtslehre, und pflropften das neue Institut auf die alten Verhältnisse. Aus fremdartigen Verbindungen mußten Mißgeburten entstehen, die unter den Dingen der Natur kein dauerndes Leben erlangen können; früh oder spät zu Grunde gehen müssen. Selbst Bauleute sehnten sich nach dem neuen Rechtsstand, nicht wissend, daß sie neuem Drucke entgegen eilen, so wie die Zeit denselben vernichtet und neues Leben daraus hervorgehen heisst. Alle verschiedenen Verhältnisse werden in das Afteremphiteutische zusammengeschmolzen, und selbst noch Verhältnisse der Leibeigenschaft mit dem blos grundherrlichen vermischt. Darin ist die Entstehungsgeschichte unsrer heutigen neuen Gutsherrlichkeit zu finden. Sie gieng aus den Ruinen der römischen Verfassung hervor, nahm aber, auf unsre Verhältnisse angewandt, den ihrer erstern sanftern Natur heterogenen Charakter der Bedrückung und der Ge-

winnsucht an. — Sie existirte zwar, aber nur im Einzelnen als Einführungsversuche, auf unserm vaterländischen Boden lange vorher, ehe die einheimischen Gesetze sie sanktionirten — ihre Natur und Wesenheit rechtlich bestimmten.

Weder in dem, im Jahre 1516, und neuerdings 1518 reformirten Landrechte, noch in der 1553 erschienenen baierischen Landesordnung wird der emphiteutischen Verhältnisse auch nur mit einem Worte erwähnt; man kennt darin immer schlechthin nur das einfache teutsche Eigen-Erbrecht, und Leibgeding, dann die Freistift und das Lehen. — Diese Institute, und die daraus hervorgehenden Rechte und Verbindlichkeiten der Privaten sind noch immer das reinste ungetrübte Gebilde der ersten germanischen Verfassung, und lassen auf keine Weise eine Mischung mit ursprünglich fremden Verhältnissen *rechtlich* vermuthen, weil die Gesetze diese gänzlich mit Stillschweigen übergehen, und nur mit einigen, durch die Zeit nothwendig gewordenen, Veränderungen die im alten Rechtbuche Ludwigs enthaltenen Bestimmungen wörtlich wiederholen, und bestätigen.

§. 28.

Erst im Anfange des 17ten Jahrhunderts finden sich in dem neuen baierischen Landrechte vom Jahre 1616 einige Stellen, welche Bestimmungen über emphiteutische Verhältnisse enthal-

ten, und erst von diesem Zeitpunkte an kann der römische Pflanzungsvertrag auch auf unsere Gutsverhältnisse unter gesetzlicher Firma übergetragen, erachtet werden. Nun verbreitet sich die *Emphiteus* auf die alten Pacht- und Dienstgedinge, und es hat sich eine ganz neue aber zusammengesetzte Grundherrlichkeit gebildet. Diese Gesetze sprechen wieder vom *Erbrechte*, vom *Leibrechte* — von der *Herrengunst* als *veranleiteter Freistift*, und der *einfachen Freistift* als solcher.

Nun erst geschieht des römischen *Laudemiums* unter dem Namen Anfall, Landschuld, Verehrung, und Willengeld Erwähnung; es wird sowohl beim *Erbrechte*, als auch beim *Leibgedings-* und *Freistiftsvertrage* genannt, — und die schnelle, unvermuthete Aufnahme ganz fremder Rechtsbegriffe und Formen in dem baierischen Gesetzbuche, führt mit Grunde auf die Vermuthung, daß die Gutsbesitzer an der neuen Gesetzgebung einen vorzüglich wirksamen Antheil genommen haben mußten.

Ihr Interesse duldete es jedoch nicht, die *Emphiteuse* in ihrer ursprünglichen Natur bei uns einzuführen, sondern nur den Name sollte als Rechtstitel zu künftigen Exzessen beibehalten, und benutzt, und die besondern Vertragsbedingungen nach den individuellen Vortheilen der Gutsherrn modificirt werden können. *Es war der sogenannten Rechtspflege keine schwere Aufgabe*

unter dem Titel des freien Vertrages, und des darauf gegründeten Herkommens die Laudemialabgabe ungewöhnlich zu erhöhen, und aus einer gegebenen Veränderung des Besitzes mehrfache Anfälle zu analisiren. Aber das Gesetz trat auch in Baiern, wie oben von der römischen Legislatur erwähnt wurde, gegen derlei Unfuge beschränkend auf — daher regulirt der 21te Artikel des Landrechtes die höchste Summe des Anfalls auf 5 Prozente vom Schätzungswerthe des Gutes, verbiethet dieselbe da, wo bisher weniger Prozente gewöhnlich waren, zu vermehren, und erlaubt eine fernere Foderung unter dem Namen Abfahrt, respektive ein zweites Laudemium, nur an solchen Orten von Grundholden einzuheischen, wo sie damals gebräuchlich und kündlich hergekommen war.

§. 29.

Die Gesetze, und darunter auch vorzüglich das jüngste, der maximilianische Codex von 1756, sind bei keiner Bestimmung, welche nicht schon in unsrer Verfassung gelegen war, und nur durch die neuern Rechtsgeburten veranlaßt wurde, strenge dogmatisch, sondern blos referirend.

Sie führen die manchfachen, auf welch immer eine Weise eingeführten, und bisher bestandenen Gewohnheiten an, und drücken ihnen das Siegel der Recht - und Gesetzmäßigkeit auf. Aber eben dadurch, daß die Gesetzgebung vom Faktischen des

Verhältnisses sogleich auch das Rechtliche desselben abstrahirt, daß sie die bisher üblichen Verhandlungsweisen der Gutsherrn mit ihren Grundholden d. i. die Observanz so geradehin zum Prinzipie des Rechtes erhob, ohne auf die Entstehung und die Rechtlichkeit derselben Rücksicht zu nehmen, dadurch, daß sie den höhern, rationellen Standpunkt nicht kannte, von wo aus der Gesetzgeber, unabhängig von dem Bestehenden, die rechtlichen Verhältnisse der Bürger dogmatisch begründet, öffnete sie einer unabsehbaren Menge von nachherigen Prozessen und Plackereien die Thüre, und veranlaßte die so häufig gewordenen Mißbräuche und Bedrückungen, wodurch der sonst so glückliche Zustand des freien baierischen Landbewohners so beklagenswerth, und er zum eigentlichen Lastthiere der weltlichen und geistlichen Grundherrschaft herabgebildet wurde.

§. 30.

Der Natur des Institutes am angemessensten war die Uebertragung der Emphyteuse auf die bisherigen Erbrechtsgüter in Baiern. Wurde ein solches Gut erledigt, so verlieh man es nur unter den Bedingungen der römischbaierischen Emphyteuse wieder — man unternahm hiebei keine besondere Verhandlung — der Grundherr übte als solcher auf seinen Hofmärken und Edelsitzen die Patrimonialgerichtsbarkeit aus, welche er

schon im Anfange des 14ten Jahrhunderts zufolge der ottonischen Handveste wiewohl vergebens in Anspruch genommen, nach zwei Jahrhunderten aber dennoch als Privilegium erlangt, und im Verfolge dahin erweitert und mißbraucht hat, daß er als Obereigenthümer mit seinen Grundholden gleichsam einen eigenen Staat im Staate zu bilden begann — er errichtete als Jurisdictionsherr zufolge seiner vermeintlichen Notariatsrechte den *Unterthanen ihre Gerechtigkeitsbriefe* — *stilisirte diese aus eigener Machtbefugniß nach der neuen Rechtsnorme* — das vorhin unbelastete, blos stiftbare Erbgut wird laudemialbar — der vorige baierische Erbrechter wird Emphiteut, und tritt, ohne es zu wissen, oder doch widersprechen zu können, oder zu dürfen, in ein neues daraus hervorgehendes Pflichtenverhältniß zum Grundherrn. Aber diese so lukrative Unternehmung der Gutsherrn, deren Habsucht nie ein Ziel kannte, erstreckte sich auch über ludeigen, besonders über die außerordentlich häufigen Vogtei- und übrigen Güter, auf welchen zu Folge der bekannten Vogtei-Verhältnisse, oder aus einem andern speciellen Vertrage gewisse Zins- und Naturalleistungen ruhten. Der Vogt- oder Zinsherr errichtete über die ihm zu reichende Abgabe einen Zinsbrief — nannte darin den Zins einen Grundgerechtigkeitsbrief, machte sich unter der Firma des richterlichen Zwanges und tirannisi-

renden Herkommens zum Grundherrschaft — und reihte *den vorhin freieigenen Grund* in die Kategorie der emphiteutischen Güter a). Wer in den Zeiten des Druckes zur Schulden-Contrahirung seine Zuflucht nehmen mußte, (und dieses war im 15. und 16. Jahrhundert bei dem gemeinen Manne sehr häufig der Fall) verkaufte das freie Eigenthumsrecht auf seinem Gute, und machte dieses zum Erbrechte, oder entlehnte von einem Begüterten eine Kapitalsumme, wofür er sich zu einer ewigen Rente durch Naturalleistung an den Gläubiger verband. Dieser bloße Darlehensvertrag erlitt nun auf ähnliche Weise, wie bei dem Zinsgute geschah, das Schicksal, nach und nach von Seite des Gutsherrn unter die Klasse emphiteutischer Verträge subsumiret zu werden b), und so gedieh die allgemeine Verbreitung der Emphiteuse in Baiern dahin, daß sich in der ehemaligen Provinz Baiern ohngefähr neben 7361 Familien und 1162 freieigenen, nicht grundbaren Höfen, 78454 Familien und 20775 Höfe unter der Grundherrschaft befinden, von denen doch wieder nur 13479 Familien und 4071 Höfe zur landesherrlichen Grund- und Lehenherrschaft gehören c).

a) Aktenmäßige Belege hiezu finden sich in den landesherrlichen Archiven und Registraturen in Menge; die Jesuiten leuchteten darin mit einer ganz besondern Thätigkeit voran.

b) Hierüber erklärt sich mit patriotischer Wärme einer der würdigsten Vaterlandsfreunde in seinen vortrefflichen »Bemerkungen über Laudemial, und andere grundherrliche Rechte in Baiern.« Frankfurt und Leipzig 1798.

c) Verhältniß der Grundherrn in Baiern. Aus den Hofanlagsbüchern gezogen von *Franz von Krenner*, kurfürstlichen geheimen Finanzreferendär, (Kurfürstliches Reggs. und Intelligenzblatt 1800. 1. St.)

§. 31.

Auch die nach alter Verfassung auf Leibrecht und Freistift verliehenen Güter sollten mit dem neuen Erbrechte verhältnißmässig gleich rentirlich gemacht, und die darauf ruhende Steuerpflichtigkeit vom Gutsherrn dem Leibrechtsbesitzer aufgebürdet werden — aber auch dafür wurde geholfen. Man erhob die Emphiteuse zum Gattungsbegriffe, und trug sie unter einer scheinbaren Konsequenz auf alle Güter über, welche nur immer zur Bebauung und Nutzeinsetzung an andere verliehen waren. Darunter war vorzüglich die Klasse der Leibrechtsgüter begriffen, man gründete auch auf ihnen unter den angegebenen Manieren das emphiteutische Bastardverhältniß, und der Leibrechtsbesitzer mußte, ohgleich er nur ein persönliches Recht auf das grundbare Gut hatte, was mit der Natur der Emphiteuse in geradem Widerspruche steht, nun neben dem Leibkaufe das Anstandgeld (Laude-

mium) mit der Abfahrt, und allen übrigen Abgaben bezahlen, welche die Grundherrn im Verlaufe der Zeit zu ersinnen gewußt haben a).

Noch interessanter war die Aufgabe, die allgemein landesüblichen Freistiftsverträge unter die Maske der Emphiteuse zu stellen — es gelang durch Benützung der falschen, absichtlich begründeten Volksmeinung, daß es zuträglich sei, auf dem Gute *eine Gerechtigkeit* zu besitzen; der Freistifter, welcher nach Belieben vom Grundherrn entmeiert werden konnte, und bloß präkäres Nutzungsrecht auf dem, zur Bemeuerung überlassenen, Gute besaß, mußte das Untereigenthum (!) kaufen, Stift, Gilt und Laudemium bezahlen (*sich veranleiten*), erhielt dafür vom Grundherrn den ersehnten Stiftsbrief, und unter dem Namen Herrengunst, oder veranleitete b) Freistift die Befugniß, das Gut so lange zu benützen, als es diesem nicht belieben wird, ihn desselben zu entsetzen, in welchem Falle der Grundherr nur den gelieferten Kaufpreis, und das geleistete Laudemium, dann die, jedoch nicht wider seinen Willen angelegten, namhaften Verbesserungen, dem vom Gute gejagten Freistifter zu vergüten verbunden war c).

- a) Gleiches Schicksal ward demjenigen zu Theil, welcher sogenannte Widdumsgüter von Benefiziaten und Pfarrern auf deren Lebenszeit gepachtet hatte, und wegen der

verschiedenen Natur des Kontraktes zum Unterschiede von den eigentlichen Leibrechtern, Neustifter genannt wurden.

b) Bloss in diesem Worte »veranleitet« und der dadurch ausgesprochenen Handlohnspflichtigkeit, war der Unterschied zwischen der einfachen Freistift und der neugeschaffenen Herrngunst gelegen — beide, sowohl der einfache, als der verleitete Freistifter, hingen vom Winke und der Laune der Grundherrschaft ab, — Die Gesetze haben in der Regel nur die bisherige einfache unverleitete Freistift zum Objekte ihrer Bestimmungen, und berühren die sogenannte Herrngunst nur nebenhin — ein Beweis, daß sie selbst im 17ten Jahrhundert nicht allgemein gegründet war, sondern damals erst allmählig nach gesetzlichen Normen eingeführt zu werden begann. Diefes bestätigt die bayerische Landesordnung von 1616 Tit. 21. Art. 2. 3. 10. 11. 13. 16. 17. worin größtentheils die schon im Rechtbuche 1346 über die Freistifter gegebenen Bestimmungen wörtlich wiederholt werden, und überdies der Art. 6. worin es heißt:

»Welcher fürterhin sein Guet, welches frey vnd ledig ist, einem Mayr ohne Brief, vnd Sigl verstitten will, der mag es anderst nit thun, dann blossen bestandts, vnd freystiftsweils, von einem Jar zu dem andern, oder zum längsten auf drey Jar, vnd dauon soll er keinen Anfall oder Landschuld, noch sonst ainig Gelt, wie das namen haben mag, nemmen, sonder sich an der bedingten Jarsgült benügen lassen. Weme er aber einen Anfall, Landschuld, Verehrung, Willengelt, oder dergleichen, soll er solches Gelt dem Mayr wider erstatten. Wollte aber Jemand einem Mayr ein Beutellehen, Erbrecht, Leibgeding, oder Herrngunst, oder mehr als auf drey Jar stift geben, mag er wol einen An-

fall nemmen, doch soll er die Verstiftung thun, mit Brief vnd Sigl, darinnen die zwischen ihme, vnd dem Mayr gemachte geding, fleissig beschriben sein, er auch von dem Mayr deshalben einen Reversbrief nemmen. Würden aber nit Brief aufgericht, so soll kein weisung mit Zeugen (außer des Bestands auf drey Jar statt haben, sonder die stiftt nur für eine bloße freistiftt, oder bestand auff ein Jar gehalten werden.«

c) Baierische Landesordnung von 1616. Tit. 20. Art. 5.

§. 32.

In diesen mehr oder minder irregulären Formen bildete sich der römische Pflanzungsvertrag im Gefolge seiner Nachtheile für Kultur- und Nationalwohl unsern vorigen Verhältnissen ein, Die Gutsbesitzer erreichten die zwei wichtigen Zwecke — der Steuerbefreiung und der direkten Vermehrung ihrer Renten hiebei. Der Grundherr, der vorhin von allen seinen Gütern die landesverfassungsmässigen Abgaben selbst tilgen mußte, übertrug nun diese Pflicht auf seinen Grundholden, den Dominus utilis, und schmälerte dadurch unmittelbar die Einnahme des Staates, welcher von Erbrecht-Leibrecht- oder Freistiftsgütern, die ohnehin mit grundherrlichen Prästationen überhäuft waren, unmöglich die nämlichen Leistungen fodern konnte, wie von dem freieignen Gute, ohne den Besitzer zu plündern, weswegen dann die Ergänzung des Entganges am jedesmaligen

Steuerpostulate immer wieder den übrigen freien Eigenthümern aufgebürdet werden mußte. — Aber auch die wirkliche Einnahme des Grundherrn, des neuen Domini directi, wurde bedeutend erhöht — man achtete keine gesetzliche Schranke, machte den Rechtssatz: »pacta dant legem contractui« zum Prinzipie seiner Forderungen, und erlaubte sich an der Seite des unseligen Herkommens die drückendsten Mißbräuche. Man beobachtete keine gleichförmige Norme in der Berechnung des Handlohns, zog hiebei gegen die ausdrücklichen Gesetze, und wider die Natur der Sache die Haus- und Baumannsfahrniß, sogar das baare Geld, und die Schulden des Grundholden in die Schätzung — foderte auch von den Descendenten des vorigen Grundholden die Entrichtung des Handlohns, nahm statt Einem drei und mehrere Mittelfälle — foderte da 5, dort 10, und an manchen Orten wohl 20 Prozente. a) Man trug das Gesetz, daß nur da die Leistung für die Abfahrt eingenommen werden dürfe, wo sie 1616 schon hergebracht war, auch auf die Zukunft über, und machte die doppelte Handlohnspflicht zur Regel, b) foderte von den Freien wie von Leibeignen das Mortuarium, nahm von allem auf ein grundbares Gut gebrachten Heurathgute, und selbst von demjenigen Vermögen, welches ein Austräger genoß, das Laudemium, zog jedem in anderes, obgleich inländisches, Gericht wan-

dernden Unterthan das Freigeld ab, und foderte für die Heurathsbewilligung Consensgelder und Taxen vom Grundholden. — Neben dem, daß man die Gutslasten zum Wohle der Grundherrschaft real machte, und also die Vertragsfreiheit für den Grundholden schlechthin aufhob: mißbrauchten die Grundherrschaft ihre Realrechte noch dahin, daß sie selbst die Lasten vermehrten, Erb- und Leibrechte unter mannigfaltigen Titeln c) wieder in Freistifte verwandelten, und so das drückende Grundunterthanungsverhältniß des arbeitenden Landmanns begründeten, welches ihm bis auf unsre Zeiten den Wunsch eines ungetrübten Lebensgenusses vereitelte.

- a) Über diese schädliche und durch keinen Rechtsgrund zu vertheidigende Observanz erklärte sich schon Pichler und Michel

»In singulis vero Hofmarchiis imo in eadem quandoque pro dominorum aut praefectorum variatione varias esse laudemiorum rationes, adeo ut nihil magis reformatione indigeat, quam haec arbitraria in laudemiorum materia sumopere conscientiosa grassatio, *ubi autem usus uniformis non est, ibi neque dici potest consuetudo.*«

Ferner l. c. Tit. 1. »haec diabolica ratio emungendi, ad incitas redigendi pauperculam gentem rusticam cedit in evidentem perniciem reipublicae, cui praecipua basis est, gens publica.«

- b) Baron Schmid nannte selbst das einfache Laudemium verwerflich, und sagt art. 24. Nro. 31. »Semper enim laudemiorum et

releviorum materia tanquam odiosa et *juri communi contraria* potius restringenda, quam extendenda et amplianda est.«

In einer andern Stelle erklärt er, daß sich in diesen Uebervortheilungen des schlichten Landmannes vorzüglich die Geistlichkeit ausgezeichnet habe, art. 24. Nro. 31. »Scimus in multis locis patriae nostrae hunc abusum irrepsisse, ut in casu, quo quis e. g. tres filios relinquit, non tantum a dominis directis maxime ecclesiasticis, qui deberent esse religiosiores, exigatur simplex laudemium, sed hunc casum cessionis ad similitudinem feudorum, pro nova mutatione habeant et novum — laudemium exigant, quod nobis iniquum esse videtur. — Quidam ex rusticis meis habuerunt praedia emphyteutica ad extrancas ecclesias pertinentia quarum vitrici ejusmodi exactiones sine pudore etiam in his casibus duplicis laudemii fecerunt, quibus non nisi unicus haeres a colonis defunctis derelictus fuit, quam malitiam, re ad nos judicialiter delata, severe reprehendimus et duplicitatem laudemii etiam in casu, quo plures haeredes rem emphyteuticam in unum solum transtulerunt, tanquam iniquam semper explosimus.«

e) Bemerkungen über Laudemial- und andere grundherrliche Rechte in Baiern etc.

§. 33.

Karakteristisch war die Tendenz der neuen Grundherrlichkeit in Baiern, *allmählich das gesamte freie Eigenthum zu verschlingen, alles grundunterthänig zu machen*, und den Staat dadurch zum Maierhofe nach dem beliebten Prädialprinzip auszubilden. Die erwünschtesten Vehikel, um zu

diesem Zwecke zu gelangen, war das Verbot gegen die Grundholden, ohne des Grundherrn Einwilligung neben dem emphiteutischen Gute noch irgend ein Zubaugut zu besitzen, oder zu erwerben — und das grundherrliche Einstandrecht auf den Gütern der Grundholden.

Man gab vor, daß, wenn diese neben ihren Erb- Leibrechts- oder Freistiftsgütern noch besondere Allode oder andere Güter besäßen, der Grundherr Gefahr laufen würde, theils durch absichtliche Verwirrung, oder allmähliche Erweiterung der Feldgränze von Seite des Grundholden, seines Eigenthums beraubt zu werden, theils durch Deterioration, und eigentliche Werthverminderung des Kolonargutes etwas an seinem Vermögen zu verlieren, indem die Grundunterthanen ihre Thätigkeit ausschliessend auf ihre eigenen Güter verwenden, und die Kultur des emphiteutischen Gutes wenig oder gar nicht berücksichtigen würden. a) Es wurde deshalb verordnet, daß kein Meier ohne Bewilligung und Vorwissen seines Grundherrn einen Zubau oder besonders eigenen Grund beim Gute haben, bauen, annehmen, oder kaufen dürfe, und daß kein Grundherr gehalten sei, seinem Meier den Besitz eigener Gründe zu gestatten, wenn er auch solche durch Erbschaft erworben hätte. b)

Der Grundherr hatte bei jedem entstandenen Zweifel über das freie Eigenthum eines Grund-

stückes die gesetzliche Vermuthung für sich, und der Grundhold, der das Gut in Anspruch nahm, mußte immer den schwierigen, oft unmöglichen Beweis über den Besitz des freien Eigenthums führen, und verlor, wenn dieser mangelte, sein Gut — auf dem Wege des Rechtes — ohne einen Ersatz. c) Wollte, oder mußte er aber dasselbe an einem Dritten veräußern, so trat der Grundherr mit seinem Einstandsbefugnisse d) auf, vereinigte den veräußerten Grund mit seinem Güterumfange, und setzte, und erhielt sich so vor dem gemeinen Manne *im ausschließlichen* Besitze des Eigenthums.

In diesen freilich sehr vortheilhaften, durch die Gesetze sanktionirten, Verhältnisse strebten nun die Grundherrschaften von jeher mit aller Mühe sich zu erhalten; sie eiferten deßwegen unermüdet gegen alle Neuerungen, und wußten unter Maximilians und seines Nachfolgers Karl Theodors Regierung die Ausführung aller Ihrer weisen Kultursgesetze nach Wunsche zu vereiteln. — Doch machte der bessere Genius unserer Zeit alle ihre Beschwerden und Vorstellungen unwirksam, e) welche sie gegen die neuesten, Freiheit des Eigenthums bezweckende, Kulturverordnungen bei der allerhöchsten Stelle übergaben, und das Verbot des freien Gütererwerbers ohne Einwilligung der Grundherrschaften wurde schon lange bei Gelegenheit

der Gemeindegrundvertheilungen stillschweigend aufgehoben.

a) Bar. Schmid Comentarü ad jus municipale. bav. Tom. III. tit. 21. Art. 19. Nro. 1.

b) Baier. Landrecht von 1616. tit. 21. art. 19.

c) Bar. Schmid eod. loc. Nro. 11. Mandat vom 12. April 1701. Cod. Max. bav. P. 4. C. 7. §. 27.

d) Dieses grundherrliche Einstandsrechts in Baiern zeichnet sich besonders darin aus, daß der Grundherr auch von den Kindern und Anverwandten des Grundholden den Vorzug anzusprechen befugt ist, daß er auch die Fahrniß und den Gutsbericht fordern, und nach Belieben, blos um seinem Wucher zu huldigen, an andere wieder veräußern kann. »Ita ut nullum obligationem habeat dominus, rem, quam retraxit, pro se retinendi, sed illam iterum pro libitu, *solius lucri et quaestus causa* in alium alienare possit.«

Baron Schmid Commentar. ad jus municipale bavaricum. Tom. III. Tit. 10. art. 14. Ibidem Tit. 21. art. 5. Nro. 26.

»Diximus, quod jus retractus dominis concessum pinquius sit, quam jus retractus competens consanguineis; quia consanguineis prohibitum est, rem *lucri causa* retrahere, quod tamen dominis permittitur. Facile igitur eludi potest dispositio hujus articuli, si domino occasio est, rem a colono venditam alteri novo contractu pro auctoribus praestationibus in praecarium alteratum sive emphyteusin concedere.

e) Kurfürstliche höchste Entschliessung vom 17. Juni 1805 auf die Vorstellung der landschaftlichen Verordnung über verschiedene Landesbeschwerden dd. 21. Oktober 1804.

Neue Präliminarien eines neuen Landtags
in Baiern. III. Lieferung 1806.

§. 34.

Nicht überall hauste die schleichende Observanz mit gleichem Drucke — es beruhte alles auf dem rechtlichen Sinne, und der geregelten Verfahrungsweise, oder im Gegentheile auf der Verschmitztheit und Ignoranz der Patrimonialgerichtsbeamten, welche häufig aus verkehrter Legalität, unter der Firma des ehrwürdigen, obgleich nur von ihnen selbst willkührlich geschaffenen Herkommens den Grundholden, welche sie zunächst nur zu ihrem, und der Patrimonialherrschaft Wohle geschaffen zu sein wähnten, unerträgliche Lasten aufbürdeten, und zu dem Zwecke, die Kassen ihrer Herrschaften zu füllen, jedes noch so unedle und entehrende Mittel zu heiligen wußten, woraus sich nun die auffallende Ungleichheit der Grundverhältnisse der Unterthanen in manchmal unbedeutenden Gezirken erklären läßt.

Vorzüglich verschieden von den übrigen Bestandtheilen des Königreichs waren die bisherigen Grundverhältnisse der ehemaligen Provinz Obérfalz. Da waren von jeher, die fälschlich sogenannten, irregulären Emphiteusen, Leib- und Freistifts-Gerechtigkeiten gänzlich unbekannte Institute, und der anstatt denselben darin vorherr-

schende Charakter der Zinsbarkeit der Güter zeugt von der glücklichen Aufrechthaltung ihrer ursprünglichen naturgemäßen Verfassung.

Das oberpfälzische Landrecht von 1657 erwähnt nur das eigentliche Erbrecht unter dem Namen Erbverleihung, Erbverständniß, und gebiethet am Schlusse des Titels allen Behörden für die Beobachtung der darüber gegebenen Bestimmungen strenge zu sorgen, und die Unterthanen vor Bedrückungen durch »ungebräuchliche, zu voreilige und unbillige Gedinge« zu sichern a).

Erst das neue Kurbaierische Landrecht von 1756 erlaubte auch in der obern Pfalz die Einführung der verschiedenen Arten der irregulären Emphiteuse b). Man machte hierauf zufolge oberster Lehenhofs-Concession einzelne Versuche mit Freistiftsverträgen — allein es blieb auch beim Versuche, und nur das bisherige Erbrecht wurde als landesüblicher Grundvertrag in der Provinz aufrecht erhalten.

a) Landrecht des Fürstenthums der obern Pfalz. Tit. 5.

b) Baier. Burg. C. R. Thl. 4. Kap. 7. §. 35.

§. 35.

Unter den verschiedenen, bisher erwähnten, Bereicherungs-Versuchen zeichnete sich noch besonders das Streben der Begüterten aus, allmäh-

lich das ursprünglich nur der Kirche und der Geistlichkeit zustehende Zehentforderungsbefugnis zu erwerben. Schon im 9ten und 10ten Jahrhunderte finden wir Zehentabtretungsverträge zwischen den geistlichen Instituten mit verschiedenen begüterten Weltlichen a), so daß in unsern Zeiten der Zehent seine öffentliche Natur beinahe verlor, und in Privatrecht ausartete; wobei es dann kein Wunder war, daß auch die Grundherrn von selbst angefangen haben, die grundherrlichen Abgaben mit dem Namen Zehent zu belegen, und damit oft selbst die Hälfte der Gutserträge zu verschlingen.

a) Aufser den vielfältigen Belegen in den monum. boic. liefern die neuesten Abhandlungen der bayerischen Akademie (Erster Band 1804) belehrenden geschichtlichen Aufschluß hierüber. Joseph Moritz kurze Geschichte der Grafen von Formbach, Lambach und Putten in Hinsicht auf ihre Abstammung, Besitzungen, Ministerialen und Stiftungen. München 1803. pag. 14.

§. 36.

Innig mit der Geschichte der grundherrlichen Verhältnisse verflochten, ist die Frohne oder sogenannte Scharwerk in Baiern. — Als mit dem Verschwinden der Leibeigenschaft auch die Vortheile aus selber für die Leiherrn verschwanden, und im Jahre 1402 der allgemeine Landfriede alle Unterwürfigkeit aufhob, und Gleichheit der

Rechte gebot — als das gemeine Raubsystem geendet war, und sich die Raubherrscher dennoch nicht entschließen konnten, allen Nutzen, den sie aus ihrer Barbarei zogen, ohne weiters zu opfern — ergriff man Schleichwege, trachtete, sich vom bloßen Zwingherrn zur *Obrigkeit* auszubilden, und sich unter der heiligen Gerichtsform den nothwendigen Staatskontrollen zu entziehen. Dadurch gelang es wieder, die alte Privatwillkühr, so weit es noch thunlich war, auszuüben, und Rechte, welche nur in das Ressort der landesherrlichen Befugnisse gehörten, sich allmählig anzueignen.

Unter diesen Befugnissen des Regenten befand sich auch jenes, die allgemeine Landes-Scharwerk von den Unterthanen zur nothwendigen Erhaltung seiner Besitzungen, und leichtern Befriedigung seiner ökonomischen Bedürfnisse zu fordern. — Sie hat ihren Ursprung in der allgemeinen Staatsunterthanspflicht, zufolge welcher schon unter Karl des Großen Dynastie von jedem Nationalgenosse die gemeinen Heerbannsdienste (*Landeswehrscharwerke*) geleistet werden mußten, und bildete sich im Umlaufe der verschiedenen Staatsepochen und Organisationen in Baiern zu einem *landesherrlichen Domainialrechte* um. Die Begüterten wußten sich durch wiederholtes Flehen auf den Landtagen nicht nur für sich und ihre Hintersassen von der

Scharwerkspflichtigkeit zu befreien, sondern eiferten selbst nach diesem Vorrechte, und foder-
ten unter dem analogen Titel der obrigkeitli-
chen Machtbefugnisse von ihren Grundholden
(nunmehr Grundunterthanen genannt) die land-
gerichtische a) Scharwerk auf ihren Gütern. Die
Regenten, welche zufolge ihrer Landesherrlich-
keit das Scharwerksfoderungsrecht für sich aus-
schlußweise in Anspruch nahmen, widerspra-
chen den Anmaßungen der Privaten. Diese,
vorzüglich die Adelichen, suchten nun das, was
sie sich nicht durch Herkommen oder auf an-
deren verdeckten Wegen erwerben konnten, von
der Gnade des Fürsten zu erwirken. So wie sie
sich in dem 60ten Freiheitsbriefe die Gerichtsbar-
keit auf ihren Hofmarken und Gütern als Privi-
legium zu erbitten gewußt haben, erlangten sie
auch vorher schon zufolge der alten Edelmanns-
freiheit das landgerichtische Scharwerksrecht. Die-
ses ist demnach *kein* Ausfluß der verliehenen Pa-
trimonialgerichtsbarkeit, sondern ist den adelichen
Gutsbesitzern *mit und neben derselben als Attribut*
der neuen Edelmannsfreiheit aus Gnade verliehen b),
so wie selbst die landesherrliche Scharwerk nicht
so fast wissenschaftlich als Regierungsrecht aus der
obersten Staatsgewalt, sondern eigentlich als Do-
mainialrecht aus dem in allen Patrimonial-Staaten
geltenden Obereigenthume des Regenten zu de-
duciren kömmt. — Die Frohne in Baiern ist

das eigentliche Surrogat der Leibeigenschaft, und die Quelle des Unheils für die wichtigste Klasse der Staatsbürger — den Landmann. Sie wird in den Gesetzen nicht einmal definirt b), theilte sich in die ordentliche (Landesgebräuchige) und außerordentliche, je nachdem die Dienste ursprünglich landgerichtische Scharwerks-Dienste oder andere Leistungen waren, welche gewöhnlich von gebrödeten Dienern verrichtet werden, bestand in Hand- und Spanndiensten c), war in spätern Zeiten in der Regel ungemessen d), und wurde von den wuchernden Gutsherrn auf die empörendste Weise mißbraucht.

Hatte jemand ein Gut inne, worauf ihm das Privilegium der Scharwerk nicht ertheilt war, welches vorzüglich bei der Geistlichkeit der Fall war, so paktirte er sich selbe im Gutsvertrage, und daher die zweite jedoch weit weniger drückende Art der Frohne — die sogenannte Gilt-scharwerk d) in Baiern, welche sich mehr den gemessenen Diensten annäherte, und der landgerichtischen Scharwerk gesetzlich nachgesetzt wurde.

a) Das Wort landgerichtlich war sinonim mit dem Worte obrigkeitlich.

b) Die Edelmannsfreiheit in Baiern etc. von Imanuel Nibler. Landshut 1808. 2. Abth. §. 5.

c) Baierisches Landrecht v. 1616. Tit. 22. Art. 1.

»Die Scharwerchen kündten nit aigentlich vnd gründlich beschriben werden, Doch insgemein daruon zu reden, sein es Dienst vnd

Arbeit, welche ein Vnderthon, seinem Gerichts - oder Vogtherrn, zu seiner Leibs - vnd Hausnotturft, mit seinem Vich oder seinem Leib, mit oder ohne gewisse maß, verrichten vnd laisten muß.«

d) Ibidem Art. 5, et 6. von denen der erste von Fuhren, und landesgebräuchigen Rossscharwerken, der zweite von den landesgebräuchigen Handscharwerken handelt.

e) Art. 2.

»Die Scharwerk ist entweder gemessen oder vngemessen, Die gemessene ist, wo ein Vnderthon allein etliche färthen oder handscharwerchen in gewissen Verrichtungen, oder bestimbter anzahl laisten muß, vnd ein mehrere nicht schuldig ist, ob gleich sein Herrschaft einer mehrere bedürfftig were, aber die vngemessene Scharwerch ist die landtsgebräuchige Scharwerch, die ein Vnderthon seinem Gerichts - oder Vogtherrn, deme dann die Scharwerch gebürt, ohne gewisse anzahl oder aufsnahm, dem Landtsgebrauch nach zethun verpflichtet ist, nachdem etwann des Herrn notturft zu einer oder andern zeit mehrers oder minders erfordert. Vnd wiewol diese angemessene Scharwerchen nit köndten gründtlich oder vollkommenlich specificirt werden, So ist doch aus etlichen nachfolgenden Articulen zuuernemen, welche Scharwerchen für ungebräuchige Scharwerchen gehalten.«

Hiebei kömmt noch zu bemerken, daß die Frohne *ursprünglich* durchaus gemessen war. Erst mit dem Herrschendwerden der römischen Rechtsbegriffe im 14. und 15. Jahrhunderte ist der Ausdruck ungemessene Scharwerk an die Tagesordnung getreten.

d) Art. 12.

§. 37.

Dieſs iſt nun das Gemälde jenes grundherrlichkeitſſystems, das ſich ſeit 2 Jahrhunderten zum Drucke des Landmannes, und zum Ruine des Gemeinwohlſes der Nation in Baiern ſo allgemein verbreitet hat. — Die Mißbräuche wurden immer vermehrt, man erkannte endlich die traurigen Verhältniſſe des größten Theils der Nation, und die Regierung dachte auf Verbesserung derſelben. Da erſchien im Jahre 1779 unterm 3. Mai a) die für den Unterthan wahrhaft höchſt väterliche Verordnung, daß man die in den baierischen Erblanden beſtehenden Grundgerechtigkeiten, womit bisher die kurfürſtlichen eigenen Urbarsgüter behaftet geweſen, wie ſie immer Namem haben mögen, den Beſitzern und Grundholden zum Beſten, und den *übrigen Grundherrſchaften zum Beiſpiel* in Erbrechte verwandeln zu laſſen entſchloſſen ſei, ſo, daß in Zukunft alle Güter, welche nur Leibrechts- oder bloß Beſtandsweiſe überlaſſen ſind, auf des Beſizers Erben und rechtmäßige Nachfolger übergehen, und *für beſtändig auf Erbrecht verliehen ſein ſollen.*

Man ſollte glauben, daß ſo eine wohlthätige Verordnung allenthalben mit dem wärmſten Dankgefühle aufgenommen worden wäre; allein die Erfahrung lehrte, daß ſelbſt kurfürſtl. Staats-

diener und Collegien die verschiedensten Anstände an der Ausführung des Ediktes nahmen, weil es ihrem Eigennutze, ihrer Sportel-Sucht und Wohldienerei nicht entsprach, so zwar, daß die Verordnung nach zehn Jahren unterm 22. Decemb. 1790 b) wieder erneuert und bestätigt, und unterm 17. Dec. 1791 c) ausdrücklich befohlen wurde, daß die vorhandenen Leibrecht abhausen, jedoch keinen neuen Leib mehr zu kaufen berechtigt sein sollen. Es wurde ferner verordnet, daß die bisherige, so sehr beschwerende, Laudemienrechniß nach einem von den *letzten 3 Gutsschätzungen combinirten zwanzigjährigen Anschlag* in eine jährliche Meierschaftsfrist umgeschaffen, ewig und immer die nämliche bleiben, von einem Gutsbesitzer auf den andern im nämlichen Betrage übergehen, folglich unter dem Vorwande einer Gutsbesserung nicht wie beim Leibrechte erhöht, sondern gar keiner Änderung unterworfen, und deswegen alle neuen Gutsschätzungen in dieser Absicht, so wie auch alle fernern Laudemialguts-Anstands- und andre neue Meierschafts-Behandlungen verboten und abgeschafft sein, ja sogar die Erbtheile, welche den Erben auf was immer für eine Weise von den Grundgütern zukommen, abfahrtsfrei gelassen werden sollen d).

Aber auch diese Wohlthat wurde verkannt, und anstatt sie dem Unterthan zu erklären, und

ihn vom grofsen für ihn daraus entstehenden Vortheil zu überzeugen, suchte man ihm die perpetuirliche Erlage der jährlich bestimmten Reichnifs unter dem Namen Meierschaftsfrist als verderbend zu schildern, und dafür die ungewissen, seltenen Laudemialfälle bei den Gutsveränderungen oder verschiedenen Gerechtigkeitsverleihungen in einem weit sanftern Lichte zu mahlen.

Dazu kam noch, dafs die Landschaft die neuen Erbrechte sogleich nach einem ungewöhnlich hohen Maafsstabe taxirte, und die Steuern von selben so sehr erhöhte, dafs der, das Gewebe des Betruges nicht durchschauende, gemeine Mann seine alte bedrängte Lage der neu angebotenen, vortheilhaften Veränderung seiner Umstände vorzog, und demnach nicht einmal die kurfürstlichen Unterthanen dem Zwecke des Gesetzes entsprachen, da die übrigen Grundherren ohnehin das erhabene Beispiel ihres Fürsten zu ihrem Vortheile ignorirten, und nur wenige derselben der Aufforderung zur gleichen Behandlung ihrer Grundpflichtigen entsprachen.

a) Mayers G. S. B. I. S. 383.

b) Mayers G. S. B. V. S. 63.

c) Mayers G. S. B. V. S. 68.

d) Handbuch des Königl. baierischen gemeinen bürgerlichen Rechtes etc. von Dr. Fr. Xav. Krüll. §. 530. 531. 532.

Von *Vachery* Abhandlung über das gefreite
Erbrecht in Baiern. München.

§. 38.

So bestand denn die Gutsherrlichkeit — drückend für den gemeinen Mann, und die Revenüen des Staates immer mehr vermindernnd, bis auf unsre Tage.

Die Maximilianische Zivilgesetzgebung von 1756 hemmte auf einer Seite die unerlaubten Eingriffe der Gutsherren in die Rechte ihrer Grundholden, beschränkte die Foderungen des Eigennutzes, und bestätigte auf der andern Seite unter der Gemeinrubrike des Herkommens — unfürdenklicher Verjährung — alle Mißbräuche, welche, obgleich gegen die ausdrücklichen frühern Gesetze, allenthalben angeführt waren.

Das Gesetz verbietet zum Wohle des Laudemialpflichtigen non abstante pacto, consuetudine vel praescriptione etiam immemoriali, mehr als zwei Fälle bei den Gutsveränderungen zu fodern, und erlaubt die Abfahrt zu nehmen nur wieder da, wo sie seit längerer Zeit her eingeheischt wurde. Es verbietet, die Fahrniß, wie bisher, in dem Gutsaufschlage mit zu berechnen, Heuraths- und Nahrungsabbrüche zu nehmen, und befiehlt überhaupt nach den Grundsätzen der Gerechtigkeitsliebe und der vorgeschriebenen Taxordnung bei allen Laudemial- und Gutanstandsverhand-

lungen zu verfahren. a) Hingegen gestattet es keinem Gutsunterthan den Besitz eines Zubaugutes ohne der Bewilligung des Gutsherrn b) und erklärt überhaupt das als rechtliches Befugniß, was die Observanz auf welch immer für eine Weise in den Gerichtsstuben gegründet.

a) Krülls Handbuch des gem. bürgerl. Rechts
§. 497.

b) Ebendasselbst. §. 523 und 524.

Zweiter Theil.

Rechtliche Würdigung der baierischen Grundherrlichkeit.

§. 1.

Um das Dunkel der bisherigen Rechtsansicht über die baierische Grundherrlichkeit zu lichten, muß vorzüglich das Prinzip des Unterschiedes *der sogenannten Gutsherrlichkeit von dem eigentlichen Grundherrlichkeitssysteme* — der, der Ersten entsprechenden Gutspflichtigkeit von dem eigentlichen Hintersassenverhältnisse, und dem Grund- oder Gutsüberlassungs-Vertrage genau bestimmt und durchgeführt werden. Erst nach dieser Trennung wird sich der wahre Charakter der bisherigen, verschiedenen, auf dem bei weitem größten Theile des baierischen Gebietes haftenden Guts- und grundherrlichen Verhältnisse aussprechen.

Gutsherrlichkeit ist der Inbegriff von Gerechtsamen, welche jemand auf einem Grunde und

in Rücksicht desselben auszuüben befugt ist, *ohne auf diesem die Rechte des vollkommenen oder unvollkommenen Eigenthums* ansprechen zu dürfen.

Sie ist gemischter Natur, trägt zugleich den Charakter des Privat- und öffentlichen Verhältnisses an sich, und ihr Subject kann in dieser Hinsicht neben dem Gutspflichtigen nur ein, von dem Staate dazu privilegirtes Individuum sein.

Ihr Object sind Forderungen und Gerechtsame auf *fremden* Gütern, welche den Besitzern mit dem vollen Eigenthumsrechte gebühren, und zufolge der gemischten Natur der Gutsherrlichkeit in zweierlei Klassen zerfallen.

A. Rechte der Gutsherrlichkeit aus dem privatlichen Verhältnisse derselben.

Auch diese sind verschiedener Art, und ihr Entstehungsgrund ist bei weitem nicht immer in dem Gutsüberlassungsvertrage zu suchen, sondern besteht

1) entweder in der Uebertragung des vollen, unbeschränkten, unwiderruflichen Eigenthums auf einem Gute an einen Dritten, welcher sich dafür zur Entrichtung einer bestimmten Grundabgabe von dem überlassenen Gute verpflichtet hat,

2) oder in irgend einer andern Eigenschaft eines ursprünglich eigenthümlichen Gutes, des-

sen Besitzer nicht wegen dem erhaltenen Eigenthumsrechte auf selbem, sondern zufolge eines anderen Grundverhältnisses an einem Dritten gewisse Abgaben schuldet. Ein solches, bestimmte Grundleistungspflichten begründendes, Verhältniß ist nun

a) das des Schuldners zum Gläubiger, welchem jener für eine dargelehnte Summe zur Sicherheit der Forderung sein Gut verpfändet, und sich vor selbem zur perpetuirlichen Kapitalszinsentrichtung verpflichtet hat. a)

b) Das Verhältniß des Zehentholden, der entweder gemäß irgend einem Übertragungsge-
dinge der Kirchenvorsteher mit einem Dritten, diesem den Zehent zu reichen hat, oder sich selbst in einem willkührlichen Vertrage einem andern zur Zehentabgabe verband. b)

c) Das Verhältniß des Vogtpflichtigen zum Vogtherrn, welchen jener in den Zeiten der Anarchie als Beschützer seines Eigenthums anerkennen, und für die übernommene Schutzeslast mit bestimmten Reichnissen belohnen mußte. c)

Die Gutsherrlichkeit erstreckt sich in dieser Hinsicht

1) auf das alte, ursprünglich in Baiern allgemeine Zinsgut; worauf die Zinsleistung schon bei der ersten Übergabe reservirt ward;

2) auf das eben so häufige freie Zinsgut der Kirche, worauf eine von dem Eigenthümer selbst

übernommene (*ingelegte*) Zinsabgabe an eine Kirche haftet.

3) auf das aus einem besondern Titel zins- oder giltbare Gut, worauf die Zins- oder Giltspflichtigkeit an einen andern erst von dem Eigenthümer desselben gegründet worden ist.

3) Auf das zehentpflichtige Gut.

4) auf das Vogteigut.]

Die diesen verschiedenen Privatgüterverhältnissen entsprechenden gutsherrlichen Rechte bestehen:

a) in dem mehrfachen Zinsforderungsrechte, welcher Zins entweder im Gelde, oder Naturalien abgeführt, und in letzter Hinsicht Gattergilt genannt wird.

b) In dem Rechte der Bezehntung des dazu besonders pflichtigen Gutes.

c) In dem von den ehemaligen Schutzherren angemafsten Rechte, von ihren Mundleuten unter dem Namen von Vogteirecognitionen sogenannte Vogtdienste — Vogtgilten — Vogthaber — Vogtkäse — Vogteier — Vogt- oder Fastnachthennen — Vogtschaafe — Vogtfrischlinge u. dgl. abzufodern.

B. Rechte der Gutsherrlichkeit aus dem öffentlichen Verhältnisse derselben.

Diese haben gleichfalls verschiedene Naturen, und sind:

1) *entweder auf die Gutsherren übertragene Regierungsrechte*, darunter gehört

a) das Recht der niedern Gerichtsbarkeit auf einem bestimmten Güterbezirke, dessen Besitzer mit dem Privilegirten in guts - oder grundherrlichem Verhältnisse stehen — Patrimonialgerichtsbarkeit genannt — nämlich das Recht der willkürlichen Gerichtsbarkeit, des öffentlichen Notariats, des Friedensgerichtes bei vorfallenden Besitzstreitigkeiten, die niedere Lokalpolizei, die Strafgerichtsbarkeit bis zum Malefiz, und das Recht der ersten Instanz in bürgerlichen Streit-
händeln als solchen.

b) Das aus der Siegelmäfsigkeit hervorgehende gutsherrliche Brieferrichtsrecht.

2) *Oder Domanialrechte*, worauf der Regent zu Gunsten des Gutsherrn verzichtet hat, und worunter das Recht der Scharwerksfoderung zu stehen kömmt d), unter welchen sowohl die aus den ehemaligen Vogteidiensten sich gebildete, und in der erklärten Landesfreiheit von 1507 zur landgerichtischen Pflugscharwerk erhobene Vogteischarwerk, als die häufig ohne der Gerichtsbarkeit an die Klöster verliehene, dann die eigentliche landgerichtische Scharwerk begriffen ist.

a) Geschichte der grundherrlichen Verhältnisse.
§. 14.

b) Cit. loc. §. 35.

c) . . . §. 12.

d) . . . §. 36,

§. 2.

Bei der Beurtheilung und Würdigung der auf Privatverhältnisse gegründeten gutsherrlichen Rechte, spricht sich als leitendes Prinzip der Grundsatz aus: daß es zur Wesenheit unserer Zeit gehöre, alle veralteten, *unnatürlich und schädlich* gewordenen Formen der Vorzeit hinwegzustreifen, jeden traurigen Rest des gesetzlosen Mittelalters aus unserer Verfassung zu tilgen, und eine neue Staatenbildung zu vollenden, wobei die Nationen wieder im schönen, freien Getriebe zum Ziele ihrer Selbstständigkeit und ihres Glückes hinanstreben können, — daß um zu diesem Ziele zu gelangen *Freiheit der Personen, und Freiheit des Eigenthums*, diese einzigen Grundlagen des Nationalwohles, die wichtigsten Vorbedingungen sind.

Diese Wahrheit, auf unsere aus Privatgedingen hervorgehenden grundherrlichen Rechte angewendet, führt zu der Überzeugung, daß es im großen Zwecke des sich ordnenden Staates liege, das Eigenthum seiner Bürger von der lästigen Gutspflichtigkeit zu befreien. —

Das natürlichste, und deshalb auch gerechteste Mittel zu dieser wichtigen Staatsunternehmung ist unstreitig die *Ablösung*. —

Leicht ist die Aufgabe den gerechtesten Maasstab bei der Ablösung gutsherrlicher Privat-

rechte zu finden: — er besteht in dem Kapitals-
anschlag einer jeden, auf irgend einem Gute haf-
tenden, und als Kapitalsrente zu betrachtenden
Abgabe. Wird demnach der von einem Gute zu-
entrichtende, in Geld oder Naturalien bestehende
Grund - Boden - oder Kirchenzins nach der vor-
ausgegangenen wahren Werthschätzung der Na-
turalleistung, und einer darauf folgenden richtigen
Zinsberechnung zum Kapitale erhoben; so leistet
der durch die berechnete Anschlagssumme ent-
schädigte Gutsherr auf sein Zinsforderungsbefugniss
Verzicht, und das vorhin zinsbare Gut tritt in die
Kategorie des freien, bürdenlosen Eigenthumes
über.

Ist aber das zinsbare Objekt von der Art,
dafs es blos für eine bestimmte Darlehenssumme
verpfändet, und die darauf lastende Abgabe schon
als Kapitalsrente berechnet ist, so ist aller fernere
Kapitals - Anschlag überflüssig, die ursprüngliche
Darlehenssumme ist gleich der Ablösungs-
Quote, und der Besitzer wird durch die Bezah-
lung des zinsenden Schuldkapitals aller Guts-
pflichtigkeit frei.

Eben so leicht und vortheilhaft ist die An-
wendung dieser Ablösungsmethode auf dem ze-
hentpflichtigen Gute. Da in Baiern wider den
kleinen, und mit diesem wider den sogenannten
Blutzehent die gesetzliche Vermuthung spricht,
und derselbe nie allgemein war, sondern nur

auf veralteten örtlichen Gewohnheiten beruht a), und sein verjährtes rechtmäßiges Herkommen von dem, der ihn in Anspruch nimmt, *besonders* bewiesen werden muß b): so wird nach Untersuchung der Rechtlichkeit der an manchen Orten üblichen Zehentforderung grösstentheils ohnehin nur der grosse Zehent einer Ablösung bedürfen, und diese kann füglich durch die nach einem mehrjährigen Durchschnitte berechnete, und gleichfalls als Kapitalsrente zu Kapital angeschlagene Zehentabgabe berechnet werden.

Nicht auf gleiche Weise, wie beim zins- und zehentpflichtigen Gute darf bei der Guts-Ablösung die Vogteipflichtigkeit der Güter behandelt werden. Die Vogtei über die Güter des Laien stammt aus der Periode des Faustrechts, ist Erzeugniß der Barbarei, und gründete in den Zeiten der Hülflosigkeit und Verwüstung ihre sogenannte Gerechtsame auf den vorhin bürdelosen Gütern des gebeugten Landmannes. Aber der Sturm zog vorüber, die Ruhe kehrte wieder — eine vernunftgemäße Staatsverfassung sichert mit gesetzlicher Heiligkeit jedem Bürger seine Rechte, und macht jeden Privatschutz vor Rechtsverletzungen unnütz und *lächerlich*: — die Vogtherrlichkeit ist verschwunden, nur ihr Name, und die aus ihr für den Landeigenthümer hervorgegangenen Lasten sind uns noch zur Erinnerung an ihr einstiges Dasein übrig geblieben. Seitdem der

alleinige Grund der vogteilichen Rechte — der Druck des Despotismus — aus unserem Staate verschwunden ist, können diese nicht mehr mit rechtlichem Fuge auf den ehemaligen Vogtgütern geübt werden, sondern sind in der Zeit erloschen, und dürften bei keinem sich frei machenden Gute irgend einen Anspruch auf Entschädigung gewähren.

a) Baierisches Landr. v. 1616 Tit. 28. Art. 16.
Cod. Max. Civ. p. 2. cap. 10. §. 3. n. 103.
Kirchenrecht von Anton Michl §. 14. München 1809.

b) Bar. Schmid commentarii ad jus Municipale
bav. Tom. III. Tit. 28. art. 16.

§. 3.

Einer besondern Ansicht unterliegen die gutherrlichen Rechte, welche nicht privatlich, sondern aus dem öffentlichen Verhältnisse herzuleiten sind. Das Princip bei ihrer rechtlichen Beurtheilung ist die *reine Privilegiennatur derselben*, welche sie auch dann nicht abstreifen können, wenn sie unter einem onerosen Titel erlangt worden sind. Sie bleiben deswegen immer vom Staate, der sie verlieh, wiederruflich, und ihre Zurücknahme wird dann zur Nothwendigkeit, wenn sie mit den Gesetzen des aus dem bisherigen Prädialprinzipie sich entwickelnden allgemeinen Staatsorganismus nicht mehr übereinstimmen. In dieser Hinsicht ist

1) die dem Gutsherrn, zufolge der Edelmanns-freiheit verliehene Patrimonialgerichtsbarkeit nicht als ein im Begriffe des Eigenthums enthaltenes Merkmal, sondern als landesherrliches Privilegium mit dem Erbgute (patrimonio) derselben verbunden. Sie ist ein Inbegriff von Hoheitsrechten, welche der Staat einer bestimmten Person, auf einem bestimmten Bezirke, über eine bestimmte Klasse der Staatsunterthanen auszuüben erlaubt, befugt den Privilegirten auf keine Weise, einen eignen Staat im Staate zu schaffen, bleibt stets der obersten Staats-Aufsicht untergeordnet, muß sich genau in die obersten Regierungsmaximen einbilden, äußert sich bei jedem Akte nur zufolge, und nach den organischen Gesetzen der obersten Staatsgewalt, und kann nach den besonderen Staatsbedürfnissen, und einem, der ideellen Vollendung des Staats sich mehr oder weniger annähernden Staatssystem geleitet, verändert, erweitert, und aufgehoben werden.

2) Das für die Gutsherren aus der ihnen ertheilten Siegelmäßigkeit hervorgehende Brieferichtungsrecht wird fälschlich, und zum Nachtheile der Nichtprivilegirten mit dem eigentlichen Staatsnotariats- oder *Briefverfertigungsrechte* vermischt.

Dieses ist das in dem Privilegium der Gerichtsbarkeit enthaltene Befugniss des Gutsherrn, allen wichtigen Verhandlungen der Grundholden

untereinander im Namen des Staats die öffentliche Gewähr der Rechtlichkeit zu ertheilen: ersteres aber ist das Recht des siegelmässigen Gutsherrn allen, in seinen individuellen Verhältnissen mit andern errichteten Vertragsurkunden durch seine Besiegelung und Unterschrift die öffentliche Garantie aufzudrücken.

Der Gutsherr kann demnach in Gemäfsheit seines Brieferrichtungsrechtes nur jenen Theil des Vertrages öffentlich sichern, welcher unmittelbar *seine* Rechte und Verbindlichkeiten enthält d. i. seine eigene Person afficirt; dagegen ist es unmöglich, daß er als Selbstcontrahent, ohne die persönliche Freiheit des mitvertragenden Theiles, und somit den Vertrag selbst zu vertilgen, zugleich auch dessen Recht und Verbindlichkeiten garantire. Darum muß in Betreff des mitcontrahirenden nichtsiegelmässigen Theils *der Staat* die Rechtlichkeit des Vertrages kontrolliren, und diesem das allgemeine Notariatsiegel aufdrücken. Die bisher von dem einen, nicht privilegierten Vertragstheile abgefoderte Reversbriefe, worin er sich zu den, in dem vom Gutsherrn verfertigten Gerechtigkeitsbriefe enthaltenen, Pflichten verbindet, ersetzt die wegen der Wichtigkeit des Geschäftes erforderliche Staatseinsicht nicht, und das gutsherrliche Brieferrichtungsrecht, wenn es mehr als die Garantie der Rechte und Verbindlichkeiten des mit einem Dritten con-

trahirenden Gutsherrn begründet, gehört zu den verderblichsten Anomalien im Staate, welches die Privilegirten so gerne dazu mißbrauchten, um dem unbefangenen Landmanne durch die Übergabe des Gerechtigkeitsbriefes die in demselben einseitig stipulirten lästigsten Gutsbedingnisse ohne sein Wissen aufzudringen.

3) Das Scharwerksrecht ist ein dem Gutsherrn verliehenes Domanialrecht des Regenten. Nur dem Landesherrn allein war ursprünglich *jeder* zu frohnen verpflichtet; die Adelichen häuften auf den Landtagen über die Lasten der Scharwerke die dringendsten Klagen a), und brachten es durch wiederholtes Flehen dahin, daß sie auf ihren Gütern die Scharwerksbefreiung, und neben dieser noch die Erlaubniß erhielten, von ihren eigenen Hintersassen und Mundleuten sich für ihre Schlösser, Sitze und Burgen anstatt des Landesherrn Frohndienste leisten zu lassen b). Die Lehre jener Publicisten ist daher unrichtig, welche die Frohne aus einem Vertrage herzuleiten, und ihr eine privatliche Natur anzudichten sich bemühen. Das Scharwerksrecht trägt vielmehr den reinen Charakter der Oeffentlichkeit an sich, erscheint aber, in den Händen der Privaten, als ein trauriger Rest der Leibeigenschaft, und kann als verliehenes Privilegium vom Staate zu jeder Zeit füglich wieder eingezogen werden, welches Befugniss

sich auch der Staat in einem eigenen Mandate vorbehalten hat; indem darin den privilegirten Ständen ausdrücklich verboten wird, das ihnen als Privilegium verliehene Scharwerksrecht gegen die Natur des Privilegiums, und zum Nachtheile der landesherrlichen Domanialrechte an die Scharwerkspflichtigen auf eine Art zu verkaufen, wodurch diese nicht nur von der Naturalleistung der Frohnen, sondern auch von der sie treffenden Scharwerksanlage auf ewig befreit sein würden c).

Schon im Jahre 1666 unter der Regierung des Kurfürsten Ferdinand Maria wurde die, alle Menschenwürde entehrende Naturalcharwerksleistung den kurfürstlichen Gerichtsunterthanen gegen ein angemessenes Geldaequivalent von 6 — 8 fl. vom Hofe, (ordinari Scharwerksanlage genannt) allgemein nachgelassen, wodurch denn auch die Umwandlung der ungemessenen in die gemessene Naturalfrohne überflüssig wurde. Diese ordinäre Scharwerksanlage war nun der allgemein geltende, gesetzliche Normalgeldanschlag aller Frohndienste, und wurde durch ein späteres Mandat vom Jahre 1724 wieder neuerdings unter der beigefügten Drohung sancirt, daß jeder bei der Naturalcharwerksumwandlung wie immer berechne, und die auf einen Hof treffende Summe von 8 Gulden übersteigende Geldanschlag als gesetzwidrig verboten, und der zum Grunde liegende Umwandlungsvertrag an

und für sich vernichtet sein solle, weil das den Ständen verliehene Scharwerksrecht mit der landesherrlichen Frohne durchaus gleich, und den Privilegirten in allen erneuerten und bestätigten Landesfreiheiten ausdrücklich verboten war, von den scharwerkspflichtigen Unterthanen mehr Dienste, als der Landesherr gewohnt war, zu fodern d). Wenn demnach die Privilegirten, welche bisher die Pflicht, die Natural-scharwerke nach den gesetzlichen normalen Geldanschläge in eine Geldabgabe zu verwandeln, vernachlässiget haben, gegenwärtig wegen dem seit 1666 gestiegenen allgemeinen Preise der Dinge auf eine Erhöhung des Scharwerkgeldes andringen: so ist diese Foderung nicht nur gesetzwidrig, sondern auch höchst ungerecht, und den landesherrlichen Finanzen nachtheilig, weil das Gesetz die Summe von 6—8 fl. als den *allgemeinen gleichen* Geldanschlag regulirte; weil die ständischen Unterthanen, welche nebst dem, daß sie bisher die lästige Natural-Scharwerk leisteten, noch dazu ein erhöhtes Verwandlungsquantum bezahlen sollen, gegen diejenigen, welche seit langer Zeit gegen die gesetzmäßige geringere Abgabe 6 bis 8 fl. vom Hofe von aller Naturalleistung befreit waren, auffallend ungleich behandelt; und überdies die landesherrlichen Einnahmen dadurch vermindert würden, daß durch die Erhöhung einer ursprünglich landesherrlichen, und an Private ce-

dirten, Foderung nothwendig die Schätzung des unmittelbaren Steuerkapitals geschmälert werden müßte.

a) v. Krenners baierische Landtags-Handlungen in den Jahren 1429 bis 1513 liefern häufige Beispiele davon. Bd. I. S. 86. IV. S. 97. 328. 330. VII. S. 60. 61. 62. 263. 512.

b) Erklärung der Landesfreiheit von 1553. Artikel 30.

»Es ist auch vermög des Alten herkhomens durch uns zuegelassen, das die vom Adl, auff jren gütern, die jnen mit Stifft zugehörn, die scharwerch sollen haben.«

v. Krenner baier. Landtagshandlungen Bd. XVI. S. 87.

c) Regierungsblatt von 1804. p. 737. et 738.

d) Erklärung der Landesfreiheit von 1553. Artikel 32.

»Es sollen auch der Prelaten, und Burger gueter, so ausserhalb der Hofmarch, in unsern Landgerichten gelegen sein, mit aller freyheit und gerechtigkeit, Scharwerch vnd ander beschwörung halber ziemlich zu unser notturfft gehalten werden, wie es mit unsern Vrbarleuten, und Casstinguetern gehalten wirdet, dergleich sollen es die hofmarchherrn auch halten.«

§. 4.

Wenn die Gutsherrlichkeit die zusammengesetzte Natur des Privat- und öffentlichen Verhältnisses an sich trägt, so ist im Gegentheile die Grundherrlichkeit als solche ausschlußsweise im reinen Privatverhältnisse befangen.

Sie ist der Inbegriff der Rechte, welche aus dem *vorbehaltenen, vollkommenen oder unvollkommenen, Eigenthume* auf dem an einem Dritten überlassenen Gute fließen.

Sie beruht auf dem eigentlichen Grund - oder Gutsüberlassungsvertrage, und gewährt dem Meier entweder bloße persönliche Nutzungs - oder auch wahre, wiewohl beschränkte, Eigenthumsrechte auf dem grundbaren Gute.

Gegenstand der Grundherrlichkeit ist also entweder, je nachdem von dem Grundeigenthümer das volle Eigenthumsrecht vorbehalten, und einem Dritten bloß das persönliche Nutzungsrecht eingeräumt wurde

1) das Pachtgut;

oder je nachdem der Besitzer — der auf dem Gute gesessene, der Hintersasse — das reelle Nutzeigenthumsrecht genießt, und dem Grundherrschaft nur das Obereigenthumsrecht auf dem Gute zusteht,

2) das sogenannte emphiteutische Gut;

3) das Lehen.

A. Rechte der Grundherrlichkeit aus dem vollen Eigenthume.

Diese sind durch das Verhältniß des Verpächters zum Pächter, des Verstifters zum Stifter begründet. Erster ist der wahre Eigenthumsherr

von dem verstifteten Gute, und kann wegen dem, an den bestandenen überlassenen, Nutzungsrechte in Geld oder Naturalien bedungene Stiftquote fordern. Er hat das Recht, dem auf seinem Gute gesessenen Meier zur vertragsmässigen Zeit die Auflösung des Stiftes zu verkünden, und dasselbe an einen neuen Stifter zu vermiethen. Er kann über das Pachtgut durch Verkauf, Tausch, Verpfändung etc. nach Willkühr, jedoch ohne den Pachtvertrag zu zernichten, verfügen, hat aber dagegen die Pflicht, alle auf dem Gute haftenden ausserordentlichen Bürden, Steuern, Anlagen, und Quartierskosten selbst zu tragen, den Pächter in der ordentlichen Behauung und Nutzung des Gutes auf keine Weise zu stören, ihm, falls er durch ungewöhnliche, unvorhergesehene, unverschuldete, Unglücksfälle an den zu erzielenden Früchten grossen Verlust gelitten hat, einen dem Verluste entsprechenden Theil vom Pachtschilling nachzulassen, und alle auf das Pachtgut verwendete nothwendigen, oder fortdauernden Nutzen gewährende, Ausgaben zu vergüten.

B. Rechte der Grundherrlichkeit aus dem vorbehaltenen Obereigenthumsrechte.

a) *Rechte auf dem sogenannten emphiteutischen Gute.*

1) Das Heimfallsrecht auf dem grundbaren Gute, wenn der Grundhold ohne Hinterlassung

eines Erben, oder eines rechtmässigen Nachfolgers verstorben ist, in welchem Erledigungsfalle das dem Grundholden verliehene Nutzeigenthum mit dem Obereigenthume des Gutes wieder vereint, und von neuem an einem andern verliehen wird a).

2) Das Recht des Grundherrn, jede Veräusserung eines grundbaren Objects durch seine Einwilligung zu bedingen, welche er wegen solchen Mängeln an der Person des vorgeschlagenen neuen Grundholden verweigern kann, wodurch seine grundherrlichen Rechte auf irgend eine Art gefährdet würden b).

3) Das Einstands- und Vorkaufsrecht des Grundherrn auf dem mit seiner Bewilligung veräusserten, sowohl grundbaren, als neben diesem besonders besessenen Zuhause, wobei der Grundherr, nicht wie andere Retrahenten, den Eid der Gefährde zu schwören, sondern bloss sich des übermässigen Gewinnst zu enthalten hat c).

4) Das Recht, die grundherrlichen Leistungen zu fodern; diese bestehen aber:

a) In dem Laudemium-Anfall, Willengeld, Handlohn, welches jeder neue Erwerber einer Erb - Leib - oder Freistifts - Gerechtigkeits auf einem Gute dem Grundherrn als eine grundherrliche Rente zu entrichten hat, und in der Regel nur einfach, mit 5 oder wenigern Prozenten vom

reellen Gutswerthe, mit Abzug der Gebäude d) und Fahrniß, und nur da, wo durch ein *besonderes* altes Herkommen auch die Abfahrt mit 2½-Prozente gerechtfertiget ist, doppelt gefodert werden darf e).

b) In der *jährlichen*, nach gewissen Prozenten vom *Gutsertrage* berechneten, Grundabgabe. Diese ist die ursprüngliche, stehendgebliebene reine Dienstleistung auf dem alten Baugute, und wird in Baiern mit dem römischen Canon (dem in einer unbedeutenden Summe bestehenden Beckennegelde des grundherrlichen Ober-Eigenthumes) fälschlich f) verwechselt. Sie kann weder vom Grundherrschaft, noch vom Abgabepflichtigen Grundholden verändert, erhöht, oder vermindert werden, sondern ist als perpetuirliche Reallast auf dem Gute gehaftet, und theilt sich

1) in eine bloße Geldabgabe — Stift genannt.

2) und in die Naturalleistung, welche wieder

a) in einer Getreidabgabe — Gilt.

b) in andern Naturalien, (als Eiern, Butter, Schmalz, Geflügel — dem sogenannten kleinen oder Küchendienste g)

c) in gewissen vom Grundherrschaft als solchen sich selbst festgesetzten, und bestimmten Naturaldiensten h) der sogenannten grundherrlichen, oder Giltcharwerk besteht i).

5) Das dem Grundherrschaft in Ansehung seiner grundherrlichen Forderungen zustehende, mit dem

Vorzugsrechte begabte Pfandrecht) auf dem gesammten Vermögen des Grundholden, welches bei dem, mit der Gerichtsbarkeit privilegirten Grundherrschaft, zugleich mit dem eigenen Auspfändungsrechte verbunden ist k).

6) Das Recht der Kaducitätsstrafe, zufolge welcher der Grundherr dem Grundholden das von ihm besessene grundbare Gut einzuziehen befugt ist, wenn er dasselbe durch vernachlässigte Kultur bedeutend verschlimmert, wenn er drei Jahre hindurch ununterbrochen die grundherrlichen Abgaben zu entrichten versäumt, und wenn er ohne Bewilligung des Grundherrn das Gut veräußert, oder gänzlich verläßt l).

C. Rechte der Grundherrlichkeit auf dem Lehengute.

Das Princip der dem Lehenherrschaft, zufolge seines Obereigenthums auf dem Lehengute zustehenden Rechte, beruht nicht so fast auf allgemeinen gesetzlichen Normen, sondern auf den Observanzen der Lehenhöfe! —

Sie sind nach Verschiedenheit der mannigfachen Lokalstatuten von den grundherrlichen Rechten auf Erb - Leibrechts - oder Freistiftsgütern mehr oder minder verschieden, und bestehen überhaupt

1) in dem Heimfallsrechte des Lehenherrschaft, wenn der Lehenmann keinen lehensfähigen Nach-

folger hinterläßt, in welchem Falle der Lehenherr das erledigte Gut entweder mit seinem freien Eigenthume vereinen, oder von neuem belehnen kann m).

2) in dem Rechte des lehenherrlichen Consenses zu einer möglichen Veräußerung (des Lehens n).

3) in dem lehenherrlichen Einstandsrechte auf das mit des Lehenherrns Bewilligung veräußerte Lehen o).

4) in dem Strafrechte wegen vernachlässigter Lehenspflichtenerfüllung durch Kaducität p).

5) in dem Rechte, die gewöhnliche Lehens-treue, Lehensdienste, und bei jedem Veränderungsfalle das übliche Lehenrecht (relevium) zu fodern q), welche Rechte jedoch bei den eigentlichen Beutellehen dadurch bedeutend verändert sind, daß hier im Veränderungsfalle das wahre Laudemium mit fünf Prozenten vom Schätzungs-Werthe des Gutes gefodert wird, daß der Lehenherr bei der Veräußerung desselben seinen Consens nicht verweigern darf, und ihre Vererbung nach der bürgerlichen Erbfolgeordnung vor sich geht.

a) Baierisches bürgerliches Landrecht. Thl. IV. Cap. VII. §. 22. n. 2.

b) L. R. a. a. O. §. 12. n. 3.

c) L. R. Thl. IV. Cap. V. §. 14. n. 2. 3. 4.

Also einiger Gewinn ist dennoch erlaubt, welcher besonders dadurch erleichtert ist,

dafs der einstehende Grundherr, das Gut nicht höher anzunehmen verbunden ist, als es entweder die unpartheiische (!) Schätzung giebt, oder der Grundhold das Gut selbst mit grundherrlicher Bewilligung an sich gebracht hat. L. R. Thl. IV. Cap. VII. §. 13.

d) Verordnung vom 7. Jul. 1790. M. G. S. B. V. S. 201.

Alle Heuraths - und Nahrungsabbrüche sind unbedingt verboten, und die bei den Grundgerechtigkeits - Verleihungen bisher üblichen Leukäufe, Handlungs - Tisch - und Viertelweingelder sind in eine gewisse, allgemeine, nach dem jedesmaligen Laudemialquantum berechnete Geldsumme verwandelt. Die drückenden Nachrechtsforderungen der Gerichtsbeamten aber sind unter Strafe verboten — sie können ausnahmsweise nur da, wo man von Alters her »specialiter« dazu berechtigt ist, gefodert werden, in welchem Falle sie auch auf einen Schilling Pfénning (7 kr. 2 pf.) von jedem Gulden der Laudemialsumme beschränkt sind. Baierische Taxordnung von 1735. fol. 43.

Meyers G. S. B. II. p. 1305. Verordnung vom 9ten Septbr. 1801.

e) L. R. Thl. IV. Cap. VII. §. 11. n. 9.

f) Das Gesetz wollte auf die baierischen Grundverträge die römische Theorie übertragen — allein die allgemeine Erfahrung widersprach es, dafs die jährliche Grundabgabe eine blofse *recognitio domini* wäre, und jenes suchte sich mit dieser dadurch wieder zu versöhnen, dafs es den Canon als *eine meistens grössere, und den Früchten ziemlich angemessene Praestation* erklärte.

g) Das häufig übliche Besthaupt - mortuarium — gehört nicht unter die grundherrlichen, sondern unter die leihherrlichen Gefälle, und wurde, seitdem die Leibeigenschaft ver-

schwunden ist, wenn es auch in eine bestimmte Geldabgabe verwandelt war, so wie die jährlichen Leibzinsgelder immer mit Unrecht erhoben.

h) Geschichte der grundherrlichen Verhältnisse etc. §. 37.

Bar. Schmid ad proc. edict. Tit. 2. art. 9. n. 29. schließt wohl die landgerichtische Frohne, nicht aber die grundherrliche Gilt-scharwerk von der Reihe grundherrlicher Rechte aus, weil diese nicht den eigentlichen Charakter der Scharwerk an sich trägt, sondern aus dem Grundvertrage hervorgeht, und demzufolge im Stiftbriefe ausdrücklich bestimmt sein muß.

i) L. R. Thl. II. Cap. 11. §. 16.

k) L. R. Thl. IV. Cap. VII. §. 28.

l) L. R. a. a. O. §. 8. etc.

m) L. R. Thl. IV. Cap. 18. §. 56.

n) L. R. a. a. O. §. 31.

o) L. R. Thl. IV. Cap. V. §. 14.

p) L. R. Thl. IV. Cap. XVIII. 51.

q) L. R. a. a. O. §. 49.

Dieses relevium besteht bei Ritterlehen gewöhnlich in dem zu 7 fl. 14. kr. angeschlagenen Waffengeräthe.

§. 5.

Die aus dem vollen Eigenthume hervorgehenden grundherrlichen Gerechtsame gründen ihr Prinzip blos im freien Vertrage, welcher entweder auf die Lebensdauer des Pächters, oder auf einen andern bestimmten Zeitraum abgeschlossen wurde, und bestehen deswegen in jeder Hinsicht die Kritik der Vernunft und des Rechtes.

Das Verhältniß des Pächters zum Verpächter ist rein persönlich, und kann nach Verlaufe der Pachtzeit willkührlich wieder aufgelöst werden. Der bedungene Pachtschilling wird nicht als eine auf dem Gute haftende Reallast, sondern als eine vertragsmäßige, persönliche Abgabe an den Eigenthümer entrichtet, soll jedoch nur in einer reinen Geldabgabe, nicht in Naturalien, oder in einem bestimmten Antheile an der bestimmten Produktion bestehen, weil in diesem Falle der Pächter gerade diese, oder jene Produkte zu erzielen genöthiget, und dadurch unmittelbar in dem freien Gebrauchsrechte, das ihm auf dem Pachtgute zusteht, beschränkt werden würde. —

Anders müssen die aus dem vorbehaltenen Obereigenthumsrechte hervorgehenden grundherrlichen Rechte beurtheilt werden, und zwar:

A. Die grundherrlichen Rechte auf dem Erb - Leibrechts - und Freistiftsgute.

1) Diese beruhen auf einer verdorbenen Kopie des römischen Pflanzungsvertrages, welcher auf die früheren vaterländischen Institute des ursprünglich blos stiftbaren Erb - Leibrechts - und Baugutes gepfropft, und dadurch zu der so unnatürlichen, und deshalb ungerechten bairischen Zwitteremphiteuse verbildet ward. Man schuf die bloße Gutsherrlichkeit auf einem Gute zur Grundherrlichkeit um, und stellte das freieigene

Zins - und Vogteigut ohne weiters in die Klasse der emphiteutischen Güter, welchen man selbst die nur dem Baugute anklebenden Dienstverhältnisse aufzubürden gewußt hat, wovon der bei uns allgemeine, sogenannte Schmalz - Holz - und Küchendienst zeugt. a) — Die geschichtliche Wahrheit, daß die sogenannte Emphiteuse in Baiern nur ein aufgedungenes Institut sei, erhielt sich auch mitten im Gewirre verfälschter Rechtstheorien, und wird besonders von unsern Gesetzen gewürdigt, welche bei entstandenem Zweifel über das Zins - oder emphiteutische Verhältniß eines Gutes für das Zinsgut entscheiden. b)

2) Die emphiteutischen Rechte tragen die beiden, an sich unvereinbaren Naturen des bloß persönlichen Pacht - und des dinglichen Nutzenguthumsverhältnisses an sich. — Der Erbrechter entrichtet unter der jährlichen, mit dem verfalligen Namen Kanon belegten, Grundabgabe den reinen Pachtschilling vom Gute, worauf er sich dennoch die Grundgerechtigkeit erkaufte, und verlaudemisirt hat, nebenbei die auf dem Eigenthume ruhenden Bürden trägt, und alle landesherrlichen Steuern und Abgaben bezahlt. Es ist schlechthin unrechtlich, daß der Leibrechter und Freistifter, welche gleichfalls ihre Gerechtigkeiten erkauften und verhandlöhnen, die verfassungsmäßigen Steuern bezahlen, und den jährlichen Pachtschilling leisten müssen, dennoch nur die

persönlichen Rechte des Pächters auf ihren Gütern genießen, welche bei dem Ersten durch seine Lebensdauer, bei dem letzten aber wohl gar durch die Laune des Gutsherrn bedingt sind.

3) Es ist unnatürlich, die grundherrlichen Leistungen als real, und als ewig unveränderlich auf dem Gute zu fixiren; dadurch ist alle Freiheit des Grundvertrages vernichtet, wenn die Vertragsbedingnisse nicht von der Willkühr und der Übereinstimmung des Gutsmeiers abhängen, sondern als absolut nothwendig gesetzt, immer in steter Erneuerung auf den jedesmaligen Grundholden übergehen: darin ist das, die heiligsten Menschenrechte beleidigende Hörigkeitsprinzip gegründet, und daraus geht die traurige Erscheinung hervor, die Person des Grundholden selbst zum Vertragsobjekte zu machen, und ihn als Gutspertinens nach Willkühr an andere zu veräußern. —

4) Das dem Grundherrn in Ansehung seiner grundherrlichen Forderungen zustehende allgemeine Pfandrecht auf dem gesamten Vermögen des Grundholden schließt offenbar auch das Obereigenthumsrecht auf dem übrigen, ausser dem emphiteutischen Gute begriffenen, Vermögen in sich, und bedingt das dem Grundholden als freien Staatsbürger doch so nothwendig gebührende freie Dispositionsrecht über sein Vermögen durch die vorhergehende Befriedigung seines

Grundherrschaft. Hat aber dieser als Gerichtsherr noch das besondere Befugniß, sich sein allgemeines Pfandrecht selbst zu realisiren, und *als Richter in eigener Sache* den gedrückten schuldenden Gutsmeier durch Auspfändung seines wohl erworbenen Vermögens zu berauben; so ist vollendete Barbarei im Staate gegründet.

5) Das grundherrliche Einstandsrecht auf den Gütern des Grundholden kann neben der freien Erwerbsfähigkeit der Bürger in einem Staate nicht bestehen, und das, aller rechtlichen Ordnung widerstrebende, Kaducitätsrecht des Grundherrn macht den einzeln Begüterten zum drückenden Despoten über den gemeinen Mann, dem man ohnehin häufig genug durch List und Betrug sein Eigenthum entriß.

6) Es gehört unter die auffallendsten Ungerechtigkeiten, dem Gutsmeier zu verbiethen, daß er seine Grundgerechtigkeit um einen höhern Preis veräußere, als er selbe an sich gebracht hat, und ihn so von den Vortheilen aus dem allenfalls gestiegenen Werthe der Güter, zum Wohle des mit dem Einstandsrechte privilegirten Grundherrn für immer auszuschließen.

7) Es ist geradehin gegen die Gesetze, sich bei irgend einer Grundgerechtigkeitsverleihung neben dem Handlohn noch besonders einen Kaufschilling zu bedingen; denn da unter dem Handlohnrecht eigentlich nur die bei jeder Ver-

änderung des Besitzers anfallenden Zinsen" eines dem reellen Werthe des grundbaren Gutes entsprechenden Kapitals zu verstehen sind, so fällt durch die Bezahlung des Kaufschillings aller Grund der Verzinsung dieses Kapitals hinweg, und eine neben dem Kaufschillinge bedungene Laudemialföderung kann auf keine rechtliche Weise bestehen. c)

Eben so unnatürlich, und auf gleiche Art, wie die emphiteutischen Rechte zu beurtheilen, sind:

B. Die auf dem Lehengute haftenden grundherrlichen Rechte.

Auch sie konnten sich nur allmählich bilden, nachdem man die alte ursprüngliche Natur der Lehensverhältnisse vertilgt, und neue dem emphiteutischen Verträge mehr oder minder ähnliche Gedinge auf dem Lehengute gegründet hatte.

Das Laudemium war anfangs beim Lehen unbekannt, und der Lehendienst bestand ursprünglich nur in persönlichen Dienstleistungen, welche in unsern Zeiten fast allgemein in drückende Geldabgaben verwandelt, und unter dem verfälschten Vorwande der Gewohnheit auf die verschiedendste Weise mißbraucht wurden.

Nirgends herrscht mehr Willkühr, und Gesetzlosigkeit, nirgends ist eine Gesetzverbesserung

nothwendiger, als bei den Lehenhöfen in Baiern, wo gerade die Gesetze nicht gelten, sondern alle lehenherrlichen Rechte und Pflichten auf dem zügellosen Herkommen beruhen. d)

a) Geschichte der grundherrlichen Rechte §. 30.

b) L. R. Thl. IV. Kap. VII. §. 33. n. 2 — 3.

c) Anmerk. ad. cod. max. Thl. IV, Kap. VII. §. 11. n. 2.

d) L. R. Thl. IV. Kap. XVIII. §. 62.

§. 6.

Es ist offenbar, daß das Grundherrlichkeits-System mit dem Zwecke, und der harmonischen Einheit eines gutorganisirten Staates in geradem Widerspruche stehe. — Sie bildet den Staat zu einem Aggregate mehr oder minder großer Meierhöfe um, in denen die zur freien Regsamkeit gebohrne Nation zum Wohle der einzelnen Eigenthümer, durch schnöde Mißgeburten des Rechtes an den verächtlichen Dienstzwang hingehalten, ihre Kräfte vergeudet. —

Jene Nation kann nicht blühen, derer Genossen nicht gleiches freies Eigenthumsrecht genießen, sondern auf ihrem Besitzthume einen fremden Obereigenthümer erkennen, unter dem Drucke der regellosen Observanz schmachten, und größtentheils nur darum arbeiten müssen, um den einzelnen Grundherren ihre Kassen zu füllen.

Der alles verjüngende Genius unseres Zeitalters fodert, daß die Staaten das gemeine Meierhofssystem verlassen, und sich bessere, constitutionelle Verfassungen gründen; daß jeder Staatsgenosse zum frohen Bewußtsein seiner Freiheit und Bürgerrechte gelange, daß er im freien Genuße seines Eigenthums alle aus dem Staatsvereine hervorgehenden Wohlthaten fühle, und daß alle auf veralteten, unnatürlichen und ungerecht gewordenen Instituten gegründete Hindernisse des allgemeinen Nationalwohles hinweggeräumt werden: darunter gehören ganz vorzüglich die sogenannten emphiteutischen und Lehengutsverhältnisse, deren Karakter nur Druck und Gebundenheit ist.

Diese sollen aus dem Staate verschwinden, und mit ihnen die bisherige Trennung des Ober- und Nutzeigenthumsrechtes aufgehoben sein. Aus dieser Trennung kann und darf aber nicht die Vereinigung des grundherrlichen Obereigenthumes mit dem Nutzeigenthume, und ein dadurch begründetes Pachtsystem im Staate, sondern umgekehrt nur der Verein des dem Grundholden zustehenden Nutzeigenthumes mit dem grundherrlichen Obereigenthumsrechte hervorgehen; denn der Grundherr, welcher sich im Gutsüberlassungsvertrage als Obereigenthümer nur das Heimfallsrecht auf dem Gute vorbehielt, hat auf das Nutzeigenthumsrecht von demselben für im-

mer verzichtet, und für diesen Verzicht bestimmte Lasten auf dem Gute gegründet, welche *real* sind, und sohin von ihm nicht wieder hinweggenommen, sondern nur von dem belasteten Nutz eigenthümer abgelöst werden können.

§. 7.

Nur die Ablösung von Seite der Grundholden ist das geeignete, den beiderseitigen Rechten und Verbindlichkeiten der Grundherrschaft und Grundholden entsprechende Mittel, unsere schädlichen *afteremphiteutischen*, und Lehengutsverhältnisse zu vertilgen. Den gerechtesten Maasstab hiezu giebt wieder, wie bei der Ablösung der gutsherrlichen Rechte, *der Kapitalsanschlag aller, als Kapitalzins zu betrachtenden, grundherrlichen Renten.*

Es ist die Pflicht des Staates, bei der Ablösung der grundherrlichen Rechte, dieser öffentlichen, und für den grössten Theil der Nation höchst wichtigen Angelegenheit, sowohl die Rechte der Grundherrschaft, als der sich ablösenden Gutsmeier gesetzlich zu sichern, und jedem Hindernisse, das sich aus den widersprechenden Ansichten und Meinungen beider contrahirender Theile ergeben möchte, durch seine unmittelbare Einwirkung zu entfernen. Demnach ist nothwendig

1) *dass der Staat den bei der Berechnung jeder Grundrente anzunehmenden Geldansatz*

gesetzlich fixire d. h. im allgemeinen bestimme, wie vielfach jeder Gulden einer als Kapitalszins gedachten Rente genommen werden müsse, um ihn zum Kapitale selbst zu erheben. Würde dieses den Partheien überlassen, so dürfte eine beiderseitige Vereinigung grösstentheils gar nicht, oder doch erst nach langem, die Verhandlung verzögernden, Kampfe erfolgen.

2) *Dass für jede grundherrliche Abgabe ein Maximum festgesetzt werde*, welches auch dann, wenn ein gesetzwidriges Herkommen ein mehreres mit sich brächte, nicht überschritten werden darf; dadurch würden in Betreff der an vielen Orten überspannten Laudemialfoderung, welche nach dem Gesetze eigentlich nur in 5 Prozenten bestehen soll, und nur da erhöht sein darf, wo es seit unfürdenklichen Zeiten hergebracht ist, wichtige Veränderungen begründet, und besonders in Betreff der häufig mit Gelegenheit der Brieferrichtung und anderer gerichtlicher Verhandlungen nur allzusehr erschwerten beständigen Grundabgaben manchem gebeugten Landmanne, wesentliche Unterstützung verschafft werden, wenn diese auf ein dem Früchtenvertrage, und den übrigen Gutsverhältnisse entsprechendes Maas herabgesetzt würden.

5) Endlich ist es, um die Möglichkeit der Ablösung zu erleichtern, höchst nothwendig, *über die allmähliche Bezahlung der Ablössungssumme ein*

allgemeines Regulativ festzusetzen, und einen gesetzlichen Termin zu bestimmen, bis wohin die Grundherrn in Betreff ihrer Entschädigung mit den Grundholden einig geworden, und alle grundherrlichen Rechte abgelöset sein sollen.

§. 8.

Die Ablösungssumme ergibt sich aus den als Kapitalsrente gedachten, und zum entsprechenden Kapitale erhobenen grundherrlichen Einnahmen, und zwar

1) aus dem Laudemium; dieses wird als eine ohngefähr alle 20 Jahre sich erneuernde Verzinsung eines auf dem Grunde liegend gedachten Kapitals angesehen. Dieses ideele Grundkapital wird nach der Laudemialsumme, als dem davon entrichteten Zinsquantum, berechnet, so daß an einem Orte, wo z. B. 10 Prozente vom Guts- werthe als Handlohn zu fodern rechtlich hergekommen ist, der Laudemialsumme von 120 fl. ein Kapital von 1200 fl. entspreche, welches in 20 jährliche Raten vertheilt, 60 fl. als die gebührende Laudemialablösungssumme abwirft.

2) Aus der beständigen in Geld oder Naturalien bestehenden Grundabgabe, welche ohne weiters nach einem beliebigen Prozentanschlage in eine Zinsrente verwandelt, und der Berechnung des verhältnismässigen Kapitalstockes zum Grunde gelegt wird, so daß z. B. eine in 80 fl.

Geldeswerth bestehende, jährlich zu leistende Grundgilt nach einem 4 prozentigen Anschlage einem Kapitale von 2000 fl. entsprechen würde.

3) Aus der ebenfalls bestimmten, in Naturaldiensten bestehenden Giltcharwerk, welche aber durch die gesetzliche Gegenvermuthung bestritten wird, und da wo sie rechtlich gegründet, aber noch nicht in eine Geldleistung verwandelt ist, auf die erwähnte Weise zum Kapitale erhoben werden kann.

4) Dagegen kann der Grundherr für den Verzicht auf das ihm zustehende Heimfallsrecht weder beim Erb- noch Leibrecht- und Freistiftsgute eine Genugthuung fodern, sondern muß damit gleichwohl der Zeit ein Opfer entrichten, wofür er sich ohnehin durch das lange ungerechte Bestehen der unnatürlichen grundherrlichen Verhältnisse bereits hinlänglich entschädiget hat.

5) Eben so wenig begründen die sogenannten Nachrechtsforderungen, da wo sie bisher erlaubt waren, bei der Ablösung der Güter ein Recht auf Entschädigung: sie sind bloße Gerichtssporteln, welche bei einer jedesmaligen Gutsverhandlung von dem neuen Meier entrichtet werden müssen, und an und für sich aufhören, wenn ihr bisheriger Grund, die Laudemial- und Gutsverhandlung verschwindet.

§. 9.

In Gemäßheit der Konstitution des Königreichs Baiern unterlagen auch die bisherigen Bestimmungen über die grund- und gutsherrlichen Rechte einer gesetzlichen Prüfung. Die am 7. und 28. Juli, dann am 8. September 1808 erschienenen organischen Edikte über die Lehenverhältnisse, die Patrimonialgerichtsbarkeit, und die gutsherrlichen Rechte kündigten die wichtigsten Reformen des bisherigen Bestehens an. Das Edikt über die Patrimonialgerichtsbarkeit verleiht allen jenen Gutsherrn das Privilegium der niedern Gerichtsbarkeit, deren Gutsherrlichkeit sich über einen, wenigst 50 Höfe enthaltenden, geschlossenen und zusammenhängenden Bezirk erstreckt, und spricht dadurch, daß es diejenigen, welche keinen solchen genau bestimmten Gerichtsbezirk bilden können, von der Gerichtsbarkeit ausschließt, die reine Privilegiennatur derselben aus. Es beschränkt den Wirkungskreis derselben auf die nichtstreitige Gerichtsbarkeit, auf das Friedensrichteramt, auf die niedere Polizei, dann auf die bloße Ergreifung und Festhaltung des Verbrechers, und bestimmt, daß der Patrimonialgerichtsverwalter alle bei den königlichen Landrichtern erforderlichen Eigenschaften besitze, deswegen geprüft, und im Namen Sr. Majestät des Königs vereidet werde, wodurch die Heiligkeit der Justiz gesichert, und die Privatgerichts-

barkeit in dem allgemeinen Staatsorganismus aufgelöst wird.

Das organische Edikt über die gutsherrlichen Rechte handelt im 1ten Abschnitte von jenen Rechten, welche den Gutsherren, die ein eigenes Gericht bilden können, in Beziehung auf die verschiedenen Zweige der Regierungsgewalt übertragen sein sollen; und bestimmt im darauffolgenden Abschnitte die auf das Eigenthum radicirten grundherrlichen Rechte. In Betreff des vollen Eigenthumes auf den Gütern der Gutsheir wurde das künftige allgemeine bürgerliche Gesetzbuch als Canon aller daraus hervorgehenden Rechte und Verbindlichkeiten gesetzt.

Bei Bestimmung der grundherrlichen Rechte aus dem getheilten Eigenthume steht das segnende Princip der allgemeinen Ablösbarkeit aller in den grundherrlichen Verträgen gegründeten ständigen und nicht ständigen, Renten und Bürden an der Spitze. So werden in unseren Tagen zum Glücke der baierischen Nation die unseligen Verhältnisse der Vorzeit getilgt. Es liegt von nun an in der freien Willkühr jedes Gutspflichtigen, sich gegen eine angemessene Entschädigung aller seiner grundherrlichen Lasten zu befreien, und sich zum unbeschränkten freien Eigenthümer seines Gutes zu machen.

Die Ablösung b) geschieht auf dem Wege der unmittelbaren Unterhandlung des Grund - oder

Gutspflichtigen mit seinem Grund- oder Gutsherrn c), und hat, ohne den Grundherrn einigen Nachtheil zu bringen d), die beiden gleich wichtigen Vortheile des unendlich erleichterten Zustandes des Landmannes und der unmittelbaren Vermehrung der landesherrlichen Einnahmen zur Folge e).

a) Org. Edikt über die Patrimonialgerichtsbarkeit §. 16. 17. 24. 25. 31. 33.

b) Org. Edikt über die gutsherrlichen Rechte §. 73.

c) Es läßt sich von Baierns weiser Regierung mit aller Zuversicht erwarten, daß, um den Differenzen, welche sich bei der Ablösung in dem auszumittelnden Kapitalsanschlage einzelner Grundprästationen ergeben dürften, vorzubeugen, eine gesetzliche Taxatur aller grundherrlichen Gerechtsame, und zugleich über die möglichst erleichterte Zahlungsweise der Ablösungsquote eine fernere nöthige Bestimmung erfolgen werde.

d) Er wird für seine grundherrlichen Forderungen durch entsprechende Geldsurrogate entschädigt, welche ihm auch ferner, wo nicht höhere, doch wenigstens ganz gleiche und gesicherte Renten ertragen werden.

e) Es ist Grundsatz einer geordneten Nationalökonomie, daß es zuträglicher sei, bloße Rustikalsteuern zu erheben, als die Einnahme aus der Grundrente auch in die Dominikalsteuer abzutheilen, weil diese immer weniger als die erstere beträgt, und überdies der Rustikalsteuerbetrag durch die, in Gemäßheit der auf einem Gute haftenden Reallasten, unendlich verringerte Gutsschätzung auch in gleichem Grade vermindert wird. Wollte man

aber die Nützlichkeit der Ablösung aus dem Grunde läugnen, weil der sich ablösende Grundhold künftig von seinem freien Eigenthume grössere landesherrliche Abgaben bezahlen muß, als er bisher von seinem grundbaren Gute leistete, so wird darauf erwiedert, daß er dafür von den drückenden grundherrlichen Prästationen befreiet wird, welche mit der etwaigen Vermehrung der landesherrlichen Abgaben bei weitem in keinem Verhältnisse stehen.

§. 10.

Wo wegen noch nicht für sich gegangener Ablösung die grundherrlichen Verträge noch ferner bestehen a), gelten für sie die an dem Orte, wo die Güter liegen, noch vor Anfange des Normaljahres 1809 bestehenden Gesetze und Gewohnheiten, welche jedoch nicht auf der krassen, einseitigen Willkühr der Grundherrn oder ihrer Beamten, sondern nur auf einer bisher ausgeübten, unwidersprochenen Handlungsweise beruhen können. *Aber gänzlich ist die Observanz für die Zukunft vernichtet, und vom Normaljahre 1809 an kann kein neues Herkommen mehr den Rechtstitel zu irgend einer Forderung begründen! —*

Um jedoch allen Excessen vorzubeugen, und vermuthlich die in den neuern Bestandtheilen des Königreiches vorherrschenden, noch mehr drückenden Misbräuche zu heben, beschränkt das Edikt die Vertragswillkühr ein für allemal auf positive Bestimmungen. So ward in Betreff des

Laudemienwesens, womit bisher die Observanz bei so manchem Patrimonialgerichte den traurigsten Unfug getrieben hat, das unbedingte Gesetz gegeben, bei keiner Gutsveränderung, unter was immer für Umständen mehr als zwei Fälle zu berechnen. Da das Gesetz bloß beschränkend ist, so bleibt es an den Orten, wo bisher ein milderer Verfahren beobachtet wurde, öhnehin bei der für den Grundunterthan günstigeren Regel bestehen, und die Grundherrschaft, welche bisher nur ein einfaches Laudemium foderten, sind zufolge des Ediktes auf keine Weise befugt, künftig ein doppeltes zu berechnen, und da die Kinder und Descendenten, welche im Gutsbesitze ihrem Vater oder Ascendenten folgen, in der Regel nie, und nur ausnahmsweise dann die Abfahrt entrichten dürfen, wenn diese von unfürdenklicher Zeit her eingeleistet wurde, so darf diese auch fernerhin nicht in näheren Anspruch genommen werden. — Das Edikt beruft sich bei Bestimmung des Laudemialquantums auf die besonderen Lokalstatuten.

Fahrende Habe und bares Geld dürfen bei der Schätzung zur Behandlung des Laudemiums oder des Leibfalles nicht angeschlagen werden, und eben so wenig ist es erlaubt, das Laudemium vom Werthe der Häuser, außer wo es herkömmlich ist, und von dem Austrage, Alttheil

Gutsabtrage, oder Abfindungen in Gelde besonders zu berechnen.

Die Heimfälligkeit eines Gutes wird durch das Edikt als aufgehoben erklärt, der Grundherr kann in Fällen, wo sonst die Kaducität statt hatte, wenn er durch die hiezu Anlaß gebenden Handlungen beschädiget wurde, nur auf Schadensersatz klagen, und hat gleichfalls auf das bisherige grundherrliche Einstandsrecht keinen Anspruch mehr zu machen, wobei noch zu bemerken ist, daß durch den 2ten Paragraph des 1ten Titels der Konstitution, welchem zufolge alle besondere Privilegien aufgehoben sind, auch das aus der Siegelmäfsigkeit hervorgehende grundherrliche Brieferrichtungsrecht vernichtet ist, und der Grundherr, welcher in Zukunft nicht ein eigenes Patrimonialgericht zu bilden vermag, die Garantie seiner Verträge bei den ordentlichen königlichen Gerichten zu suchen hat.

Von den aus der Vogtherrlichkeit hervorgehenden Rechten wurde nur der einzige Vogthaber, da wo er Herkommens ist, zu fordern erlaubt b), und in Betreff der Scharwerk wurde bestimmt, daß die ungemessene Frohne durchaus in gemessene oder bestimmte Dienste verwandelt werden müsse, ohne dadurch irgend ein Entschädigungsgesuch zu begründen. Sie darf als verliehenes Domanialrecht des Regenten von dem damit privilegirten Grundherrschaft durch

Ablösung nicht veräußert, soll aber nach einem durch eine besondere Verordnung näher zu bestimmenden Maasstab in eine Geldabgabe verwandelt werden c).

a) Vermuthlich dürfte auch in der Folge ein gesetzlicher Termin bestimmt werden, binnen welchem alle grundherrlichen Rechte abgelöset sein sollen.

b) Edikt über die gutsherrlichen Rechte. I. Abschnitt. §. 64.

c) Ebendasselbst II. Abschnitt §. 73. 74. 75. 76. 77. 81. 83. 84. 86. 88.

§. 11.

Das Edikt über die Lehenverhältnisse in Baiern läßt für die Zukunft nur Mannslehen der Krone bestehen.

Alle übrigen bisherigen sowohl königlichen als Privatlehensgattungen sollen die Leheneigenschaft verlieren, und in andere Grundverträge umgewandelt, oder vollkommen allodificirt werden.

Zur gütlichen Ausgleichung hierüber ward ein Normaltermin bis zum ersten Jänner des Jahres 1810 festgesetzt: ist die Ausgleichung bis dahin nicht zu Stande gekommen, so sollen die Lehen in bodenzinsiges Eigenthum umgeschaffen werden.

Zum Bodenzinskapitale soll der dritte oder vierte Theil des wahren Werths des Lehens angesetzt, und solcher mit 3 vom Hundert verzin-

set werden. Beim Privatlehen richtet es sich nach den bisherigen Leheneinrichtungen, so, daß die Gesammtheit der Lehenbürden und Abgaben nach einem zwanzigjährigen Durchschnitt berechnet, und darnach der jährliche Bodenzins bestimmt werden solle, welcher in 2 gleichen Hälften am 1. Oktober und 1. April eines jeden Jahres an den Zinsherrn abgeführt werden muß. Aber auch von diesem Bodenzinse kann das vorige Lehengut ganz oder zum Theile befreiet werden, wenn jeder Gulden desselben mit fünf und zwanzig zu Kapital erhoben, vom Zinspflichtigen ganz oder zum Theile abgelöst wird, wobei jedoch die Ablösungssummen nicht unter 100 fl. betragen dürfen. a)

So tilget unsere erhabene Regierung alle veralteten, schädlich gewordenen Mißgeburten der Vorzeit, und bildet durch vernünftige, in der Tiefe des Lebens gegründete Gesetze einen neuen herrlichen Umschwung der Dinge; so begründet der allerdurchlauchtigste, großmächtigste König — Maximilian Joseph — dessen Name groß ist unter den Gekrönten, den das Verhängniß zum Schöpfer eines neuen Lebens bestimmt hat, Seinem treuen Volke eine glückliche Zukunft!

a) Edikt über die Lehenverhältnisse etc. §. 1.
11. 12. 13. 14. 18. 19. 29. 33.

Verbesserungen.

Seite:	Zeile:	statt:	lese:
3	22	ausroden	ausrotten.
—	24	seyn	sein.
4	23	um	nun.
9	17	deutschen	teutschen.
11	2	Zehenten	Zehent.
26	19	Domänial	Domanial.
29	2	Zehend	Zehent.
—	19	ausgedrückt.	ausgedrückt,
38	25	nnd	und.
65	8	deckten	steckten.
67	9	veranleitender	veranleiteter.
68	4	Besitzes	Besitzers.
74	3	wurden	wurde.
76	9	drückensten	drückendsten.
77	17	Pichler u. Michel	Michel bei P. Pichler C. 3. Tit. 18. n. 37.
80	14	diesen	diesem.
80	27	Gütererwerbers	Gütererwerbes.
81	23	Tom. III.	Tom. II. n. 5.
—	24	ibidem	ejusdem Tom. III.
92	17	abstante	obstante.
98	19	welchen	welchem.
125	24	Früchtenvertrage	Früchtenertrage.

44 de .



Kopf, Anton

Die Grundherrschaft in den ältern Bestandtheilen des Königreiches Baiern
ein Versuch

Landshut 1809

Bavar. 1486

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10375647-2